

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

1975

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



INHALT

Autobahnen 1950 - 1976

- 233 Mit der Verkehrsübergabe wichtiger Teilstrecken Ende 1975 vergrößert sich das rheinland-pfälzische Autobahnnetz auf 571 km. Das Jahr 1975 brachte mit mehr als 100 km Neubaustrecke ein Rekordergebnis.
-

Schülerverkehr 1974

- 237 Durch die Einrichtung von Mittelpunktschulen hat der Schülerverkehr, insbesondere der freigestellte Schülerverkehr, in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen.
-

Jugendarbeitsschutz 1974

- 239 Bei den im Jahre 1974 durchgeführten ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz ergab sich eine relativ hohe Quote an Befunden, welche zu Gefährdungsvermerken führten.
-

Öffentliche Jugendhilfe 1964 - 1974

- 242 Noch vor zehn Jahren überwog die Fürsorgeerziehung, während heute diese Maßnahme nur etwa jeden vierten Fall öffentlicher Erziehung ausmacht.
-

Wohngeldzahlungen 1974

- 246 Durch das Zweite Wohngeldgesetz vom 14. Dezember 1973, das am 1. Januar 1974 in Kraft getreten ist, erhöhte sich die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Wohngeld um ein Drittel, womit ein noch stärkerer Anstieg der finanziellen Leistungen verbunden war.
-

Beschäftigtenstruktur der Industrie 1958 - 1974

- 249 Die Beschäftigtenentwicklung der Industrie nach Geschlecht und Stellung im Betrieb spiegelt beträchtliche strukturelle Verschiebungen wider, und zwar zugunsten der fachlich qualifizierten Kräfte.
-

Beherbergungs- und Gaststättenpreise 1971 - 1975

- 253 Die Preissteigerungen im rheinland-pfälzischen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe lagen im Beobachtungszeitraum nur geringfügig über der Veränderungsrate des Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte, aber erheblich unter der Zunahme der Verdienste der Industriebeschäftigten.
-

Anhang

- 81* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
87* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Rheinland-pfälzisches Autobahnnetz um etwa 100 km vergrößert

Infolge der zentralen Lage im Wirtschaftsraum der EG ist das Straßennetz von Rheinland-Pfalz in seiner Verkehrsanbindung europäisch auszurichten. Zum Jahresende wurden bzw. werden wichtige Autobahnabschnitte dem Verkehr übergeben. Nachdem am 20. Oktober die Lücke zwischen Koblenz und Trier geschlossen wurde, steht die Freigabe der linksrheinischen Autobahn bevor. Sie durchquert Rheinland-Pfalz von Bad Neuenahr-Ahrweiler bis Speyer. Die geplante Verlängerung über Straßburg bis Basel wird der A 61 in Verbindung mit den Anschlußstrecken in Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden eine ähnliche Bedeutung verleihen, wie die rechtsrheinische Autobahn sie seit vielen Jahren einnimmt. Die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Eifel und Hunsrück und die Stärkung der Wirtschaftskraft in Zentren wie Wittlich, Daun und Bitburg sind Erfolgsanzeigen in dem Bemühen der Erschließung peripherer Räume für die Wirtschaft und zur Hebung des Wohn- und Erholungswertes dieser Gebiete. sp

Mehr über dieses Thema auf Seite 233

46% der im öffentlichen Straßenverkehr beförderten Personen waren Schüler

Im Jahre 1974 wurden in Rheinland-Pfalz mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 177 Mill. Schüler befördert. Davon entfiel mehr als ein Drittel (34,4%) auf den freigestellten Schülerverkehr, der durch oder im Auftrage von Schulträgern unentgeltlich für die Schüler durchgeführt wird. Nahezu zwei Drittel (62,6%) der Beförderungsfälle zählten allerdings zum Allgemeinen Linienverkehr mit Tarifen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende.

Der freigestellte Schülerverkehr, der neben dem Schülerverkehr nach § 43 des Personenbeförderungsgesetzes zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählt, hat insbesondere durch die Einrichtung von Mittelpunktschulen in den letzten Jahren erheblich an Bedeutung gewonnen. So erhöhte sich die Zahl der hier beförderten Schüler in den letzten drei Jahren um 49,3% auf 60,9 Mill. Ein größeres Wachstum (+544%) verzeichnete in dieser Zeit der - allerdings relativ unbedeutende - Schülerverkehr nach § 43 PBefG, in erster Linie bedingt durch die zunehmende Erteilung von Konzessionen für Kindergartenfahrten. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 237

Bauhauptgewerbe weiter rückläufig

Im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe waren im September 70 025 Arbeitskräfte beschäftigt, womit der Stand des Vormonats um 0,5% und das Ergebnis des Vorjahresmonats um 12,1% unterschritten wurden. Für die Arbeitsleistung ergaben sich im Vergleich zu August 1975 und September 1974 Veränderungsdaten von + 6,0 bzw. - 10,5%. Die Lohn- und Gehaltssumme veränderte sich gegenüber den beiden Vergleichsmonaten um + 3,3 bzw. - 5,2%.

Von Januar bis September 1975 waren gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum sowohl der Beschäftigtenstand (- 13,4%) als auch die Arbeitsleistung (- 16,5%) und die Lohn- und Gehaltssumme (- 8,8%) jeweils stark rückläufig. pe

Industrieproduktion im September 1975 spürbar unter Vorjahresstand

Die Produktion der rheinland-pfälzischen Industrie erzielte im September 1975, verglichen mit dem Vormonat, einen Anstieg, mußte aber gegenüber dem Vorjahresmonat weiterhin Einbußen hinnehmen. Gemessen an dem von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktionsindex, konnte der Güterausstoß des Vormonats saisonbedingt um 6,3% gesteigert werden, während im Vergleich zum Vorjahresmonat ein Rückgang von 7,4% errechnet wurde.

Für die Monate Januar bis September 1975 ergab sich, gemessen am entsprechenden Vorjahreszeitraum, eine Abnahme um 9,5%, wovon insbesondere die chemische Industrie (- 20,2%) betroffen war. Im Jahre 1974 war für diesen Zeitraum noch eine geringfügige Zunahme ermittelt worden.

An dem Anstieg im Berichtsmonat gegenüber August 1975 waren die Industriehauptgruppen unterschiedlich beteiligt. Während die Grundstoff- und Produktionsgüter- (+ 9,0%), die Verbrauchsgüter- (+ 6,2%) sowie die Investitionsgüterindustrien (+ 4,9%) Steigerungen erzielten, blieben die Nahrungs- und Genußmittelindustrien mit - 0,5% leicht zurück. Im Vergleich zu September 1974 hatten indessen alle Bereiche Minderungen zu verzeichnen. Während hier die Nahrungs- und Genußmittelindustrien noch nahezu stagnierten (- 0,2%), lag der Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit einer Abnahme von 10,6% am ungünstigsten (Investitionsgüter - 5,4%; Verbrauchsgüter - 6,0%). Die Gliederung nach Industriezweigen zeigt für die Chemie und den Maschinenbau mit Veränderungen von - 14,4 bzw. - 22,2% vergleichsweise ungünstige Entwicklungsverläufe, wogegen der Straßenfahrzeugbau (+ 36,4%) und die Textilindustrie (+ 54,2%) beträchtlich expandierten. pe

1974 erstmals über 100 000 Angestellte in der Industrie

In den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben mit zehn und mehr Beschäftigten wurden im September 1974 insgesamt 398 465 tätige Personen gezählt, welche zu 0,6% Inhaber und Mitinhaber, zu 25,7% Angestellte, zu 69,0% Arbeiter sowie zu 4,7% Auszubildende waren, wobei die Angestelltenzahl trotz rückläufiger Gesamtbeschäftigung erstmals die 100 000er Grenze überschritt. Da sich 1958 für diese vier Personengruppen noch Anteilsquoten von 1,1 und 14,2 sowie 79,9 und 4,7% ergeben hatten, werden in längerfristiger Sicht beträchtliche rückläufige Anteile für Inhaber und Arbeiter deutlich. Die andererseits ständig steigende Zahl an qualifizierten Fachkräften schlug sich zwischen 1958 und 1974 am offensichtlichsten in einer Steigerung des Anteils an technischen Angestellten von 5,7 auf 12,0% und in einer Verminderung der Quote für sonstige bzw. ungelernete Arbeiter von 47,2 auf 38,5% nieder.

Während der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte über ein Jahrzehnt bis 1970 weitgehend konstant blieb, war dieser in den letzten Jahren leicht rückläufig; für 1974 wurde eine Quote von 27,0% ermittelt gegenüber 28,2% im Jahre 1958. Nach Industriehauptgruppen betrachtet wiesen 1974 die Verbrauchsgüterindustrien mit 43,5% die höchste Frauenbeteiligung an ihren Beschäftigten aus, wogegen der Grundstoff- und Produktionsgütersektor mit 16,9% an letzter Stelle lag. pe

Mehr über dieses Thema auf Seite 249

Mehr Eheschließungen, aber weiterer Rückgang der Geburten

Im ersten Halbjahr 1975 wurden in Rheinland-Pfalz 12 821 Ehen standesamtlich geschlossen; das sind fast 800 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dagegen ging die Zahl der Lebendgeborenen um nahezu 900 auf 17 316 zurück. Auf 1 000 Einwohner entfallen damit 9,5 Lebendgeborene. Dieser Wert liegt um 0,4 Prozentpunkte unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums und um 0,2 Punkte unter dem des Jahres 1974; die 1974 zu erkennende Verlangsamung des Geburtenrückganges scheint sich demnach auch 1975 fortzusetzen. Der Ausländeranteil an den Geborenen beträgt 9,3% und ist damit erheblich größer als es dem Anteil dieses Personenkreises an der Gesamtbevölkerung (4%) entspricht.

Es wurden 22 993 Sterbefälle registriert. Das ist gegenüber den ersten sechs Monaten des Vorjahres eine Zunahme um etwa 1 000 Personen und bedeutet in Verbindung mit der zurückgegangenen Geburtenzahl einen Anstieg des Gestorbenenüberschusses um fast 2 000 auf 5 677. Obwohl der Anteil der Frauen an der Bevölkerung mit etwa 52% überwiegt, starben 1975 wie in allen Vorjahren mehr Männer als Frauen.

Im Gegensatz zu den Sterbefällen insgesamt ist die Säuglingssterblichkeit stark zurückgegangen. Nur noch 355 Kinder gegenüber 434 im Vorjahreszeitraum starben im ersten Lebensjahr, davon 217 (61%) in den ersten sieben Lebenstagen. Gemessen an 1 000 Lebendgeborenen ging die Säuglingssterblichkeit von 23,8 auf 20,5 zurück; das ist der niedrigste Wert seit Bestehen des Landes. hl

Fast 32 000 Studenten an rheinland-pfälzischen Hochschulen immatrikuliert

An den Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz studierten im Sommersemester 1975 fast 32 000 Studenten. Ihre Zahl ist damit zwar im Vergleich zum Wintersemester 1974/75 um etwa 5% zurückgegangen, gegenüber dem Sommersemester 1974 jedoch um rund 2 700 gestiegen. Der leichte Rückgang der Studentenzahl im Sommersemester resultiert aus dem Abiturtermin im Frühjahr. Die Abiturienten beginnen ihr Studium größtenteils im darauffolgenden Wintersemester. Im Sommersemester 1975 lag die Zahl der Studienanfänger an den Hochschulen des Landes bei 1 083, im Wintersemester 1974/75 waren es fast sechsmal so viel.

Knapp zwei Drittel der rheinland-pfälzischen Studenten sind an den drei Universitäten und der theologischen Fakultät in Trier eingeschrieben. Jeder dritte Studierende an diesen Hochschulen ist weiblichen Geschlechts. Unter den 4 702 Immatrikulierten an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule des Landes Rheinland-Pfalz überwiegen die Studentinnen (60,2%). An den Fachhochschulen studieren 7 226 Studenten. Mit 25,8% sind hier die Studentinnen in der Minderheit. ke

1974 mehr als 636 000 Krankenhausaufnahmen

Zu Beginn des Jahres 1975 wurden in Rheinland-Pfalz 219 Krankenhäuser mit 43 185 planmäßigen Betten gezählt, womit für je 10 000 Einwohner 117 Krankbetten zur Verfügung standen. Abgegrenzt nach ihrer Zweckbestimmung waren es 114 Allgemeine Krankenhäuser, 25 Fachkrankenhäuser und

80 Sonderkrankenhäuser. Zu den beiden erstgenannten Krankenhauskategorien, welche für die Aufnahme von Akutkranken bestimmt sind, gehören 63,5% aller erfaßten Anstalten. Der Bettenanteil dieser Häuser reicht mit 68,1% (absolut 29 401) sogar noch über diese Marke. Die ärztliche und pflegerische Betreuung in den Krankenhäusern lag in den Händen von 3 011 Ärzten und 12 719 Pflegepersonen. Damit trafen im Durchschnitt auf 100 Krankbetten 7,0 Ärzte und 29,5 Pflegepersonen.

Der starke Trend zur stationären Heilbehandlung findet in der stetig wachsenden Zahl der Krankenhausaufnahmen seinen Ausdruck. 1974 zählten sie 636 068, was gegenüber 1973 (624 306) eine Steigerung um knapp 2% ausmacht. Unverändert gegenüber dem Vorjahr war die Gesamtzahl der Krankenhauspflegetage (1974 rund 13,6 Mill.), wogegen die durchschnittliche Verweildauer um 0,5 Tage auf 22,3 Tage sank. Die ausschließlich für die Akutkrankenhäuser ermittelte durchschnittliche Verweildauer belief sich auf 17,2 Tage (1973: 17,3). zi

57 Verurteilte mit lebenslanger Freiheitsstrafe

Am Jahresende 1974 verfügten die acht in Rheinland-Pfalz bestehenden Justizvollzugsanstalten über eine Belegkapazität von 3 012 Plätzen, von denen stark zwei Drittel für eine Einzelunterbringung bestimmt waren. Den in diesen Anstalten im Jahre 1974 registrierten 20 382 Zugängen - unter ihnen befanden sich 624 Frauen - stand eine fast gleiche Zahl an Abgängen gegenüber. Die Abgänge lagen um 3 747 höher als im Vorjahr. Der Anteil der Untersuchungshäftlinge belief sich auf 18%.

Am 31. März 1975 saßen in den rheinland-pfälzischen Justizvollzugsanstalten 1 888 Gefangene ein, darunter acht Frauen. 100 Personen hatten eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit. Von den Strafgefangenen verbüßten 86% eine Freiheitsstrafe und 14% eine Jugendstrafe. Bei über der Hälfte der Gefangenen betrug die voraussichtliche Strafdauer mehr als ein Jahr. Hierunter befanden sich 57 Männer mit lebenslanger Freiheitsstrafe.

Knapp vier Fünftel der zu Freiheitsstrafe verurteilten Gefangenen waren zwischen 21 und 40 Jahre alt. Unter den zur Verbüßung einer Jugendstrafe Inhaftierten betrug der Anteil der 18- bis 21-jährigen etwas mehr als 50%. Gut die Hälfte der Strafgefangenen war ledig, knapp ein Viertel verheiratet und 1,5% verwitwet. Einen verhältnismäßig hohen Anteil (18,9%) hatten die Geschiedenen.

Nicht weniger als vier Fünftel der Strafgefangenen waren vorbestraft, und von diesen wiederum die Hälfte mehr als fünfmal. Jeder dritte mit Freiheitsentzug Vorbestrafte wurde bereits innerhalb des ersten Jahres nach der Entlassung erneut zu einer Strafverbüßung eingewiesen.

Wie in den Vorjahren, so lagen auch 1975 die wegen Diebstahl und Unterschlagung Inhaftierten mit 42% weit an der Spitze, gefolgt von den wegen Raub und Erpressung (10,3%), wegen Straftaten im Straßenverkehr (7,3%), wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (7,1%) und wegen Straftaten gegen das Leben (7,0%) Verurteilten. In der letztgenannten Gruppe befanden sich 101 Gefangene, denen vollendeter oder versuchter Mord nachzuweisen war.

Auf Grund strafrichterlicher Entscheidung waren am 31. März 1975 in Anstalten außerhalb der Justizverwaltung 197 Männer und acht Frauen untergebracht. is

Jeder vierte Jugendliche mit ärztlichem Gefährdungsvermerk

Der entsprechend dem Jugendarbeitschutzgesetz zu Beginn einer Beschäftigung zur Feststellung der Berufstauglichkeit vorgeschriebenen ärztlichen Untersuchung unterzogen sich 1974 in Rheinland-Pfalz 34 294 Jugendliche, unter denen diejenigen männlichen Geschlechts (55%) überwogen. 38% von ihnen waren 14 Jahre alt, 31% 15 und knapp 20% 16 Jahre. Nur ein Zehntel war noch älter.

Betrachtet man die jeweiligen Anteile der Untersuchten dieser Altersklassen, welche einen ärztlichen Gefährdungsvermerk erhielten (Benennung der Arbeiten, die nach Ansicht des Arztes für den Jugendlichen infolge dessen körperlicher oder gesundheitlicher Konstitution Gesundheitsgefahren bewirken), so überrascht die Feststellung einer fast völligen Kongruenz: in allen Gruppen liegt der Anteil der durch ihre aufzunehmende Arbeit gefährdeten Jugendlichen bei annähernd 26%. Jeder Vierte sollte also zumindest von bestimmten ihm zugedachten Arbeiten ferngehalten werden. Dieser Anteil ist aus arbeitsmedizinischer Sicht gesehen sehr hoch.

Die weitaus meisten, nämlich 37% der insgesamt 42 831 Untersuchungsbefunde, bezogen sich auf eingeschränkte Nah- oder Fernsichtigkeit. Hier führte jeder vierte Befund zu einem Gefährdungsvermerk. Verständlicherweise nicht zu einem solchen Vermerk führten die relativ häufigen Feststellungen eines behandlungsbedürftigen Gebisses (10% der Befunde) oder veränderter Tonsillen (9%). Unter den zusammen rund 5 000 Fällen eines übermäßigen (7%) oder zu geringen (4,6%) Ernährungszustandes waren 13% so schwerwiegend, daß sie einen Gefährdungsvermerk forderten. Eine deformierte Wirbelsäule (6,6%) bewirkte in zwei Fünftel dieser Fälle einen Gefährdungsvermerk. Etwas geringer waren die Befunde (6%) bezüglich einer Schilddrüsenveränderung. Diese Feststellungen führten zu einem Fünftel zu Vermerken. Die höchsten Anteile an Gefährdungsvermerken, nämlich 46,4% und 73,0%, wiesen die bezüglich des zahlenmäßigen Umfanges der Befunde verhältnismäßig geringen groben Auffälligkeiten im motorischen und sensiblen Nervensystem (0,2%) sowie im Geistes- und Gemütszustand (0,5%) auf.

Der vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres vorgeschriebenen Nachuntersuchung haben sich während des Berichtsjahres 24 712 Jugendliche unterzogen. zi

Mehr über dieses Thema auf Seite 239

100 000 Sozialhilfeempfänger 1974

In Rheinland-Pfalz gab es Ende 1974 rund 100 000 Sozialhilfeempfänger; das sind 11% mehr als im Jahr zuvor. Auf 1 000 Einwohner entfielen damit gut 27 Hilfeempfänger gegenüber nicht ganz 25 Ende 1973. Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt empfangen 52 300 Personen, fast 7 000 mehr als im Vorjahr, was überwiegend auf die Verschlechterung der Einkommensverhältnisse bei anhaltender Arbeitslosigkeit zurückzuführen sein dürfte. Hilfe in besonderen Lebenslagen wurde in rund 60 800 Fällen gewährt, 4 000 mehr als 1973. Bei den Hilfearten verhielt sich der Anstieg der Empfängerzahlen - die Zunahme machte + 15% (Hilfe zum Lebensunterhalt) bzw. + 7% (Hilfe in besonderen Lebenslagen) aus - annähernd umgekehrt wie die entsprechenden Zunahmen im vorangegangenen Jahr (+ 8 bzw. + 13%). hä

Über 65 000 Wohngeldempfänger 1974

Am Jahresende 1974 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 65 492 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 60 013 Mietzuschüsse und 5 479 Lastenzuschüsse. Die Zahl der Wohngeldempfänger erhöhte sich damit gegenüber Jahresende 1973 um ein Drittel. Bei den Empfängern von Mietzuschuß ergab sich eine Zunahme um 30%, bei den Lastenzuschußempfängern fiel sie mit + 85% noch erheblich höher aus. Die Mietzuschüsse beliefen sich auf 52,5 Mill. DM oder 89% der ausgezahlten Wohngeldbeträge, während 6,7 Mill. DM Lastenzuschüsse betrafen. Unter den Empfängern von Mietzuschüssen dominierten erneut Rentner und Pensionäre, deren Anteil allerdings von 77% auf 73% abnahm. Ebenso wie im Vorjahr lag das monatliche Familieneinkommen bei zwei Drittel der Empfänger von Mietzuschüssen zwischen 200 und 600 DM. Unter den Beziehern von Lastenzuschüssen wurde als stärkste Gruppe die der Arbeiter mit einer Quote von 47% ermittelt. Danach folgten Rentner und Pensionäre (27%) sowie Angestellte (11%). Verfügten 1973 schon 67% der Bezieher von Lastenzuschüssen über ein monatliches Familieneinkommen von mehr als 800 DM, so stieg deren Anteil 1974 auf 70%.

Unter den Empfängern von Mietzuschüssen erreichten Haushalte, welche nur eine oder zwei Personen aufzuweisen hatten, einen Anteil von mehr als acht Zehntel. Bei den Beziehern von Lastenzuschüssen ergab sich für Haushalte mit vier Personen der höchste Anteil (22%). Danach folgten Haushalte mit fünf Personen (20%) und solche mit sieben und mehr Personen (14%).

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Fall erhöhte sich geringfügig um 2 DM auf 75 DM. Während von allen Haushalten, die am Jahresende 1973 Wohngeld bezogen, drei Fünftel weniger als 60 DM erhielten, waren es Ende 1974 nur noch 51%.

Mehr über dieses Thema auf Seite 246

Immer mehr adoptionswillige Eltern

Bis Ende des Jahres 1974 ging der Wunsch, ein Kind zu adoptieren, nicht für alle, die sich dazu bereit erklärt hatten, in Erfüllung. 300 Adoptionsstellen blieben noch offen, weil die Zahl adoptionswilliger Eltern doppelt so hoch gewesen war wie die Zahl der bei rheinland-pfälzischen Jugendämtern zur Adoption vorgemerkten Minderjährigen. In den Jahren 1964 bis 1968 sahen die Chancen für solche Kinder wesentlich ungünstiger aus; die Adoptionsbereitschaft war damals viel geringer und deshalb die Zahl der Adoptionsstellen so knapp, daß nur jedem zweiten der zur Adoption vorgemerkten Kinder ein neues Zuhause vermittelt werden konnte. Das Statistische Landesamt in Bad Ems registrierte in dieser Zeit das Verhältnis von durchschnittlich nur einer Adoptionsstelle zu zwei vorgemerkten Kindern. Formalrechtliche Erleichterungen seit etwa 1969 dürften bei der Frage nach den Ursachen dieser steigenden Adoptionsbereitschaft, die eine genaue Umkehrung der Verhältnisse bewirkte, nicht die wesentliche Rolle gespielt haben, weil beispielsweise immer schon die Möglichkeit bestand, Befreiung von dem Alterserfordernis zu erteilen. Vermutlich ist - neben einer Verbesserung der sozialen Voraussetzungen - der Hauptgrund eine zunehmende Aufgeschlossenheit vieler adoptionswilliger Eltern, die in der Erziehung eines Adoptivkindes keine unüberwindlichen Schwierigkeiten mehr sehen. hä

**Wollen Sie den 28. Jahrgang
der Statistischen Monatshefte binden lassen?**

Wir liefern Ihnen auf Wunsch zum Selbstkostenpreis die passende Einbanddecke, wenn Sie uns diese Karte mit **Ihrer Adresse** zurückschicken.

Ich bestelle Einbanddecken für die Statistischen Monatshefte 28. Jahrgang zum Preis von DM 7,50.

Die fortlaufende Lieferung bis auf Widerruf ist erwünscht ja / nein

Datum

Stempel und Unterschrift

Absender: _____

Bitte
mit 40 Pf
freimachen

An das

**Statistische Landesamt
Rheinland - Pfalz**

– Vertrieb –

5427 BAD EMS

Mainzer Straße 15/16

Bundesautobahnen 1950-1976

Zentrale Lage im Netz der internationalen Fernstraßen

Grundlegende Funktionen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens sind auf leistungsfähige Infrastruktur- und insbesondere Verkehrseinrichtungen angewiesen. Angesichts seiner zentralen Lage im Wirtschaftsraum der EG galt es für Rheinland-Pfalz vor allem, das Straßennetz in seiner Verkehrsanbindung europäisch auszurichten. Die Verkehrsinfrastruktur des Landes wird zum Jahresende 1975 mit der Übergabe wichtiger Autobahnabschnitte im Lande Rheinland-Pfalz erheblich verbessert. Die im Zuge dieser Fertigstellungen verbesserte Verkehrsanbindung und Verkehrserschließung insbesondere peripherer Räume wird hier für die Wirtschaft wie auch den Wohn- und Erholungswert Entwicklungen einleiten, deren Auswirkungen die Struktur langfristig begünstigen werden.

Schwerpunktaufgaben der Verkehrspolitik des Landes sind die großräumig bedeutenden Achsen

- Rhein-Achse Bonn-Koblenz-Mainz-Ludwigshafen-Karlsruhe
- Mosel-Lahn-Achse Luxemburg-Trier-Koblenz-Gießen
- Achse Saarbrücken-Kaiserslautern-Ludwigshafen
- Achse Lüttich-Wittlich-Bad Kreuznach-Mainz
- Achse Pirmasens-Kaiserslautern-Mainz
- Achse Saarbrücken-Trier
- Achse Saarbrücken-Pirmasens-Karlsruhe
- Achse Köln-Frankfurt mit tangentialer Durchgangstrecke im Westerwald.

Die Realisierung einer solchen Konzeption ist ein langwieriges, mühevolleres Unterfangen, wobei der Nachweis der langfristigen Bestandsdaten erkennen läßt, von welchem bescheidenem Bestand hier im Nachkriegsdeutschland auszugehen war, und daß es in den ersten Nachkriegsjahren galt, vordringlichere Bedürfnisse zu befriedigen. Bei der Wertung der Entwicklungsreihe von 1950 bis 1976 dürfen die Veränderungen der Baupreise und die fortlaufend verbesserte Ausstattung der Autobahnen nicht vernachlässigt werden. Andererseits lassen die regionalen Untergliederungen erkennen, in welchen Re-

gionen besondere wirtschaftliche Impulse von diesen Großbaumaßnahmen ausgingen, zumal im Zuge des Baus von Autobahnen meist auch das übrige Straßennetz im Hinblick auf die Anbindung an die fernverbindenden Trassen ausgebaut und ergänzt wird. Der Fortgang des Ausbaus der großräumigen Verbindungen zeigt, daß diesem in der Straßenbaupolitik Vorrang eingeräumt wird. Bei einem Längenganteil von rund 1,5% am Straßennetz einschließlich Gemeindestraßen erbringen die Autobahnen aber rund 17% der Verkehrsleistungen¹⁾. Da dem Nord-Süd-Verkehr eine dominierende Rolle zukommt, wird die zum Jahresende sich schließende linksrheinische Autobahn (A 61) ihren vollen Verkehrswert erhalten und Rheinland-Pfalz von Bad Neuenahr-Ahrweiler bis Speyer durchqueren. Die geplante spätere Verlängerung in Richtung Straßburg bzw. Basel wird ihr in Verbindung mit den Anschlußstrecken in Nordrhein-Westfalen und den Niederlanden eine ähnliche Bedeutung verleihen wie die rechtsrheinische Autobahn sie seit vielen Jahren hat. Im Endausbau durchzieht die A 61 Rheinland-Pfalz in seiner gesamten Länge von Norden nach Süden, wie die A 6 als pfälzische Autobahn seit vielen Jahren eine geschlossene Querachse bildet. Mit dem Bau der französischen Autobahn von Metz bis Saarbrücken rückte auch diese in die Kategorie der großräumigen Verbindungen auf.

Entwicklung der Bundesautobahnen 1950 - 1976
(Stand 1. Januar)

Jahr	Länge in km	Veränderung zum Vorjahr in %	1950 = 100	1970 = 100
1950	134,5	-	100,0	67,2
1955	134,5 ¹⁾	-	100,0	67,2
1960	126,9	- 5,7	94,3	63,4
1961	126,9	-	94,3	63,4
1962	151,0	19,0	112,3	75,4
1963	151,0	-	112,3	75,4
1964	155,1	2,7	115,3	77,5
1965	155,1	-	115,3	77,5
1966	158,4	2,1	117,8	79,1
1967	158,4	-	117,8	79,1
1968	168,7	6,5	125,4	84,3
1969	183,7	8,9	136,6	91,8
1970	200,2	9,0	148,8	100,0
1971	299,5	49,6	222,7	149,6
1972	326,1	8,9	242,5	162,9
1973	369,3	13,2	274,6	184,5
1974	435,1	17,8	323,5	217,3
1975	467,7	7,5	347,7	233,6
1976	570,8	22,0	424,4	285,1

¹⁾ Quelle: Landesverkehrsprogramm Rheinland-Pfalz 1974, S. 22. Herausgeber Ministerium für Wirtschaft und Verkehr, Mainz.

¹⁾ Abstufung des vor 1945 fertiggestellten Teilstückes der Autobahn Koblenz-Trier im Landkreis Bernkastel-Wittlich um 7,6 km.

Bundesautobahnen in Rheinland-Pfalz 1950 - 1976

(Stand 1. Januar)

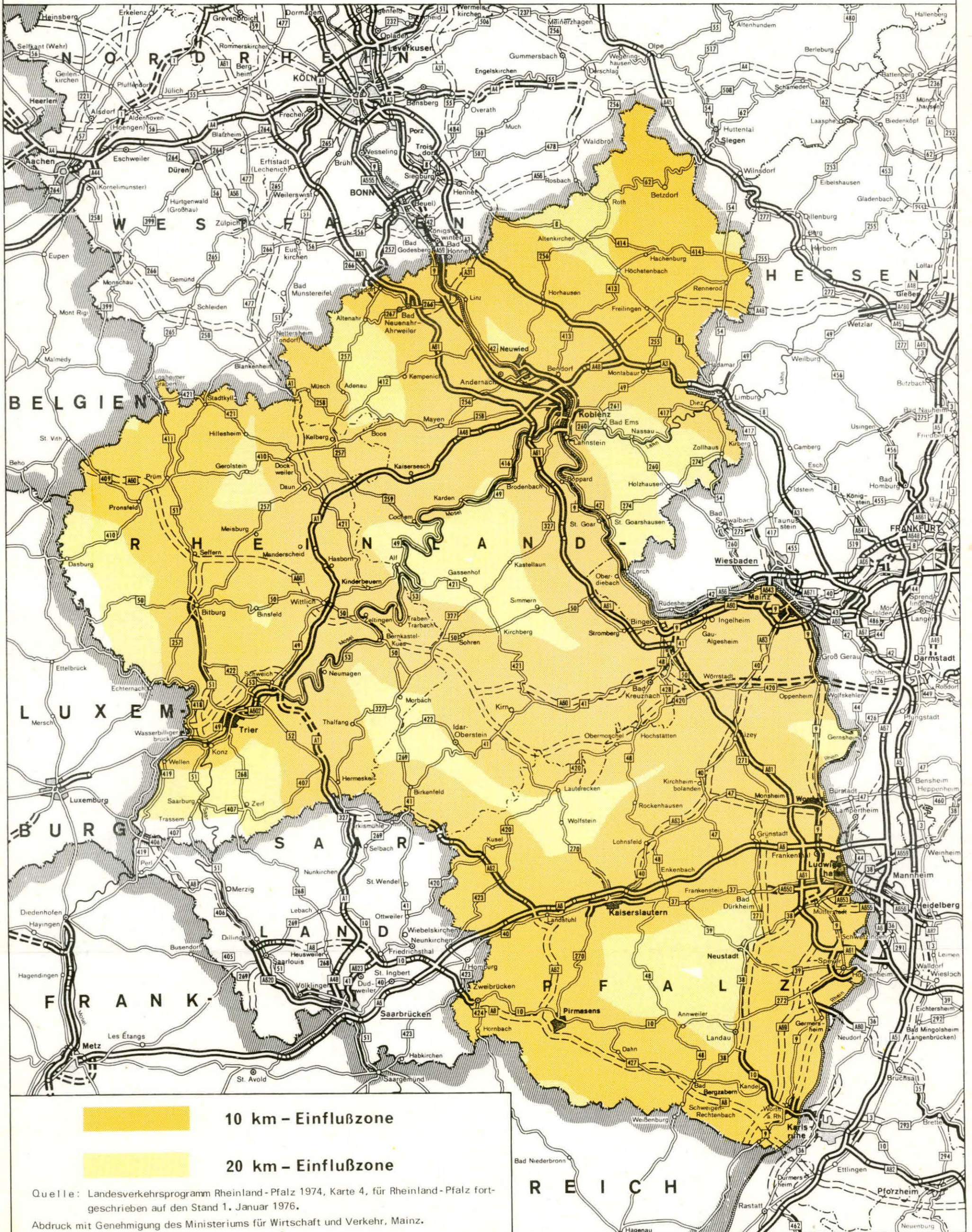
Verwaltungsbezirk	1950	1960 ¹⁾	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	km								
Kreisfreie Stadt Koblenz	-	-	-	4,2	6,0	6,9	6,9	6,9	6,9
Landkreise									
Ahrweiler	-	-	-	-	-	-	7,5	7,5	31,8
Altenkirchen (Ww.)	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
Bad Kreuznach	-	-	9,1	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0	18,0
Birkenfeld	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Cochern-Zell	-	-	15,1	20,1	20,4	20,4	20,4	20,4	20,4
Mayen-Koblenz	-	-	13,6	34,2	43,2	46,7	46,7	57,4	59,9
Neuwied	26,7	26,7	26,7	26,7	26,7	26,7	26,7	26,7	26,7
Rhein-Hunsrück-Kreis	-	-	-	2,0	10,7	23,0	47,1	47,1	47,1
Rhein-Lahn-Kreis	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Westerwaldkreis	27,6	27,6	38,3	38,6	38,6	38,6	38,6	38,6	38,6
Reg. Bez. Koblenz	57,0	57,0	105,5	146,5	166,3	183,1	214,6	225,3	252,1
Kreisfreie Stadt Trier	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	7,6	-	-	19,1	19,1	19,1	19,1	26,7	36,5
Bitburg-Prüm	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Daun	-	-	-	15,3	15,3	15,3	15,3	15,3	15,3
Trier Saarbürg	-	-	-	-	-	-	-	10,7	18,2
Reg. Bez. Trier	7,6	-	-	34,4	34,4	34,4	34,4	52,7	70,0
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	5,7	5,7	5,7	5,7	7,4	7,9	7,9	7,9	7,9
Kaiserslautern	13,4	13,4	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1
Landau i. d. Pfalz	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ludwigshafen a. Rhein	0,5	0,5	0,5	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1	7,1
Mainz	-	-	-	-	-	4,5	17,2	17,2	17,2
Neustadt a. d. Weinstr.	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Pirmasens	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Speyer	-	-	-	-	-	2,5	2,5	6,1	6,1
Worms	-	-	-	-	-	-	-	-	6,0
Zweibrücken	-	-	-	-	2,7	2,7	2,7	2,7	2,7
Landkreise									
Alzey-Worms	-	-	-	-	-	-	-	-	44,5
Bad Dürkheim	24,8	24,8	24,8	24,8	24,8	24,8	24,8	24,8	24,8
Donnersbergkreis	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4	1,4
Germersheim	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Kaiserslautern	16,6	16,6	34,4	34,4	34,4	34,4	34,4	34,4	24,4
Kusel	4,3	4,3	6,4	15,4	13,9	18,8	21,4	21,4	21,4
Landau-Bad Bergzabern	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Ludwigshafen	3,2	3,2	3,2	6,2	9,5	28,9	31,6	31,6	36,1
Mainz-Bingen	-	-	1,2	6,5	7,1	1,7	18,0	18,0	22,0
Pirmasens	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Reg. Bez. Rheinhessen-Pfalz	69,9	69,9	94,7	118,6	125,4	151,8	186,1	189,7	248,7
Kammerbezirke									
Rheinhessen	-	-	1,2	6,5	7,1	6,2	35,2	35,2	87,7
Pfalz	69,9	69,9	93,5	112,1	118,3	145,6	150,9	154,5	161,0
Rheinland-Pfalz	134,5	126,9	200,2	299,5	326,1	369,3	435,1	467,7	570,8
Kreisfreie Städte	19,6	19,6	23,3	34,1	40,3	48,7	61,4	65,0	71,0
Landkreise	114,9	107,3	176,9	265,4	285,8	320,6	373,7	402,7	499,8

1) Abstufung des vor 1945 fertiggestellten Teilstückes der Autobahn Koblenz-Trier im Landkreis Bernkastel-Wittlich um 7,6 km.

10 km und 20 km Einflußzonen der zweibahnigen großräumigen Verbindungen

Maßstab : 1 : 750000

Stand : 1. Januar 1976



Dies gilt insbesondere, wenn der Weiterbau bis Paris abgeschlossen sein wird. Hier wird die südpfälzische Autobahn (A 62, A 8) weite Teile Frankreichs und des Saarlandes über Zweibrücken und Pirmasens bei Karlsruhe mit dem süddeutschen Raum besser anbinden, wenn auch dieses Projekt infolge der allgemeinen Finanzierungsschwierigkeiten nicht kurzfristig realisiert werden dürfte. Über Zweibrücken und Pirmasens verbindet die westpfälzische Autobahn zunächst die Oberzentren Trier und Kaiserslautern, wobei diese zugleich Pirmasens zu einem wichtigen Verkehrsknoten im rheinland-pfälzischen Schnellstraßennetz aufstufen wird. In Verbindung mit der Nordeifel-Autobahn (A 1) wird sie als Nord-Süd-Verbindung den westlichen Grenzraum aus seiner einstmaligen Isolierung endgültig herausführen. Die geplante Autobahn Lüttich-Rhein/Main (A 60) wird schließlich die Verbindung der industriellen Ballungsräume Rhein/Main und Rhein/Neckar an die Atlantikhäfen zum Ziele haben und mit ihrer Linienführung durch weite Teile unseres Landes wichtige Erschließungsfunktionen erfüllen. Als nördliche Querachse wurde mit der Übergabe des Teilstücks Wittlich-Salmtal am 20. Oktober dieses Jahres die Verbindung Koblenz-Trier geschlossen. Damit konnte die Eifelautobahn (A 48), welche bei Montabaur an die rechtsrheinische A 3 angeschlossen ist, ihre Funktion voll übernehmen, welche allerdings durch die geplanten Verlängerungen im Westen in Richtung Luxemburg und im Osten nach Gießen noch erheblich an Bedeutung gewinnen wird. In welchem Umfang dem aufgeführten Autobahnnetz über die Verbindungsfunktion des Verkehrs Erschließungsfunktion der Landesteile, deren wirtschaftliche Entwicklung bisher durch die verkehrungünstige Lage beeinträchtigt war, zukommt, läßt sich aus der Aufteilung des Landes in 10 bzw. 20 km Einflußzonen der zweibahnigen großräumigen Straßenverbindungen erkennen. Nur wenige Landesteile werden künftig der 20 km Einflußzone zuzuordnen sein, meist Gebiete mit geringerer Siedlungsdichte. Im übrigen streuen diese 15 Zonen, wovon einzelne unbesiedelt sind, über das ganze Land, so daß eine Benachteiligung einzelner Großräume nicht gegeben ist. Andererseits muß sich

eine solche Betrachtung auch zwingend an der Kosten-Nutzen-Analyse orientieren. Dennoch wird mit dem vorliegenden Planungsstand der Forderung des Landesplanungsgesetzes, wie sie in § 2 Nr. 8 formuliert wurde, voll entsprechen, daß nämlich ein reibungsloser Verkehrsfluß durch verkehrsmäßige Aufschließung gewährleistet wird, auch in den sogenannten Problemgebieten, in denen die Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit im Verhältnis zum Bundesdurchschnitt wesentlich zurückgeblieben sind oder ein solches Zurückbleiben zu befürchten ist.

Die außergewöhnlich große Deckungslücke der öffentlichen Haushalte, welche sich in den kommenden Jahren noch in nicht unerheblichem Umfang vergrößern kann, erschwert ganz erheblich die Bundesverkehrswegeplanung, wie diese bis 1985 besteht. Entscheidungshilfen sollen hier die Festlegung von Prioritäten und die Investitionsverteilung für die einzelnen Verkehrszweige ermöglichen. Es bleibt dabei zu befürchten, daß sich der weitere Ausbau des Autobahnnetzes auch in Rheinland-Pfalz nicht in dem ursprünglich prognostizierten Zeitraum verwirklichen läßt, so daß das skizzierte Fernstraßennetz in seiner Gesamtheit noch nicht so bald abgeschlossen werden kann. Für den Autofahrer gilt es aber schon jetzt festzustellen, daß das Netz nach Fertigstellung der wichtigen Teilstücke zur Jahreswende 1975/76 wesentlich günstigere Bedingungen setzt. Damit wurden weitere Voraussetzungen geschaffen, um dem Ziel näher zu kommen, die Lebensbedingungen der Bürger in den wirtschaftsschwachen Regionen des Landes denen des übrigen Bundesgebietes anzugleichen. Dies wird vor allem möglich durch Standortvorteile für die Wirtschaft, durch die neue Arbeitsplätze geschaffen und vorhandene gesichert werden können. Den Urlaubern schließlich wird eine Fülle landschaftlicher Schönheiten besser erschlossen. Die Entwicklung des Tourismus in den Fremdenverkehrsgebieten des Landes, aber auch die Stärkung der Wirtschaftskraft in den peripheren Räumen sind Erfolgsanzeigen in dem Bemühen, diese Gebiete stärker in das wirtschaftliche Geschehen zu integrieren.

Dr. K.-H. Speth

Schülerverkehr mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 1974

In der Statistik des Personenverkehrs mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln wird zwischen drei Schülerverkehrsarten unterschieden:

- (1) Schülerverkehr nach § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG),
- (2) freigestellter Schülerverkehr und
- (3) Beförderung im Linienverkehr nach § 42 PBefG (Allgemeiner Linienverkehr) zu Tarifen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende.

Der Schülerverkehr nach § 43 PBefG zählt zu den Sonderformen des Linienverkehrs, die in § 43 des zitierten Gesetzes geregelt sind. Zu dieser Verkehrsform rechnen neben dem Schülerverkehr der Berufsverkehr

und die Markt- und Theaterfahrten. Vom Allgemeinen Linienverkehr (§ 42 PBefG) unterscheiden sich die Sonderformen dadurch, daß ein bestimmter Personenkreis (hier Schüler) in der Regel unter Ausschluß anderer Fahrgäste regelmäßig von der Wohnung zu einem bestimmten Ziel (hier Schule) befördert wird.

Neben dem im Personenbeförderungsgesetz geregelten Schülerverkehr gibt es noch den sogenannten freigestellten Schülerverkehr. Während bei der zuerst genannten Verkehrsform die Schüler bzw. deren Erziehungsberechtigte für das Beförderungsentgelt selbst aufkommen müssen, wird bei dem in § 1 Nr. 4 d der Verordnung über die Befreiung bestimmter Beförderungsfälle von den Vorschriften des Personenbeförde-

Jahr	Ins- gesamt	Beförderte Schüler				
		zusammen	Schüler- verkehr nach § 43 PBefG	Freige- stellter Schüler- verkehr	Allge- meiner Linien- verkehr ¹⁾	
	1 000	%	Anteil am Schülerverkehr in %			
1971	331 038	123 558	37,3	0,6	33,0	66,4
1972	354 323	148 957	42,0	0,5	33,5	66,0
1973	372 353	164 735	44,2	1,3	33,4	65,3
1974	388 687	176 863	45,5	3,0	34,4	62,6

1) Beförderung zu Tarifen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende.

runngesetzes (Freistellungsverordnung) behandelten Schülerverkehr die Beförderung mit Kraftfahrzeugen durch oder für Schulträger zum und vom Unterricht unentgeltlich durchgeführt.

Da aufgrund der Freistellung von den Vorschriften des Personenbeförderungsgesetzes für die Durchführung einer solchen Verkehrsart keine Konzession verlangt wird, ist eine vollständige statistische Erfassung schwierig. Weil dem freigestellten Schülerverkehr zu dem zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes zur Durchführung einer Statistik über die Personenbeförderung im Straßenverkehr vom 28. Dezember 1968 noch nicht die Rolle beigemessen wurde, die er heute spielt, war in der amtlichen Statistik die Erfassung auf diejenigen Unternehmen beschränkt, die eine Konzession für eine im Personenbeförderungsgesetz geregelte Verkehrsform besitzen. Inzwischen hat sich die Situation jedoch gewandelt. So ist der Anteil des in der Statistik erfaßten freigestellten Schülerverkehrs am gesamten Personenverkehr - gemessen an der Zahl der beförderten Personen - von 4% im Jahre 1969 auf 11,3% im Jahre 1974 angestiegen. Um das Ausmaß der Untererfassung in Rheinland-Pfalz durch die Beschränkung der statistischen Erfassung auf die konzessionierten Unternehmen zu ermitteln, wurde rückwirkend für die Jahre 1971 bis 1974 eine Sonderbefragung bei den Bezirksregierungen des Landes durchgeführt, über deren Ergebnis jedoch erst später berichtet werden soll.

Um das Gesamtbild des Schülerverkehrs abzurunden, müssen zuletzt auch diejenigen Schüler berücksichtigt werden, die den Allgemeinen Linienverkehr (§ 42 PBefG) zu Vergünstigungstarifen benutzen.

46% der beförderten Personen waren Schüler

Im Jahre 1974 wurden in Rheinland-Pfalz mit öffentlichen Straßenverkehrsmitteln 177 Mill. Schüler befördert. Davon entfielen 66 Mill. oder 37,4% auf die Sonderformen des Linienverkehrs und 111 Mill. (62,6%) auf den Allgemeinen Linienverkehr. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß beim Allgemeinen Linienverkehr auch die Studenten und sonstigen Auszubildenden mitgezählt wurden. Die im Rahmen der Sonderformen des Linienverkehrs beförderten Schüler verteilten sich zu 91,9 und 8,1% auf den freigestellten Schülerverkehr und den Schülerverkehr nach § 43 PBefG. Damit wies der Schülerverkehr 1974 einen Anteil an der gesamten öffentlichen Personenbeförderung im Straßenverkehr von 45,5% auf gegenüber 37,3% im Jahre 1971.

Hoher Anstieg des Schülerverkehrs nach § 43 PBefG durch Einbeziehung der Kindergartenfahrten

Die 5,4 Mill. Schüler, die 1974 im Schülerverkehr nach § 43 PBefG befördert wurden, legten insgesamt 74,8 Mill. Personenkilometer zurück. Das sind 147% (beförderte Schüler) bzw. 152% (Personenkilometer) mehr als im Vorjahr. Diese außergewöhnliche Entwicklung, die bereits im Juli 1973 mit Veränderungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat von + 370 bzw. + 846% einsetzte, ist jedoch überwiegend dadurch bedingt, daß seit dieser Zeit in stärkerem Maße Konzessionen für Kindergartenfahrten erteilt wurden, die ebenfalls dem Schülerverkehr zuzuordnen sind. Im Jahre 1972 war dagegen noch ein Rückgang der beförderten Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um 7,1% zu beobachten. Durch die Einrichtung von Mittelpunktsschulen und die damit verbundene Verlängerung der Fahrtstrecken erhöhte sich jedoch gleichzeitig die Zahl der Personenkilometer um 26,8%.

Die weitaus meisten in dieser Verkehrsart beförderten Schüler fuhren mit Bussen der Deutschen Bundesbahn (71,1%), während sich der Rest auf private (17,2%), kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen (10,2%) und die Bundespost (1,5%) verteilt. Dabei wurden die Fahrzeuge der Bundesbahn, der privaten Unternehmen und der Bundespost mehr in Gebieten eingesetzt, wo größere Entfernungen zurückzulegen sind, die der Kommunen dagegen häufiger auf kürzeren Strecken. Dies ergibt sich aus der von den beförderten Personen abweichenden Struktur der Personenkilometer, worunter im übrigen diejenigen Kilometer zu verstehen sind, die die beförderten Personen im Berichtszeitraum insgesamt zurückgelegt haben.

Beförderte Schüler nach Verkehrsträgern und Verkehrsformen 1974

Verkehrsträger	Insgesamt ¹⁾		Schüler- verkehr nach § 43 PBefG	Freige- stellter Schüler- verkehr 1)	Allge- meiner Linien- verkehr 2)
	1 000	%			
Kommunale und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	52 654	33,3	10,2	6,5	44,7
Private Unternehmen	23 844	15,1	17,2	41,4	5,0
Deutsche Bundesbahn	48 468	30,7	71,1	29,4	29,2
Deutsche Bundespost	32 942	20,9	1,5	22,7	21,1
Insgesamt	157 908	100,0	100,0	100,0	100,0

1) Ohne Unternehmen, die keine Konzession für eine im PBefG geregelte Verkehrsform besitzen. - 2) Beförderung zu Tarifen für Schüler, Studenten und andere Auszubildende.

Freigestellter Schülerverkehr in den letzten drei Jahren um 49% angestiegen

Durch oder im Auftrage von Schulträgern wurden im vergangenen Jahr 41,9 Mill. Schüler unentgeltlich befördert. Diese Schüler legten zusammen 684 Mill. Personenkilometer zurück. Das sind 16,3 km je Beförderungsfall gegenüber 13,9 km beim Schülerverkehr nach § 43 PBefG. Legt man dagegen die Ergebnisse der Sonderbefragung bei den Bezirksregierungen zugrunde, erhöht sich die

Verkehrsleistungen im Schülerverkehr nach Verkehrsträgern 1974

Berichtsmerkmal	Einheit	Insgesamt	Kommunale und gemischtwirt- schaftliche Unternehmen	Private Unternehmen	Deutsche Bundesbahn	Deutsche Bundespost
Schülerverkehr nach § 43 PBefG						
Beförderte Personen	1 000	5 385	548	927	3 828	82
Wagenkilometer	1 000	2 477	130	922	1 351	74
Personenkilometer	1 000	74 844	5 218	13 776	54 080	1 770
Mittlere Reiseweite	km	13,9	9,5	14,9	14,1	21,6
Freigestellter Schülerverkehr ¹⁾						
Beförderte Personen	1 000	41 936	2 710	17 381	12 347	9 498
Wagenkilometer	1 000	22 115	815	12 878	4 522	3 900
Personenkilometer	1 000	683 659	19 447	282 393	206 849	174 970
Mittlere Reiseweite	km	16,3	7,2	16,2	16,8	18,4

1) Ohne Unternehmen, die keine Konzession für eine im PBefG geregelte Verkehrsform besitzen.

Zahl der beförderten Schüler um 45,3% auf 60,9 Mill.

Um die Auswirkungen der Erfassungslücke auf das Gesamtergebnis abschätzen zu können, soll die sich aus den unterschiedlichen Erfassungsmethoden ergebende abweichende Entwicklung dargestellt werden. Nach dem Ergebnis der zur Zeit in der amtlichen Statistik praktizierten Methode erhöhte sich die Zahl der im freigestellten Schülerverkehr beförderten Personen in den Jahren 1972 und 1973 mit zwar abnehmenden aber relativ hohen jährlichen Veränderungsraten (+ 30,1 und + 23,6%), während im vergangenen Jahr nur noch ein geringfügiger Anstieg um 4,3% festgestellt wurde. Dagegen wiesen die Ergebnisse der den gesamten freigestellten Schülerverkehr erfassenden Sonderbefragung 1972 und 1973 mit + 21,4 und + 10,2% niedrigere Zuwachsraten, 1974 aber mit + 10,7% einen erheblich größeren Anstieg als in der amtlichen Statistik auf. Die abweichende Entwicklung ist durch den von Jahr zu Jahr erheblich schwankenden Umfang der Erfassungslücke zu erklären. Während im Jahre 1971 noch fast 40% der im freigestellten Schülerverkehr beförderten Schüler nicht erfaßt waren, sank der Anteil in den beiden darauffolgenden Jahren zunächst auf 27%, um 1974 wieder auf 31% anzusteigen. Diese Schwankungen dürften in erster Linie auf Zufälligkeiten zurückzuführen sein. So hängt die Erfassung zur Statistik zum einem von der zufälligen Kombination mit ei-

nem konzessionspflichtigen Personenverkehr ab. Da für den freigestellten Schülerverkehr keine Genehmigung erforderlich ist, ist es für die statistische Erhebungsstelle außerdem nicht nachprüfbar, ob die kombinierten Unternehmen auch den freigestellten Schülerverkehr mitgemeldet haben.

63% aller Schüler im Allgemeinen Linienverkehr befördert

Der zu den Sonderformen des Linienverkehrs zählende Schülerverkehr deckt jedoch nur einen Teil des tatsächlichen Schülerverkehrs ab. Diese Verkehrsform ist nämlich nur auf solchen Strecken anzutreffen, wo keine ausreichende Versorgung durch den Allgemeinen Linienverkehr gegeben ist. Im Jahre 1974 wurden daher 111 Mill. Schüler, Studenten und sonstige Auszubildende, die hier im weiteren Sinne auch zu den Schülern gerechnet werden sollen, im Allgemeinen Linienverkehr zu Vergünstigungstarifen befördert. Das ist mehr als ein Drittel (36,4%) aller im Allgemeinen Linienverkehr beförderten Personen. Diese Art der Schülerbeförderung hat sich in den letzten Jahren relativ nicht so stark ausgeweitet wie die Sonderformen. So erhöhte sich im vergangenen Jahr die Zahl der auf diese Weise beförderten Schüler, Studenten und anderen Auszubildenden nur um 2,8%. Im vorausgegangenen Jahr war allerdings noch eine Zuwachsrate von + 9,5% festgestellt worden.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Ärztliche Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz 1974

Den Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zufolge darf mit der Beschäftigung eines Jugendlichen - im Sinne dieses Gesetzes eine Person in einem Alter zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr - nur begonnen werden, wenn dieser innerhalb der letzten zwölf Monate von einem Arzt untersucht worden ist, und demjenigen, der den Jugendlichen beschäftigen will, eine von diesem Arzt ausgestellte Bescheinigung vorliegt. Vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres hat sich der Arbeitgeber die Bescheinigung eines Arztes darüber vorlegen zu lassen, daß der Jugendliche nachuntersucht worden ist. Die ärztlichen Untersuchungen er-

strecken sich auf den Gesundheits- und Entwicklungsstand und die körperliche Beschaffenheit, die Nachuntersuchungen außerdem auf die Auswirkungen der Arbeit auf Gesundheit und Entwicklung des Jugendlichen. Der Arzt hat den Eltern oder dem Vormund des Jugendlichen das wesentliche Ergebnis der Untersuchung mitzuteilen. Die Auskünfte an den Arbeitgeber beschränken sich auf das Benennen der Arbeiten, durch deren Ausübung die Gesundheit gefährdet sein könnte.

In Rheinland-Pfalz werden die im Zuge der ärztlichen Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz getroffenen Feststellungen seit dem Jahre 1972

statistisch erfaßt. Die Nachweisungen dienen vorwiegend arbeitsmedizinischen Zwecken.

Auffällige Abweichungen oder gar Entwicklungen lassen sich aus den drei nunmehr vorliegenden Jahresergebnissen nicht erkennen. Für das Aufzeigen des Sachstandes dürfte daher im wesentlichen die Darstellung der Untersuchungsergebnisse des Jahres 1974 genügen.

Jeder Vierte erhielt Gefährdungsvermerk

Von den insgesamt 34 294 im genannten Berichtsjahr erstuntersuchten Jugendlichen waren 19 028 männlichen und 15 262 weiblichen Geschlechts. Rund 38% waren 14 Jahre alt, gut 31% 15 Jahre; knapp ein Fünftel hatte ein Alter von 16 Jahren und gut ein Zehntel ein höheres Alter. Betrachtet man die jeweiligen Anteile der Untersuchten dieser Altersklassen, welche einen Gefährdungsvermerk erhielten (Benennung der Arbeiten, die nach Ansicht des Arztes für den Jugendlichen infolge dessen körperlicher und gesundheitlicher Konstitution Gesundheitsgefahren bewirken), so überrascht die Feststellung einer fast völligen Kongruenz: In allen Gruppen liegt der Anteil der durch ihre aufzunehmende Arbeit gefährdeten Jugendlichen bei annähernd 26%. Jeder Vierte also sollte zumindest von bestimmten, ihm zugeordneten Arbeiten ferngehalten werden. Dieser Anteil ist aus arbeitsmedizinischer Sicht sehr hoch. Da die Gefährdungsfeststellungen in aller Regel nicht von arbeitsmedizinischen Fachkräften getroffen werden, unterliegen sie hinsichtlich des aufgezeigten Umfangs gewissen Zweifeln.

Nur 3% der Untersuchten hatten ihre Wohnung außerhalb des Elternhauses; vornehmlich waren es 15- und 16jährige, für welche in weit höherem Ma-

ße Gefährdungsvermerke erteilt wurden (37,5% und 34,1%) als für die 14- und 17jährigen (29,9% und 23,6%). Insgesamt gesehen liegt der Anteil der Untersuchten mit Gefährdungsvermerken, welche nicht in der eigenen Familie lebten (31%), auffällig über dem Anteil aller mit Gefährdungsvermerken bedachten Erstuntersuchten (knapp 26%). Diese Abweichungen lassen sich kaum erklären, will man nicht unzulässigerweise unterstellen, daß eine allenfalls erst kurzfristig bestehende Trennung des Jugendlichen von seiner Familie bereits Auswirkungen auf dessen gesundheitliche Konstitution haben kann. Es dürfte sich hier um eine durch den größenmäßigen Unterschied der beiden Ausgangs- und Bezugswahlen begünstigte Zufälligkeit handeln. Einen bedeutend höheren Anteil als die Untersuchten, deren Wohnung sich außerhalb des Elternhauses befand (3%), bildeten die jugendlichen Erstuntersuchten, deren Mütter außerhäuslich berufstätig waren (22%). Nach der altersmäßigen Aufgliederung dieser Untersuchten traf dies bei den 14- und 15jährigen (37,2% und 33,1%) am häufigsten zu. Auch bei der Untersuchtengruppe mit berufstätigen Müttern liegt die Quote der Gefährdungsvermerke mit 26,5% über dem Anteil aller mit Gefährdungsvermerken bedachten Erstuntersuchten. Allerdings ist der Unterschied zwischen den Anteilen mit 0,7 Prozentpunkten sehr gering, so daß sich Aussagen bezüglich bestimmter Auswirkungen der Berufstätigkeit der Mütter auf die Untersuchten verbieten. Nach dem Wohnbereich gegliedert, lebten 8% der Untersuchten in einer Großstadt, 11,3% in einer Mittelstadt, 14,2% in einer Kleinstadt und weit mehr als die Hälfte, nämlich 56,4% auf dem Lande; bei einem Zehntel waren keine Wohnbereichsangaben vorhanden. Unter den

Nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz ärztlich untersuchte Jugendliche nach Alter und Wohnbereich 1974

Alter Wohnbereich	Ins- gesamt	Mit Gefähr- dungs- ver- merken	Männlich		Weiblich		Wohnung außerhalb des Elternhauses		Mutter außerhäuslich berufstätig	
			zu- sammen	mit Gefähr- dungsver- merken	zu- sammen	mit Gefähr- dungsver- merken	zu- sammen	Gefähr- dungsver- merken	zu- sammen	Gefähr- dungsver- merken
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Erstuntersuchte Jugendliche										
14 Jahre	13 039	25,9	7 738	25,8	5 301	25,9	301	29,9	2 810	26,5
15 "	10 783	25,9	6 035	25,2	4 748	26,8	357	37,5	2 505	27,4
16 "	6 702	25,4	3 340	24,9	3 362	25,8	226	34,1	1 477	24,6
17 " und älter	3 770	25,8	1 915	26,5	1 855	25,1	161	23,6	770	27,3
Großstadt	2 740	25,1	1 560	24,9	1 180	25,3	102	32,4	848	24,3
Mittelstadt	3 864	26,3	2 170	25,9	1 694	26,8	151	35,8	1 225	27,1
Kleinstadt	4 875	25,7	2 669	25,0	2 206	26,6	166	24,1	1 299	24,6
Auf dem Lande	19 347	26,3	10 611	26,1	8 736	26,5	454	36,3	3 478	28,2
Ohne Angabe	3 468	23,0	2 018	23,4	1 450	22,5	172	27,3	712	23,2
Insgesamt	34 294	25,8	19 028	25,5	15 266	26,1	1 045	32,4	7 562	26,5
Nachuntersuchte Jugendliche										
14 Jahre	935	21,4	532	18,6	403	25,1	44	31,8	.	.
15 "	7 905	21,1	4 352	19,5	3 553	23,0	259	21,2	.	.
16 "	10 256	22,7	5 843	20,8	4 413	25,2	435	26,7	.	.
17 " und älter	5 616	24,6	2 955	22,8	2 661	26,6	255	26,7	.	.
Großstadt	2 246	21,8	1 204	18,9	1 042	25,1
Mittelstadt	2 775	24,7	1 548	22,9	1 227	27,1
Kleinstadt	3 644	22,9	1 998	21,3	1 646	24,7
Auf dem Lande	14 764	22,3	8 176	20,4	6 588	24,5
Ohne Angabe	1 283	22,0	756	21,0	527	23,3
Insgesamt	24 712	22,6	13 682	20,7	11 030	24,9	993	25,5	.	.

Alter	Ins- ge- samt	Größe in cm			Gewicht in kg			Ins- ge- samt	Größe in cm			Gewicht in kg		
		unter 150	150 — 180	180 und mehr	unter 55	55 — 70	70 und mehr		unter 150	150 — 180	180 und mehr	unter 55	55 — 70	70 und mehr
	Anzahl							Anteil derjenigen mit Gefährdungsvermerken in %						
Erstuntersuchte														
14 Jahre	13 039	489	11 941	609	6 434	5 392	1 213	25,9	29,9	25,9	23,2	29,4	22,9	20,5
15 "	10 783	326	9 701	756	4 562	5 060	1 161	25,9	27,9	25,9	24,7	29,5	23,7	21,3
16 "	6 702	163	5 715	824	2 155	3 531	1 016	25,4	25,8	25,5	24,4	27,5	24,7	23,2
17 " und älter	3 770	105	3 159	506	1 077	1 995	698	25,8	25,7	26,0	25,1	26,9	25,8	24,4
Insgesamt	34 294	1 083	30 516	2 695	14 228	15 978	4 088	25,8	28,3	25,8	24,3	28,9	23,9	22,1
Nachuntersuchte														
14 Jahre	935	33	813	89	318	459	158	21,4	12,1	22,0	19,1	23,6	20,7	19,0
15 "	7 905	148	7 026	731	2 627	4 076	1 202	21,1	18,2	21,3	19,3	25,2	19,4	17,8
16 "	10 256	180	8 769	1 307	2 935	5 469	1 852	22,7	21,7	22,9	21,6	28,0	21,2	18,7
17 " und älter	5 616	113	4 592	911	1 377	3 014	1 225	24,6	33,6	25,0	21,7	29,6	23,5	22,0
Insgesamt	24 712	474	21 200	3 038	7 257	13 018	4 437	22,6	22,8	22,8	21,0	27,1	21,1	19,4

in einer Groß- und Kleinstadt wohnenden Untersuchten war der Anteil der Jugendlichen mit Gefährdungsvermerken etwas geringer (25,1 bzw. 25,7%) als unter denen, die aus einer Mittelstadt (26,3%) oder vom Lande (26,3%) kamen.

Höchste Quote der Berufstauglichkeit unter den körperlich stark Entwickelten

Größen- und gewichtsmäßig konnten die meisten der Untersuchten den sogenannten Mittelklassen zugeordnet werden. Rund 89% hatten eine Körperlänge zwischen 150 cm und 179 cm; nur 3,2% lagen unter, 7,9% über dieser Maßspanne. Ein Gewicht zwischen 55 und 69 Kilo brachten 46,6% der Untersuchten auf die Waage; weniger wogen 41,5%, ein höheres Gewicht hatten 11,9%. Nicht uninteressant dürfte die Feststellung sein, daß unter den 14jährigen Untersuchten jeder 20. über die stattliche Körperlänge von mehr als 180 cm verfügte und jeder zehnte ein Gewicht von über 70 Kilo aufwies. Betrachtet man die Anteile der Jugendlichen mit Gefährdungsvermerken in diesen Größen- und Gewichtsklassen, so gilt die Feststellung, je höher die Klasse, um so geringer der Anteil der Gefährdungsvermerke. Unter den Untersuchten mit einer Körperlänge von weniger als 150 cm betrug der Anteil der Jugendlichen mit Gefährdungsvermerken 28,3%. In der Gruppe mit einer Körperlänge von 150 cm bis 179 cm lag der Anteil bei 25,8%, bei den größeren Untersuchten nur bei 24,3%. Gab es bei den Jugendlichen der Gewichtsklasse unter 55 Kilo noch 28,9% mit einem oder mehreren Gefährdungsvermerken, so sank dieser Anteil bei den 55 bis 69 Kilo wiegenden Jugendlichen auf 23,9% und bei den Untersuchten mit einem noch höheren Gewicht auf 22,1%. Diesen Nachweisungen zufolge findet sich die höchste Quote einer vollen Berufstauglichkeit bei den körperlich am stärksten entwickelten Jugendlichen.

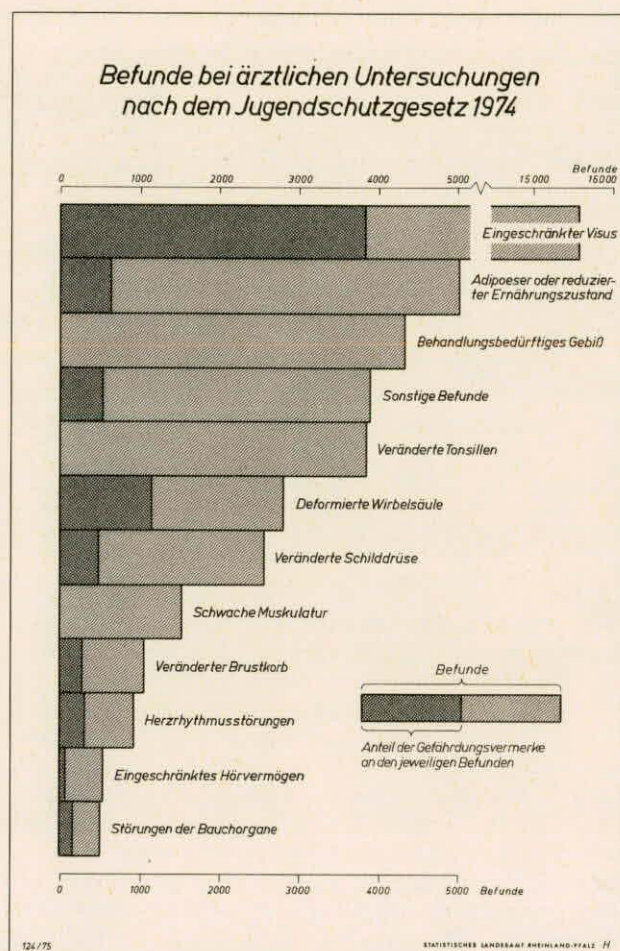
Die weitaus meisten, nämlich 36,6% der insgesamt 42 831 Untersuchungsbefunde (im nachfolgenden werden die prozentualen Anteile der Befunde in Klammern aufgezeigt) bezogen sich auf eine eingeschränkte Nah- oder Fernsichtigkeit. Hier führte

jeder vierte Befund zu einem Gefährdungsvermerk. Nicht zu einem solchen Vermerk führten die relativ häufigen Feststellungen eines behandlungsbedürftigen Gebisses (10,1%) oder veränderter Tonsillen (9,0%). Unter den zusammen rund 5 000 Fällen eines übermäßigen (7,1%) oder mangelhaften (4,6%) Ernährungszustandes waren 13% so schwerwiegend, daß sie einen Gefährdungsvermerk forderten. Eine deformierte Wirbelsäule (6,6%) bewirkte in zwei Fünftel dieser Fälle einen Gefährdungsvermerk. Etwas geringer waren die Befunde (6,0%) bezüglich einer Schilddrüsenveränderung. Diese Feststellungen führten zu einem Fünftel zu Vermerken. Die höchsten Anteile an Gefährdungsvermerken, nämlich 46,4% und 73,0%, wiesen die groben Auffälligkeiten im motorischen und sensiblen Nervensystem (0,2%) und im Geistes- und Gemütszustand (0,5%) auf, die zahlenmäßig jedoch kaum ins Gewicht fallen.

Befunde der nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz durchgeführten Untersuchungen 1974

Untersuchungsbefund	Erstuntersuchte		Nachuntersuchte	
	insgesamt	Befunde 1)	insgesamt	Befunde 1)
	Anzahl	%	Anzahl	%
Eingeschränkter Visus	15 684	24,4	11 601	24,0
Eingeschränktes Hörvermögen	574	14,8	247	21,1
Behandlungsbedürftiges Gebiß	4 322	-	3 189	-
Veränderte Tonsillen	3 859	-	2 739	-
Adipoeser Ernährungszustand	3 042	13,0	2 298	9,0
Reduzierter Ernährungszustand	1 957	-	1 503	-
Schwache Muskulatur	1 555	-	943	-
Veränderte Schilddrüse	2 575	19,1	1 937	15,3
Lungengeräusche und Sonstiges	411	23,1	237	28,3
Herzrhythmusstörungen u. Sonstiges	933	34,2	627	31,1
Periphere Durchblutungsstörungen	445	24,9	303	24,8
Störungen der Bauchorgane	509	34,4	549	23,1
Veränderter Brustkorb	1 089	26,4	730	23,7
Deformierte Wirbelsäule	2 816	41,3	1 906	39,7
Grobe Auffälligkeiten				
im Mot. und Sens. Nervensystem	97	46,4	60	41,7
im Vegetativen Nervensystem	374	32,1	215	28,4
im Geistes- und Gemütszustand	222	73,0	112	58,0
Positive Urinbefunde	1 132	-	812	-
Deutlich verfrühter Entwicklungsstand	494	-	220	-
Deutlich verspäteter Entwicklungsstand	741	-	247	-

1) Befunde, die zu Gefährdungsvermerken geführt haben.



Nachuntersuchungsergebnisse günstiger

Der vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres vorgeschriebenen Nachuntersuchung haben sich während des Berichtsjahres 24 712 Jugendliche unterzogen. Setzt man diese Zahl zu der Zahl der Erstuntersuchten des Vorjahres ins Verhältnis, so sind diese - abgesehen von den Fällen einer vorzeitigen Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses oder einer altersbedingten Untersuchungsfreistel-

lung - nur zu etwa drei Viertel der gesetzlichen Verpflichtung zur Nachuntersuchung nachgekommen. Der Anteil der Nachuntersuchten mit Gefährdungsvermerken ist mit 22,6% sowohl gegenüber dem mit Vermerken bedachten Erstuntersuchten des Berichtsjahres (25,8%) als auch des Vorjahres (30,4%) schon auffällig geringer.

Interessant ist der Vergleich der Befunde der Erstuntersuchten des Jahres 1973 mit den Befunden der Nachuntersuchten des Jahres 1974. Sie korrespondieren insofern miteinander als es sich bei den betroffenen Jugendlichen im wesentlichen um den gleichen Personenkreis handelt. Sicherlich erklärt sich hieraus auch die fast völlige Identität der Rangfolge in der zahlenmäßigen Größenordnung der Befunde beider Untersuchungen. Erhebliche Abweichungen sind dagegen festzustellen zwischen den Anteilen solcher Befunde, welche zu Gefährdungsvermerken führten. So ergab sich bei den Erstuntersuchungen des Jahres 1973 in 21,6% der Befunde wegen eines übermäßigen oder mangelhaften Ernährungszustandes die Notwendigkeit eines Gefährdungsvermerkes. Bei den Nachuntersuchungen im Jahre 1974 lag diese Quote bei 9,0%. Eine veränderte Schilddrüse veranlaßte 1973 in 25,3% der Befunde zu einem Vermerk; 1974 waren es nur noch 15,3% der Befunde. Bei den Herzrhythmusstörungen sank der Anteil der Gefährdungsvermerke zwischen Erst- und Nachuntersuchung von 41,0% auf 31,1%. Bei den peripheren Durchblutungsstörungen von 37,2% auf 24,8%. Sehr deutliche Veränderungen zeigten sich überdies noch bei den Vermerken wegen Störungen der Bauchorgane (39,1 bzw. 23,1%), wegen veränderten Brustkorbes (34,6 bzw. 23,7%), sowie wegen grober Auffälligkeiten im vegetativen Nervensystem (47,8 bzw. 28,4%) und im Geistes- und Gemütszustand (71,8 bzw. 58,0%). Sicherlich haben die aufgrund der diagnostischen Feststellungen der Erstuntersuchungen eingeleiteten therapeutischen Maßnahmen zu dem insgesamt günstigeren Nachuntersuchungsergebnis beigetragen.

R. Zirwes

Öffentliche Jugendhilfe 1964 - 1974

Die Tätigkeit in der öffentlichen Jugendhilfe wird in sehr starkem Maße bestimmt durch Maßnahmen, die das Jugendwohlfahrtsgesetz vom 6. August 1970 vorschreibt. Zu den bedeutendsten Maßnahmen gehören das Vormundschaftswesen einschließlich Pflegeaufsicht und die erzieherische Betreuung der Jugend, bei der das Hauptgewicht auf der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung liegt.

Träger der gesetzlich angeordneten Maßnahmen sind die Jugendwohlfahrtsbehörden, die auch gemäß § 5 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes über die Durchführung von Statistiken auf dem Gebiet der Sozialhilfe, der Kriegsofferfürsorge und der Jugendhilfe vom 15. Januar 1963 (BGBl. I S. 49) auskunftspflichtige Meldestellen sind. Aus den Tabellen der Jugendämter ist eine Fülle von

Sachverhalten und ein umfassender Überblick über die von der öffentlichen Jugendhilfe betreuten Jugendlichen zu entnehmen. Darüber hinaus liefert die Statistik Angaben über die Aufwendungen für die Jugendhilfe, getrennt nach den einzelnen Hilfearten - jedoch ohne Verwaltungs- und Investitionskosten -, sowie über die Einrichtungen nach Trägergruppen.

Nachfolgend soll - neben den Veränderungen zum Vorjahr - ein Überblick über die Entwicklung der Hilfen und Leistungen für Jugendliche innerhalb des vergangenen Jahrzehnts gewährt werden, wobei zu erwähnen ist, daß die umfangreiche Tätigkeit der freien Jugendhilfe, die überwiegend durch Verbände der kirchlichen Gemeinschaften getragen wird, im Rahmen der amtlichen Statistik nur bei den Einrichtungen der

Jahr	Pflegeaufsicht				Amtspflegschaft		Amtsvormundschaft				
	ins- gesamt	Pflege- kinder	Uneheliche Kinder bei der Mutter		ins- gesamt	auf 10 000 Minder- jährige unter 21 bzw. 18 Jahren	ins- gesamt	auf 10 000 Minder- jährige unter 21 bzw. 18 Jahren	gesetz- liche	be- stellte	nicht- eheliche Amts- mündel
			unter Aufsicht	von der Aufsicht befreit							
1964	36 941	4 137	30 663	2 141	-	-	35 308	314	33 367	1 941	34 087
1965	33 733	4 242	28 698	793	-	-	34 226	308	32 183	2 043	32 880
1966	32 328	3 937	27 657	734	-	-	32 846	287	30 746	2 100	31 429
1967	31 234	3 989	26 487	758	-	-	31 819	277	29 600	2 219	30 331
1968	30 807	3 953	26 120	734	-	-	31 046	269	28 958	2 088	29 383
1969	29 543	3 736	25 135	672	-	-	30 232	249	28 003	2 229	28 242
1970	28 201	2 908	24 653 ¹⁾	640 ¹⁾	23 775	196	5 562	45	3 384	2 178	4 105
1971	2 875	2 875	-	-	22 876	197	5 852	46	3 481	2 371	4 307
1972	2 849	2 849	-	-	22 227	190	6 033	52	3 586	2 447	4 407
1973	3 018	3 018	-	-	21 638	183	6 375	58	3 783	2 592	4 681
1974	3 134	3 134	-	-	20 865	207	6 439	64	3 689	2 750	4 565

1) Bestand am 30. 6. 1970.

Jugendhilfe in Erscheinung tritt. Mit der angestrebten Einführung eines Individualzählblattes anstelle der bisher nur tabellarischen Form der Berichterstattung wird voraussichtlich auch eine verstärkte Einbeziehung der Tätigkeit der freien Jugendarbeit möglich sein.

Die Reform des Nichtehelichenrechts 1970 brachte eine Reihe von Änderungen. In erster Linie betrafen sie die Institution der Amtspflegschaft sowie Maßnahmen der Beistandschaft und Vaterschaftsfeststellung, die zum Teil den Vergleich der Ergebnisse des Berichtsjahres mit früheren Jahren erschweren.

Jugendhilfe erforderte 145 Mill. DM

Die seit 1970 leicht rückläufige Zahl der Minderjährigen unter Amtspflegschaft verringerte sich 1974 erneut um etwa 800 auf 20 900. Die Anzahl der Minderjährigen unter Amtsvormundschaft lag Ende 1974 mit 6 439 nur geringfügig über dem Wert des Vorjahres (6 375). Insgesamt 503 Minderjährige wurden im Berichtsjahr adoptiert, auf 334 vorgezeichnete Minderjährige kamen 633 Adoptionsstellen, für die ein Minderjähriger noch nicht vorgeschlagen werden konnte.

Am Jahresende 1974 befanden sich insgesamt 1 458 Jugendliche in freiwilliger Erziehungshilfe (1 084) und Fürsorgeerziehung (374). Zum vergleichbaren Vorjahreszeitpunkt waren es 1 072 bzw. 490. An Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe wurden 4 637 mit 121 249 verfügbaren Plätzen registriert, für Maßnahmen der öffentlichen Jugendhilfe rund 145 Mill. DM verausgabt, davon 48 Mill. DM als Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe; 1973 sind es insgesamt 33 Mill. DM weniger gewesen.

Vor zehn Jahren standen noch 35 300 Jugendliche unter Amtsvormundschaft und 37 000 unter Pflegeaufsicht. Seit 1970 bzw. 1971 hat sich dieser Personenkreis auf wenige tausend Jugendliche verringert, da die Amtsvormundschaft 1970 - von Ausnahmen abgesehen - in eine Amtspflegschaft umgewandelt wurde. Von den untergebrachten Minderjährigen befand sich damals etwa jeder zweite in Fürsorgeerziehung.

Die Gesamtausgaben für Maßnahmen der Jugendwohlfahrtsbehörden erhöhten sich in den zehn

Ausgaben der öffentlichen Jugendhilfe nach Ausgabearten und Trägern 1964, 1973 und 1974

Ausgabeart Träger	1964				1973				1974			
	ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohl- fahrtsbehörden		Zu- schüsse an	ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohl- fahrtsbehörden		Zu- schüsse an	ins- gesamt	Maßnahmen der Jugendwohl- fahrtsbehörden		Zu- schüsse an
		außer- halb von Einrich- tungen	in Ein- rich- tungen	Träger d. freien Jugend- hilfe		außer- halb von Einrich- tungen	in Ein- rich- tungen	Träger d. freien Jugend- hilfe		außer- halb von Einrich- tungen	in Ein- rich- tungen	Träger d. freien Jugend- hilfe
1 000 DM												
Unterbringung in Familienpflege	1 883	1 882	-	1	5 554	5 554	-	-	7 369	7 369	-	-
Unterbringung in Heimpflege	8 240	-	8 189	51	29 317	-	29 199	118	36 352	-	36 188	164
Kindertagesstätten	4 502	-	2 133	2 369	40 149	-	15 272	24 877	54 686	-	20 351	34 335
Erholungspflege	3 401	118	1 073	2 210	6 649	698	2 150	3 801	7 271	716	2 040	4 515
Freiwillige Er- ziehungshilfe	2 908	256	2 652	-	11 409	70	11 339	-	15 270	63	15 207	-
Fürsorgeerziehung	2 880	327	2 553	-	4 781	46	4 735	-	4 992	13	4 979	-
Alle übrigen Maß- nahmen	3 990	1 070	576	2 344	14 827	3 692	4 697	6 438	19 300	3 790	6 185	9 325
Insgesamt	27 804	3 653	17 176	6 975	112 686	10 060	67 392	35 234	145 240	11 951	84 950	48 339
Kreisfreie Städte	10 104	1 399	6 874	1 831	44 145	4 821	26 636	12 688	56 069	5 657	33 518	16 894
Landkreise	9 136	1 601	4 959	2 576	45 280	4 738	23 550	16 992	60 114	5 942	29 077	25 095
Landesamt für Ju- gend u. Soziales	8 564	653	5 343	2 568	23 261	501	17 206	5 554	20 057	352	22 355	6 350

Minderjährige in öffentlicher Erziehung 1964 - 1974

Jahr	Minderjährige in freiwilliger Erziehungshilfe			Minderjährige in Fürsorgeerziehung				
	insgesamt	Jungen	Mädchen	insgesamt	vorläufige	endgültige	Jungen	Mädchen
					Fürsorgeerziehung			
1964	1 335	786	549	1 673	148	1 525	880	793
1965	1 332	797	535	1 504	118	1 386	804	700
1966	1 347	809	538	1 464	88	1 376	791	673
1967	1 329	784	545	1 416	126	1 290	777	639
1968	1 306	771	535	1 393	121	1 272	797	596
1969	1 294	799	495	1 353	99	1 254	785	568
1970	1 245	773	472	1 145	83	1 062	646	499
1971	1 131	692	439	817	83	734	455	362
1972	1 090	688	402	644	75	569	369	275
1973	1 072	681	391	490	58	432	292	198
1974	1 084	707	377	374	58	316	231	143

Jahren von 1964 bis 1974 von 28 Mill. DM auf 145 Mill. DM.

27 000 Minderjährige unter Amtspflegschaft oder Amtsvormundschaft

Nach der bis 1970 geltenden Regelung bekamen sämtliche nichtehelich geborenen Kinder - sie standen automatisch unter der Aufsicht des Jugendamtes - einen Amtsvormund. Durch die Neuregelung von 1970 trat bei volljährigen Müttern nichtehelicher Kinder die Institution der Amtspflegschaft - bei der das Jugendamt Pfleger wird - an die Stelle der Amtsvormundschaft, wobei der Mutter die elterliche Gewalt voll zusteht. Durch diese Neuregelung kam es zwangsläufig zu einem erheblichen Rückgang in der Zahl der Amtsvormundschaften, die sich von 1969 bis 1970 um rund 25 000 auf etwa 5 600 reduzierte. Auch zwischen 1964 (35 300) und 1969 (30 200) war bereits ein Rückgang zu beobachten, der allerdings relativ unbedeutend war. Dagegen gab es Ende 1970 fast 24 000 und Ende 1974 rund 21 000 Minderjährige unter Amtspflegschaft. Von den Minderjährigen unter Amtsvormundschaft waren 71% nichteheliche Amtsmündel. In 57% der Fälle handelte es sich um eine gesetzlich angeordnete Amtsvormundschaft (1964: 95%), in den übrigen Fällen war sie durch schriftli-

che Verfügung des Vormundschaftsgerichtes bestellt.

Insgesamt betrachtet hat sich die Zahl der Pflegekinder, das sind alle Minderjährigen unter 16 Jahren, die sich dauernd oder nur für einen Teil des Tages, jedoch regelmäßig außerhalb des Elternhauses in Familienpflege befinden, innerhalb der letzten zehn Jahre - von wenigen Ausnahmen abgesehen - ständig verringert. Sie reduzierte sich von Ende 1964 bis Ende 1974 um etwa 24% auf 3 134.

Die Bruttoausgaben für Familienpflege machten Ende 1974 rund 7 Mill. DM aus, während Heimpflege etwa das Fünffache erforderte. 1964 wurde sowohl für die Unterbringung in Familienpflege (knapp 2 Mill. DM) als auch für Heimpflege (rund 8 Mill. DM) nur ein Viertel der heutigen Kosten beansprucht.

Steigende Zahl der Adoptionsstellen seit 1970

In den letzten Jahren konnte eine zunehmende Adoptionsbereitschaft festgestellt werden, deren Ursachen aus der gegenwärtigen Jugendhilfestatistik (tabellarische Form) nicht eindeutig zu erklären sind. Neben einigen formalrechtlichen Erleichterungen dürften überwiegend soziologische Gründe eine Rolle spielen. Das Ausmaß der Adoptionsbereitschaft zeigt ein Blick auf die Entwicklung des Verhältnisses von vorgemerkten Minderjährigen zu den Adoptionsstellen seit 1964. Damals stand für zwei zur Adoption vorgemerkte Minderjährige nur eine Adoptionsstelle bereit. Bis 1968 änderte sich an diesem Verhältnis wenig. Auch 1969 fanden sich insgesamt nur 236 Adoptiveltern bereit, ein Kind anzunehmen, während 276 Minderjährige zur Adoptionsvermittlung vorgemerkt waren. Demgegenüber begann sich 1970 dieses Verhältnis umzukehren, bis Ende 1974 das Verhältnis von 633 Adoptionsstellen zu etwa halb so vielen Minderjährigen (334), die zur Adoption vorgemerkt waren, registriert werden konnte.

Mehr Kinder aus geschiedenen Ehen in öffentlicher Erziehung

Bei der erzieherischen Betreuung der Jugend lag das Schwergewicht seit jeher auf der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung,

Adoptionen 1964 - 1974

Berichtsmerkmal	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974
Im Berichtsjahr adoptierte Minderjährige	539	506	526	490	447	430	404	375	445	457	503
durch deutsche Staatsangehörige	310	348	353	369	366	345	329	315	368	395	444
Verwandtenadoptionen	116	84	83	86	98	101	105	105	96	152	128
durch ausländische Staatsangehörige	229	158	173	121	81	85	75	60	77	62	59
Verwandtenadoptionen	79	41	75	38	29	44	21	18	36	33	19
Zur Adoption vorgemerkte Minderjährige am Jahresende	385	360	394	399	389	276	227	216	259	341	334
männlich	196	198	212	194	193	150	122	110	137	167	172
weiblich	189	162	182	205	196	126	105	106	122	174	162
Vorhandene Adoptionsstellen am Jahresende	216	226	162	172	203	236	275	356	339	454	633

Örtliche Einrichtungen und verfügbare Plätze nach Art der Einrichtungen und Träger 1973 und 1974

Art der Einrichtung	Einrichtungen					Plätze				
	insgesamt	der öffent- lichen Hand	der Träger der freien Jugend- hilfe	privater gewerb- licher Träger	insgesamt	der öffent- lichen Hand	der Träger der freien Jugend- hilfe	privater gewerb- licher Träger		
1973	1974				1973	1974				
Heime für werdende Mütter	3	3	-	3	-	55	72	-	72	-
Wohnheime für Mutter und Kind	2	2	1	1	-	42	42	32	10	-
Säuglingsheime	9	8	-	6	2	271	267	-	194	73
Kinderheime	47	44	3	33	8	2 454	2 517	206	2 125	186
Erziehungsheime										
a) bis zur Beendigung der Volks- schulpflicht	13	12	-	12	-	1 199	853	-	853	-
b) für nicht mehr schulpflichtige Minderjährige	12	12	2	10	-	1 261	1 170	185	985	-
Sonderheime	20	19	-	17	2	1 653	1 709	-	1 649	60
Beobachtungsheime	1	1	1	-	-	92	92	92	-	-
Kinderkrippen	17	18	9	9	-	575	581	399	182	-
Kindergärten	1 458	1 513	342	1 151	20	91 665	95 550	20 060	74 900	590
darunter Sonderkindergärten	25	29	1	27	1	588	696	18	658	20
Kinderhorte	59	60	31	27	2	2 104	2 088	1 064	989	35
Kur-, Heil-, Genesungs- und Er- holungsheime für Minderjährige	31	21	11	6	4	2 015	1 239	674	330	235
Tages-Erholungsstätten für Minderjährige	18	17	3	14	-	-	-	-	-	-
Ferienkolonien, feste Zeltlagerplätze	47	42	10	26	6	-	-	-	-	-
Jugendherbergen	49	49	4	41	4	6 169	6 448	367	5 579	502
Jugendfreizeitstätten, Heime der offenen Tür, Häuser der Jugend u.ä.	92	69	17	51	1	-	-	-	-	-
Jugendverbandsheime, Jugend- gruppenheime	1 447	1 467	145	1 316	6	-	-	-	-	-
Jugendbildungsstätten	22	22	1	20	1	1 069	1 562	48	1 444	70
Jugendbüchereien	1 107	1 086	391	695	-	-	-	-	-	-
Jugendwohnheime	33	30	1	28	1	2 564	2 299	32	2 233	34
Schülerwohnheime	50	54	5	46	3	3 836	4 421	645	3 465	311
Jugendschutzstellen, Obhut-, Auffangheime	19	16	5	11	-	239	87	16	71	-
Fortbildungsstätten für Fachkräfte der Jugendhilfe	3	3	1	2	-	60	85	25	60	-
Erziehungsberatungsstellen	31	29	7	22	-	-	-	-	-	-
Jugendberatungsstellen	12	16	4	11	1	-	-	-	-	-
Mütter- und Elternschulen	14	16	-	15	1	-	-	-	-	-
Sonstige Einrichtungen	8	8	2	6	-	309	167	-	167	-
Insgesamt	4 624	4 637	996	3 579	62	117 632	121 249	23 845	95 308	2 096

wobei sich im letzten Jahrzehnt allerdings eine unterschiedliche Entwicklung vollzogen hat. Noch 1964 waren von etwa 3 000 untergebrachten Minderjährigen rund 56% in Fürsorgeerziehung und 44% in freiwilliger Erziehungshilfe. Ende des Berichtszeitraumes befand sich dagegen von den insgesamt knapp 1 500 Minderjährigen in öffentlicher Erziehung nur noch jeder vierte (374) in Fürsorgeerziehung, während drei Viertel (1 084) unter freiwilliger Erziehung standen.

Der Anteil weiblicher Minderjähriger ist unter den Zöglingen der Fürsorgeerziehung mit 38% etwas größer als bei den Minderjährigen in freiwilliger Erziehungshilfe (35%). 1964 betrugen die entsprechenden Anteile der weiblichen Minderjährigen 47 bzw. 41%.

Seit 1964 haben sich die nach den Familienverhältnissen ermittelten Anteile der in freiwillige Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung überwiesenen Minderjährigen teilweise beachtlich geändert. Während 1964 annähernd 40% der Überweisungen in freiwillige Erziehungshilfe Waisen und nicht-eheliche Kinder waren, stellten diese 1974 nur noch einen Anteil von knapp 28%. Demgegenüber ist

der Anteil der Kinder aus geschiedenen Ehen von 18 auf fast 30% gestiegen. Bei den in vorläufige und endgültige Fürsorgeerziehung überwiesenen Jugendlichen waren ähnliche Beobachtungen zu machen. Die Unterbringung der Minderjährigen erfolgte zum überwiegenden Teil in Heimen, wobei auch in diesem Zusammenhang eine deutliche Zunahme der prozentualen Anteile ermittelt wurde. So waren beispielsweise 1964 erst zwei Drittel der Minderjährigen, die der freiwilligen Erziehungshilfe unterstanden, in Heimen untergebracht, während zehn Jahre später 75% dieser Minderjährigen in Heimen lebten. Rückläufig war dementsprechend der Anteil der Jugendlichen, die in der eigenen Familie lebten.

Bei den Minderjährigen, die 1974 aus öffentlicher Erziehung entlassen wurden, betrug die Dauer der Erziehung in etwa jedem fünften Fall - 1964 war es etwa jeder dritte - weniger als ein Jahr. Am häufigsten dauerte die Erziehung ein bis zwei Jahre, wobei sich der durchschnittliche Anteil seit 1964 von etwa 25% auf knapp 30% erhöht hat. Die Durchführung der Maßnahmen bei der erzieherischen Betreuung der Jugendlichen erforderte 1974 etwa 20 Mill. DM oder 14% des Gesamtaufwands.

1964 hatten diese Ausgaben nur knapp 6 Mill. DM (21%) betragen.

Annähernd 96 000 Kindergartenplätze

Im Rahmen der Jugendhilfestatistik sind von den Jugendämtern auch sämtliche Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe mit ihren Kapazitäten zu erheben. Die Zahl der verfügbaren Plätze hat sich in dem betrachteten zehnjährigen Zeitraum insgesamt um 10 738 auf 121 249 erhöht, wobei den Kindergärten besondere Bedeutung zukommt. In Jahresfrist ist deren Zahl um 55 oder knapp 4% und die der Plätze um rund 3 900 oder gut 4% gestiegen. Ende 1973 gab es 1 458 Kindergärten mit 91 665 Plätzen. Von 1964 bis 1974 hat sich die Zahl der Kindergärten um 373 auf 1 513 erhöht, wobei ihre Kapazität um 20 090 auf 95 550 gestiegen ist.

Einschließlich der 52 Säuglings- und Kinderhei-

me (1964: 72), 19 Sonderheime (17), des Beobachtungsheims (1), der 18 Kinderkrippen (11) und 60 Kinderhorte (48) machen damit die der Kinderbetreuung dienenden Einrichtungen 36% aller Einrichtungen der öffentlichen Jugendhilfe aus (1964: 34%).

Weitere ins Gewicht fallende Einrichtungen sind die Jugendverbands- und Jugendgruppenheime, deren Zahl bis 1974 auf 1 467 angestiegen ist. Die Jugendbüchereien haben sich im letzten Jahr auf 1 086 vermindert.

Die Ausgaben für Kindertagesstätten waren mit rund 55 Mill. DM oder 38% des Gesamtaufwands wieder am größten. Sie stiegen 1974 um knapp 15% und innerhalb des betrachteten Jahrzehnts um 50 Mill. DM an.

Diplom-Volkswirtin B. Hänel

Wohngeldzahlungen 1974

Durch die Fortentwicklung des Zweiten Wohngeldgesetzes vom 14. Dezember 1970 konnten sowohl die allgemeine Einkommens- und Preisentwicklung als auch die Rechtsentwicklung und Rechtsprechung weitgehend berücksichtigt werden. So wurde nicht nur der Kreis der Wohngeldempfänger erweitert, sondern es ergaben sich auch höhere Leistungen an die Anspruchsberechtigten. Wohngeld wird gewährt, wenn das Einkommen, von dem bestimmte Beträge abgesetzt werden können, eine nach der Familiengröße gestaffelte Grenze nicht übersteigt. Sie liegt bei 800 DM monatlich für den Alleinstehenden und erhöht sich für das zweite und jedes weitere zum Haushalt rechnende Familienmitglied um je 200 DM monatlich. Die Höhe des Wohngeldes ist somit abhängig von Familiengröße, Einkommen und Wohnkosten.

Wohngeld als *Mietzuschuß* erhalten Mieter einer Wohnung oder eines Zimmers, Inhaber einer Genossen-

sie in diesem Hause wohnen, sowie Inhaber einer landwirtschaftlichen Vollerwerbsstelle, deren Wohnanteil nicht vom Wirtschaftsteil getrennt ist. Wohngeld als *Lastenzuschuß* erhält der Eigentümer eines Eigenheimes, einer Eigentumswohnung, einer Kleinsiedlung, einer landwirtschaftlichen Nebenerwerbsstelle, wenn er darin wohnt und die Belastung dafür aufbringt. Aus den Tabellen, die Bestandteil des Gesetzes sind, kann jeder selbst die Höhe seines Wohngeldes leicht ablesen.

Zahl der Wohngeldempfänger um ein Drittel gestiegen

Am Jahresende 1974 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 65 492 Empfänger von Wohngeld; davon erhielten 60 013 oder 91,6 % Mietzuschüsse und 5 479 oder 8,4% Lastenzuschüsse für die aus dem Kapitaldienst und aus der Bewirtschaftung entstehende Belastung. Die Zahl der Wohngeldempfänger insgesamt erhöhte sich damit gegenüber dem Jahresende 1973 um nicht weniger als ein Drittel. Bei den Empfängern von Mietzuschuß ergab sich eine Zunahme um 30%, bei den Lastenzuschußempfängern fiel sie mit + 85% noch erheblich höher aus. Der deutliche Anstieg der Zahl der anspruchsberechtigten Wohngeldempfänger ist hauptsächlich auf die angehobene Einkommensgrenze und den höheren allgemeinen Freibetrag zurückzuführen. Vergleichsweise sei erwähnt, daß im Bundesgebiet die Zahl der Wohngeldempfänger 1974 um 27% auf insgesamt 1 650 000 zunahm. Von den einzelnen Bundesländern verzeichnete Rheinland-Pfalz mit + 33% die höchste Steigerungsrate, danach folgten Niedersachsen (+ 31%) und Nordrhein-Westfalen (+ 29%).

Die in Rheinland-Pfalz ausgezahlten Wohngeldbeträge erhöhten sich noch stärker als die Zahl der Empfänger und zwar um 15,8 Mill. DM oder 36% und erreichten 59,2 Mill. DM; davon betrafen 52,5 Mill. DM Mietzuschüsse und 6,7 Mill. DM Lastenzuschüsse. Im Vergleich der drei Regierungsbezirke wurde ebenso wie im Vorjahr in Rheinhessen-Pfalz

Ausgezahlte Wohngeldbeträge nach Regierungsbezirken und Zuschußarten 1974

Regierungs- bezirk	Ins- gesamt	Miet- zuschuß		Lasten- zuschuß	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%
Koblenz	21 783	18 867	86,6	2 916	13,4
Trier	6 987	5 453	78,0	1 534	22,0
Rheinhessen-Pfalz	30 470	28 179	92,5	2 291	7,5
Insgesamt	59 240	52 499	88,6	6 741	11,4

schafts- oder Stiftswohnung, Bewohner eines Wohnheimes, Inhaber eines mietähnlichen Dauerwohnrechts, Eigentümer eines Mehrfamilienhauses, eines Geschäftshauses oder eines Gewerbebetriebes, wenn sie in diesem Hause wohnen, Eigentümer eines Ein- bzw. Zweifamilienhauses, welches neben Wohnraum in einem Umfang Geschäftsräume enthält, so daß nicht mehr von einem Eigenheim gesprochen werden kann, wenn

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, sozialer Stellung des Haushaltsvorstandes und Zuschußarten am 31.12.1974

Monatliches Familieneinkommen	Ins- gesamt	Selb- ständige		Beamte		Angestellte		Arbeiter		Rentner, Pensionäre		Empfänger von Sozial- hilfe/Kriegs- opferfürsorge		Sonstige Nicht- erwerbs- tätige	
	Anzahl	%		An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%	An- zahl	%
Empfänger von Mietzuschuß															
bis 200 DM	4 160	6	0,1	-	-	7	0,2	44	1,1	3 283	78,9	437	10,5	383	9,2
201 - 400 "	27 617	56	0,2	8	0,0	57	0,2	305	1,1	23 695	85,8	1 618	5,9	1 878	6,8
401 - 600 "	14 734	75	0,5	15	0,1	244	1,7	495	3,4	11 930	81,0	490	3,3	1 485	10,0
601 - 800 "	5 475	75	1,4	54	1,0	390	7,1	671	12,3	3 690	67,4	68	1,2	527	9,6
801 - 1 000 "	3 121	70	2,2	127	4,1	441	14,1	1 248	40,0	968	31,0	11	0,4	256	8,2
1 001 - 1 400 "	4 288	33	0,8	472	11,0	840	19,6	2 656	61,9	164	3,8	3	0,1	120	2,8
1 401 - 1 800 "	571	8	1,4	78	13,6	118	20,7	343	60,1	14	2,4	1	0,2	9	1,6
1 801 und mehr "	47	-	-	2	4,3	13	27,6	30	63,8	2	4,3	-	-	-	-
Insgesamt	60 013	323	0,5	756	1,3	2 110	3,5	5 792	9,6	43 746	72,9	2 628	4,4	4 658	7,8
Empfänger von Lastenzuschuß															
bis 200 DM	140	2	1,5	-	-	-	-	1	0,7	128	91,4	1	0,7	8	5,7
201 - 400 "	613	19	3,1	-	-	2	0,3	13	2,1	538	87,8	14	2,3	27	4,4
401 - 600 "	485	42	8,7	3	0,6	4	0,8	26	5,4	367	75,7	4	0,8	39	8,0
601 - 800 "	425	57	13,4	1	0,2	25	5,9	73	17,2	222	52,2	3	0,7	44	10,4
801 - 1 000 "	693	42	6,1	14	2,0	65	9,4	400	57,7	126	18,2	-	-	46	6,6
1 001 - 1 400 "	2 337	63	2,7	245	10,5	339	14,5	1 574	67,4	83	3,5	1	0,0	32	1,4
1 401 - 1 800 "	715	6	0,8	91	12,7	155	21,7	443	62,0	13	1,8	-	-	7	1,0
1 801 und mehr "	71	4	5,6	8	11,3	15	21,1	42	59,2	2	2,8	-	-	-	-
Insgesamt	5 479	235	4,3	362	6,6	605	11,1	2 572	46,9	1 479	27,0	23	0,4	203	3,7

die höchste Quote der Mietzuschüsse mit 28,2 Mill. DM oder 93% ermittelt, während im stärker landwirtschaftlich strukturierten Regierungsbezirk Trier die Lastenzuschüsse mit 22% der ausgezahlten Wohngeldbeträge den höchsten Anteil erreichten. Ein Vergleich der Landkreise mit den kreisfreien Städten zeigt, daß in letzteren den Empfängern von Lastenzuschüssen nur eine sehr geringe Bedeutung zukommt. Dagegen konnte in den kreisfreien Städten ein höherer Anteil von Mietzuschußempfängern, bezogen auf die Wohnbevölkerung, ermittelt werden. Dies gilt in noch deutlicherem Maße für die stärker industriell geprägten Großstädte.

73% der Mietzuschußempfänger sind Rentner und Pensionäre

Die soziale Struktur des Empfängerkreises von Miet- und Lastenzuschüssen hat sich gegenüber dem Vorjahr nur wenig verändert. Unter den Empfängern von Mietzuschüssen dominierten erneut die Rentner und Pensionäre, deren Anteil allerdings von 77% auf 73% abnahm. Danach folgten Arbeiter, deren Quote von 7,7% auf 9,6% anstieg. Nahezu unverändert blieben die Anteile der übrigen Personengruppen. Auf sonstige Nichterwerbstätige entfielen 7,8%, auf Empfänger von Sozialhilfe oder Kriegsofopferfürsorge 4,4% und die restlichen 5,3% auf Angestellte, Beamte und Selbständige. Mehr als

Wohngeldempfänger nach Haushalts- und Wohnungsgröße sowie Zuschußarten am 31.12.1974

Haushaltsgröße	Ins- gesamt 1)	Mit einer Wohnfläche von ... qm										
		unter 20	20 - 30	30 - 40	40 - 50	50 - 60	60 - 70	70 - 80	80 - 100	100 - 120	120 und mehr	
	Anzahl	%										
Empfänger von Mietzuschuß												
1 Person	31 624	10,0	10,5	19,7	24,5	20,0	9,5	3,7	1,8	0,2	0,1	
2 Personen	10 718	0,2	1,2	5,0	17,1	31,1	23,1	12,3	8,3	1,3	0,4	
3 "	3 604	0,1	0,3	2,0	6,4	12,8	23,3	25,7	24,1	4,3	1,0	
4 "	3 066	0,0	0,1	0,6	2,7	6,0	15,3	26,3	38,0	8,9	2,1	
5 "	1 967	-	0,1	0,6	1,6	3,0	9,2	19,3	45,8	15,5	4,9	
6 "	968	-	-	0,3	1,0	2,7	7,8	16,0	41,4	20,1	10,7	
7 und mehr "	897	-	0,1	0,2	0,5	2,7	7,1	11,3	37,2	22,3	18,6	
Insgesamt	52 844	6,1	6,5	13,0	18,8	19,7	13,4	9,2	9,7	2,6	1,0	
Empfänger von Lastenzuschuß												
1 Person	562	-	0,7	3,5	9,4	15,5	19,4	16,0	20,5	8,2	6,8	
2 Personen	631	-	-	0,9	3,3	8,6	13,8	17,3	31,1	14,4	10,6	
3 "	446	-	-	-	0,5	2,9	8,3	9,2	30,7	25,1	23,3	
4 "	1 205	-	-	-	0,2	0,6	3,1	7,0	28,4	30,9	29,8	
5 "	1 105	-	-	-	0,3	0,6	2,0	5,4	22,4	33,4	35,9	
6 "	758	-	-	-	-	0,3	1,3	2,7	19,1	32,7	43,9	
7 und mehr "	772	-	-	-	-	0,6	1,6	2,8	12,6	30,4	52,0	
Insgesamt	5 479	-	0,1	0,5	1,5	3,2	5,7	7,8	23,3	26,9	31,0	

1) Nur Haushalte ohne erhöhten Wohnbedarf an Wohnfläche (§ 8 Abs. 2 und 3 2. WGG).

Wohngeldempfänger nach Familieneinkommen, Haushaltsgröße und Höhe des Wohngeldes am 31.12.1974

Monatliches Familieneinkommen Haushaltsgröße	Ins- gesamt	Mit einem Wohngeld in Höhe von ... DM							
		unter 20	20 - 40	40 - 60	60 - 80	80 - 100	100 - 140	140 - 180	180 und mehr
Mietzuschuß									
unter 200 DM	4 160	112	454	834	1 063	729	665	217	86
201 - 400 "	27 617	1 213	4 130	7 524	6 085	3 953	3 266	1 011	435
401 - 600 "	14 734	1 445	3 752	3 647	2 329	1 346	1 406	476	333
601 - 800 "	5 475	821	1 209	1 625	614	363	475	201	167
801 - 1 000 "	3 121	350	812	553	507	322	338	146	93
1 001 - 1 400 "	4 288	626	968	943	703	441	391	145	71
1 401 - 1 800 "	571	99	148	95	69	63	51	33	13
1 801 und mehr "	47	4	10	11	12	2	7	1	-
1 Person	36 088	2 757	7 547	10 364	7 448	4 219	2 988	615	150
2 Personen	12 556	857	2 271	3 025	2 250	1 624	1 722	608	199
3 "	4 006	359	677	773	602	468	656	282	189
4 "	3 271	338	502	573	569	402	457	254	176
5 "	2 087	214	299	291	282	289	389	178	145
6 "	1 039	94	101	119	131	122	212	141	119
7 und mehr "	966	51	86	87	100	95	175	152	220
Insgesamt	60 013	4 670	11 483	15 232	11 382	7 219	6 599	2 230	1 198
Lastenzuschuß									
unter 200 DM	140	9	26	25	28	17	16	13	6
201 - 400 "	613	35	84	113	95	96	103	51	36
401 - 600 "	485	24	47	76	61	64	107	56	50
601 - 800 "	425	28	44	77	40	40	75	59	62
801 - 1 000 "	693	16	64	62	93	94	165	97	102
1 001 - 1 400 "	2 337	140	321	351	462	344	414	171	134
1 401 - 1 800 "	715	69	116	136	99	93	109	56	37
1 801 und mehr "	71	8	6	11	11	8	23	4	-
1 Person	562	53	107	136	105	82	57	16	6
2 Personen	631	36	102	125	95	86	121	54	12
3 "	446	37	94	93	72	43	63	29	15
4 "	1 205	67	197	246	280	199	139	48	29
5 "	1 105	69	123	148	204	192	252	82	35
6 "	758	34	48	57	81	99	247	122	70
7 und mehr "	772	33	37	46	52	55	133	156	260
Insgesamt	5 479	329	708	851	889	756	1 012	507	427

acht Zehntel der Empfänger von Mietzuschüssen gehörten somit zur Gruppe der nicht mehr erwerbstätigen Personen. Hieraus ist die erhebliche Bedeutung der Wohngeldzahlungen vor allem an Rentner ersichtlich, von denen rund neun Zehntel nur ein monatliches Familieneinkommen unter 800 DM aufzuweisen hatten. Von den gesamten Empfängern von Mietzuschüssen verfügten rund zwei Drittel über ein monatliches Familieneinkommen zwischen 200 und 600 DM. Die Gliederung der anspruchsberechtigten Haushalte auf Lastenzuschuß nach der sozialen Stellung der Haushaltsvorstände zeigt dagegen als stärkste Gruppe die Arbeiter mit einer Quote von 47%. Danach folgten Rentner und Pensionäre (27%) sowie Angestellte (11%). Die Empfänger von Lastenzuschüssen bezogen durchschnittlich auch ein deutlich höheres monatliches Familieneinkommen als die Empfänger von Mietzuschüssen. Verfügten 1973 schon 67% der Empfänger von Lastenzuschüssen über ein monatliches Familieneinkommen von mehr als 800 DM, so stieg ihr Anteil im Berichtsjahr auf 70% an. Bei den Beziehern von Mietzuschüssen nahm die entsprechende Quote von 11 auf 13% zu.

Günstigere Wohnverhältnisse für Empfänger von Lastenzuschüssen

Die Analyse der Wohngeldempfänger nach Haushalts- und Wohnungsgröße zeigt, daß die Wohnver-

hältnisse überwiegend als relativ günstig angesehen werden können. Ebenso wie im Vorjahr verfügten auch 1974 die Haushalte, welche Lastenzuschüsse empfangen, im Durchschnitt über erheblich größere Wohnflächen als Haushalte, die Mietzuschüsse erhielten. Unter den Beziehern von Mietzuschüssen dominierten die Haushalte, welche nur eine oder zwei Personen aufzuweisen hatten; mit 42 342 erreichten sie zusammen einen Anteil von mehr als acht Zehntel. Von den Einpersonenhaushalten konnten nicht weniger als 79% eine Wohnfläche von mehr als 30 qm in Anspruch nehmen, und 94% der Zweipersonenhaushalte stand eine Wohnfläche von mindestens 40 qm zur Verfügung. Weniger günstige Wohnverhältnisse konnten teilweise bei den größeren Haushalten beobachtet werden. So mußten sich von den Haushalten mit fünf Personen immerhin 5,3% mit einer Wohnung zufrieden geben, die weniger als 60 qm umfaßte. Von den Haushalten mit sieben und mehr Personen stand 11% nur eine Wohnfläche unter 70 qm zu.

Unter den Beziehern von Lastenzuschüssen erreichten die Haushalte mit vier Personen den höchsten Anteil; er belief sich auf 22%. Danach folgten Haushalte mit fünf Personen (20%) und solche mit sieben und mehr Personen (14%). Von den Haushalten mit vier Personen verfügten knapp neun Zehntel über eine Wohnfläche von mindestens

80 qm. Für Haushalte mit fünf Personen erhöhte sich die Quote auf 92% und bei Haushalten mit sechs Personen waren es schon 96%; von letzteren standen 44% mindestens 120 qm Wohnfläche zu.

Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch auf 75 DM gestiegen

Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch je Fall erhöhte sich 1974 geringfügig um 2 DM auf 75 DM. Während von den insgesamt 49 285 Haushalten, die am Jahresende 1973 Wohngeld bezogen, drei Fünftel weniger als 60 DM erhielten, waren es Ende 1974 von insgesamt 65 492 nur 33 273 oder 51%. Die aufgezeigte Entwicklung resultiert aus der letzten Änderung des Zweiten Wohngeldgesetzes, wodurch sowohl der Kreis der Wohngeldempfänger größer wurde als auch die Zahlungen an die Anspruchsberechtigten erhöht werden konnten. Haushalte mit Anspruch auf Mietzuschuß erhielten durchschnittlich im Monat 73 DM. Im einzelnen bekamen 52% weniger als 60 DM, weitere 19% kamen auf 60 bis 80 DM, 12% auf 80 bis 100 DM, 11% auf 100 bis 140 DM und die restlichen 5,7% auf mehr als 140 DM. An Haushalte mit Anspruch auf Lastenzuschuß wurde mit durchschnittlich 103 DM je Monat ein erheblich höherer Betrag gezahlt. Von diesem kleinen Personenkreis erhielt nur reichlich ein Drittel weniger als 60 DM, weitere 16% kamen auf 60 bis 80 DM, 14% auf 80 bis 100 DM, 19% auf 100 bis 140 DM und noch 17% auf mehr als 140 DM.

Ein Vergleich von Personenzahl des Haushalts

und Wohngeldhöhe ergab ein ähnliches Bild wie vor Jahresfrist. Unter den Mietzuschußempfängern waren es vor allem Ein- und Zweipersonenhaushalte, deren monatlicher Anspruch unter 40 DM lag. Dagegen erhielt von den Haushalten mit sechs Personen knapp die Hälfte mehr als 100 DM zugesprochen und bei den Haushalten mit sieben und mehr Personen waren es 57%. Unter den Empfängern von Lastenzuschuß bekam von den Fünf-Personen-Haushalten ein Drittel mehr als 100 DM, von den Haushalten mit sechs Personen waren es 58% und von den mit sieben und mehr Personen 71%.

Belastungsgrad des Einkommens nach Wohngeldzahlung deutlich niedriger

Abermals gelang es, mit Hilfe der Zahlung von Wohngeld den Belastungsgrad der Einkommen deutlich zu senken. So konnten Spitzenbelastungen von Einkommen, die vor der Gewährung des Wohngeldes bestanden hatten, weitgehend gesenkt werden. Befanden sich unter den Hauptmieterhaushalten mit Mietzuschuß vor der Gewährung des Wohngeldes 27 014 oder 48%, die einen Belastungsgrad des Einkommens von mindestens 26% hinzunehmen hatten, so waren es nachher nur noch 6 559 oder 12%. Noch günstigere Auswirkungen ergaben sich für Haushalte, die Lastenzuschuß empfangen und deren Belastungsgrad des Einkommens vor der Zahlung mehr als 26% ausmachte; ihr Anteil verringerte sich von 2 402 oder 44% vor der Gewährung auf 265 oder 4,8% nachher.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Beschäftigtenstruktur der Industrie 1958 - 1974

Die Zusammensetzung der Industriebeschäftigten nach dem Geschlecht und Funktionsmerkmalen resultiert maßgeblich aus Produktionsablauf und Automationsgrad, wobei infolge der ständigen technologischen und sozioökonomischen Wandlungen strukturelle Umschichtungen zu verzeichnen sind. In diesem Beitrag sind die Ergebnisse der in zwei-

jährigem Turnus durchgeführten Erhebung über Beschäftigte für den Zeitraum 1958 bis 1974 dargestellt. Die Differenzierung der männlichen und weiblichen Beschäftigten von Industriebetrieben mit zehn und mehr tätigen Personen erfolgte nach gleichen Kriterien, und zwar nach tätigen Inhabern und Mitinhabern, kaufmännischen und technischen

Beschäftigte der Industrie nach Stellung im Betrieb und Geschlecht 1958 - 1974
(Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten)

Jahr	Ins- gesamt 1)	Ver- änd.	Weib- lich	Tätige Inhaber und Mitinhaber			Angestellte			Arbeiter			Auszubildende		
				zu- sammen	Ver- änd.	weib- lich	zu- sammen	Ver- änd.	weib- lich	zu- sammen	Ver- änd.	weib- lich	zu- sammen	Ver- änd.	weib- lich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
1958	340 136	.	28,2	3 855	.	12,0	48 311	.	29,1	271 906	.	28,6	16 064	.	19,3
1960	361 018	6,1	28,2	2 785	- 27,8	12,0	62 977	30,4	29,1	280 113	- 3,0	28,6	15 143	- 5,7	19,3
1962	369 782	2,4	28,5	2 952	6,0	10,9	69 464	10,3	29,8	280 833	0,3	28,9	16 449	8,6	20,3
1964	372 647	0,8	29,0	2 854	- 3,3	14,4	74 687	7,5	29,1	277 880	- 1,1	29,5	17 226	4,7	22,3
1966	388 225	4,2	28,8	2 768	- 3,0	14,4	81 066	8,5	28,3	285 381	2,7	29,5	18 967	10,1	22,5
1968	375 760	- 3,2	27,9	2 671	- 3,5	14,9	83 040	2,4	27,9	271 286	- 4,9	28,4	18 694	- 1,4	22,4
1970	413 814	10,1	28,2	2 602	- 2,6	13,6	94 112	13,3	28,6	296 862	9,4	28,6	20 152	7,8	22,7
1972	406 714	- 1,7	27,7	2 391	- 8,1	13,8	98 667	4,8	28,5	286 073	- 3,6	27,9	19 518	- 3,1	22,6
1974	398 464	- 2,0	27,0	2 217	- 7,3	15,0	102 520	3,9	28,8	275 032	- 3,9	26,8	18 645	- 4,5	20,5

1) Einschl. der unbezahlten mithelfenden Familienangehörigen.

Beschäftigte der Industrie nach Stellung im Betrieb, Geschlecht
(Betriebe mit 10 und mehr

Nr.	Industriezweig	Ins- gesamt 1)	Weib- lich	Tätige Inhaber und Mitinhaber		Angestellte				Ar-	
				zu- sam- men	weib- lich	kauf- männische		technische		Facharbeiter	
						zu- sam- men	weib- lich	zu- sam- men	weib- lich	zu- sam- men	weib- lich
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
	<u>Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien</u>	134 200	16,9	545	10,8	19 966	46,2	22 696	7,8	40 562	3,8
22	Mineralölverarbeitung	661	6,7	-	-	97	32,0	180	3,9	267	-
25/21	Industrie der Steine und Erden; Bergbau	22 593	10,4	331	11,5	3 189	42,4	2 093	7,9	6 518	0,7
2511	Natursteinindustrie	2 552	7,2	43	14,0	399	37,8	227	1,3	811	-
2521	Sand- und Kiesindustrie	763	11,8	31	6,5	136	48,5	56	-	162	-
2527	Gewinnung und Aufbereitung von Rohton, Farberden, Schiefer u.ä. Steinen und Erden	1 466	5,0	27	11,1	121	43,8	98	3,1	541	-
2531	Zementindustrie	1 262	7,1	1	100,0	126	37,3	126	-	387	-
2532	Kalkindustrie	929	4,8	9	11,1	97	27,8	112	3,6	410	-
2541	Ziegelindustrie	634	10,1	20	15,0	59	40,7	30	-	187	-
2543	Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen	4 522	9,9	10	-	374	44,4	405	4,9	1 177	-
2550	Betonsteinindustrie	3 275	8,1	75	10,7	462	42,9	271	3,0	1 169	0,1
2554	Bims- und Bimssteinindustrie	2 588	8,0	88	13,6	428	34,1	153	4,6	684	-
2590	Sonstige Industrien der Steine und Erden	4 061	20,5	19	5,3	914	47,0	573	20,8	852	5,2
27/28	Eisenschaffende Industrie; NE-Metallindustrie	7 807	7,2	2	-	841	36,1	819	2,8	3 508	1,3
29	Gießereindustrie	7 118	9,8	19	15,8	611	44,8	562	4,4	1 513	0,9
3010	Ziehereien und Kaltwalzwerke	1 396	22,1	6	-	196	52,0	88	-	181	-
40/42	Chemische Industrie (einschl. Kohlenwert- stoffindustrie)	76 874	21,5	67	14,9	13 467	48,0	17 535	8,5	24 415	5,7
53	Sägewerke und Holz bearbeitende Industrie	4 800	7,3	96	3,1	485	36,5	316	5,7	1 583	0,1
5310	Säge-, Hobel-, Furnier- und Holz- imprägnierwerke	2 915	8,0	96	3,1	344	35,8	127	4,7	932	0,1
5360	Sperrholz-, Holzfasern- und Holzspan- plattenwerke	1 885	6,2	-	-	141	38,3	189	6,3	651	-
55	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe erzeugende Industrie	4 047	15,4	10	10,0	384	50,5	298	2,0	801	0,1
59	Gummi und Asbest verarbeitende Industrie	8 904	14,2	14	28,6	696	46,8	805	2,5	1 776	1,7
	<u>Investitionsgüterindustrien</u>	130 184	22,7	531	19,2	16 440	49,6	16 025	6,6	42 779	1,4
31	Stahl- und Leichtmetallbau	6 659	8,8	65	20,0	688	48,5	775	3,7	3 237	0,2
32/50	Maschinenbau; Büromaschinen und Daten- verarbeitung	48 383	15,3	161	17,4	7 311	48,9	8 356	7,3	17 548	1,3
33	Straßenfahrzeugbau	22 954	15,4	16	18,8	2 730	44,6	2 298	5,2	10 776	2,3
34/35	Schiff- und Luftfahrzeugbau	2 227	13,2	5	40,0	332	56,6	485	6,0	955	-
36	Elektrotechnische Industrie	21 289	45,0	90	18,9	2 168	53,6	1 838	5,7	4 863	1,5
37	Feinmechanische und optische Industrie	3 421	34,6	12	16,7	498	57,4	491	11,0	909	0,4
3020	Stahlverformung	4 928	15,5	38	15,8	483	46,2	395	6,8	1 109	0,2
38	Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	20 323	30,7	144	21,5	2 230	52,6	1 387	5,9	3 382	1,0
3820	Werkzeugindustrie	1 297	37,2	17	11,8	152	58,6	76	10,5	210	1,0
3841	Stahlblechwarenindustrie	7 016	17,8	68	23,5	851	48,3	447	4,7	1 468	0,2
3846	NE-Metallblechwarenindustrie	1 199	31,0	8	12,5	219	60,7	82	-	175	1,7
3849	Feinblechpackungsindustrie	2 244	39,3	2	-	171	56,1	137	6,6	309	0,6
3850	Schloß- und Beschlagindustrie	1 503	37,8	3	-	68	76,5	131	6,1	324	1,2
3881	Metallwarenindustrie	3 537	45,5	23	30,4	466	51,1	248	6,0	368	4,3
	<u>Verbrauchsgüterindustrien</u>	112 745	43,5	1 029	15,5	12 662	49,7	7 928	13,2	32 712	32,3
51	Feinkeramische Industrie	7 142	37,6	78	15,4	687	53,6	505	5,7	971	10,8
52	Glasindustrie	9 424	20,2	15	20,0	1 132	39,8	1 052	23,4	2 471	1,8
54	Holz verarbeitende Industrie	15 428	22,3	181	10,5	1 525	45,3	1 130	6,7	5 720	8,2
39	Schmuckwaren- und Edelsteinindustrie	3 100	40,6	154	9,7	495	58,6	126	10,3	895	8,0
3950	Schmuckwarenindustrie	1 469	44,7	55	10,9	245	59,6	65	6,2	343	9,3
3960	Edelsteinindustrie	1 295	34,1	88	5,7	202	58,4	36	16,7	459	3,9
56	Papier und Pappe verarbeitende Industrie	6 616	40,7	52	19,2	1 054	41,2	432	2,5	876	6,5
57	Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie	8 662	29,0	151	19,2	1 202	50,3	565	6,2	3 495	6,4
58	Kunststoff verarbeitende Industrie	14 170	28,2	93	15,1	2 406	51,0	1 272	6,4	2 976	4,1
61	Leder erzeugende Industrie	516	44,2	3	-	47	51,1	29	3,4	135	29,6
6210	Leder verarbeitende Industrie	4 604	62,8	30	20,0	483	55,1	246	16,7	763	30,5
6250	Schuhindustrie	22 239	60,2	129	14,7	1 626	50,2	1 218	12,6	9 303	61,0
63	Textilindustrie	10 998	50,9	26	19,2	1 179	51,7	806	15,5	2 389	43,7
64	Bekleidungsindustrie	9 846	85,9	117	23,1	826	62,6	547	43,5	2 718	91,9
	<u>Nahrungs- und Genußmittelindustrien</u>	21 335	29,1	112	11,6	5 472	34,2	1 331	8,0	5 315	3,3
68	Ernährungsindustrie	20 240	28,0	111	11,7	5 338	33,8	1 237	8,2	5 109	2,2
6824	Obst und Gemüse verarbeitende Industrie	1 530	46,5	16	12,5	253	51,8	96	13,5	183	5,5
6831/35	Molkereien und Milch verarbeitende Industrie	1 508	25,8	4	25,0	352	46,9	108	7,4	270	2,2
6871/72	Brauereien und Mälzereien	2 840	16,4	16	-	1 050	27,0	336	5,7	2 332	0,6
6875	Spirituosenindustrie	2 169	40,0	6	16,7	1 286	30,2	79	3,8	140	0,7
6877	Wein verarbeitende Industrie	1 493	42,7	9	-	512	47,7	109	13,8	241	13,7
6879	Mineralwasser- und Limonadenindustrie	3 204	19,1	19	15,8	676	31,4	170	4,7	899	3,2
69	Tabak verarbeitende Industrie	1 095	48,8	1	-	134	50,7	94	6,4	206	32,0
	Industrie insgesamt	398 464	27,0	2 217	15,0	54 540	46,9	47 980	8,3	121 368	10,6

1) Einschl. der unbezahlten mithelfenden Familienangehörigen.

und Zweigen im September 1974
Beschäftigten)

beiter		Auszubildende				Nr.
Sonstige		kauf- männische		gewerbliche		
zu- sam- men	weib- lich	zu- sam- men	weib- lich	zu- sam- men	weib- lich	
Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	
44 194	20,2	1 188	57,7	5 040	10,4	
115	5,2	1	-	1	-	22
9 888	6,2	258	51,2	309	2,6	25/21
1 021	0,9	25	60,0	26	-	2511
366	4,9	9	33,3	3	33,3	2521
659	0,9	15	60,0	5	-	2527
577	6,4	6	66,7	39	-	2531
275	4,7	3	-	23	-	2532
333	8,7	9	77,8	-	-	2541
2 436	9,6	41	53,7	79	6,3	2543
1 227	1,6	51	51,0	18	11,1	2550
1 181	1,7	45	48,9	8	-	2554
1 542	13,9	53	45,3	108	-	2590
2 307	6,8	89	39,3	241	0,4	27/28
4 043	8,2	92	50,0	278	1,1	29
879	21,6	26	61,5	20	-	3010
16 803	37,0	624	64,3	3 963	12,9	40/42
2 219	5,6	51	49,0	48	-	53
1 319	5,8	49	46,9	46	-	5310
900	5,4	2	100,0	2	-	5360
2 487	16,4	27	55,6	40	2,5	55
5 453	15,8	20	75,0	140	0,7	59
45 947	40,7	1 828	49,9	6 626	1,0	
1 405	9,0	133	47,4	355	3,4	31
10 798	23,0	949	48,8	3 257	1,1	32/50
6 205	30,3	170	48,8	759	-	33
224	27,7	56	21,4	170	-	34/35
10 968	73,7	209	56,9	1 152	0,6	36
1 266	63,2	52	61,5	193	2,1	37
2 632	18,3	41	51,2	228	0,4	3020
12 449	38,4	218	54,6	512	1,0	38
793	47,7	10	40,0	39	-	3820
3 975	19,3	84	39,3	123	0,8	3841
674	33,5	15	60,0	26	-	3846
1 553	49,3	12	66,7	60	3,3	3849
896	55,2	10	70,0	71	2,8	3850
2 331	55,8	50	64,0	51	-	3881
54 878	53,7	1 368	63,4	2 135	26,9	
4 730	44,7	75	66,7	94	5,3	51
4 320	25,0	79	72,2	354	6,2	52
6 459	31,8	221	55,2	187	3,7	54
1 270	62,4	79	75,9	72	12,5	39
684	64,3	35	71,4	42	9,5	3950
438	58,0	36	83,3	30	16,7	3960
4 069	52,2	81	67,9	52	3,8	56
2 717	55,8	91	72,5	435	8,5	57
6 910	35,0	245	51,8	265	1,5	58
295	53,9	7	57,1	-	-	61
2 991	76,4	79	69,6	12	50,0	6210
9 784	67,7	154	59,1	22	13,6	6250
6 288	58,8	117	64,1	192	20,3	63
5 045	91,7	140	75,0	450	98,0	64
8 645	44,5	278	64,0	182	5,5	
7 987	43,3	278	64,0	180	5,6	68
965	56,3	16	75,0	1	100,0	6824
710	26,3	30	70,0	34	2,9	6831/35
971	14,0	30	33,3	105	3,8	6871/72
589	73,3	60	70,0	-	-	6875
567	55,2	49	65,3	6	16,7	6877
1 408	24,6	30	46,7	2	-	6879
658	59,9	-	-	2	-	69
153 664	39,7	4 662	56,7	13 983	8,4	

Angestellten, Fach- und sonstigen Arbeitern sowie kaufmännisch und gewerblich Auszubildenden.

Frauenanteil längerfristig unverändert

Während von 1961 bis 1970 der Anteil an weiblichen Personen an allen in nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten des Landes erfaßten Beschäftigten von 32,6 auf 34,0% stieg, blieb dieser in der Industrie zwischen 1958 und 1970 nahezu konstant. In den letzten Jahren war dieser Anteil sogar rückläufig, wobei für 1970 sowie 1972 und 1974 Quoten von 28,2 sowie 27,7 und 27,0% ermittelt wurden (1958: 28,2%). Im Laufe der letzten zwei Jahre fiel folglich der Abbau von weiblichen Beschäftigten stärker ins Gewicht, wobei die branchenweise Betrachtung spürbare Unterschiede erkennen läßt. So ist beispielsweise der Frauenanteil bei der in Rheinland-Pfalz überdurchschnittlich repräsentierten Industriebranche der Steine und Erden zwischen 1970 und 1974 von 7,8 auf 10,4% kontinuierlich gewachsen (1962: 6,1%), was größtenteils auf die zunehmende Bedeutung der Verwaltungstätigkeit infolge expandierender Betriebsgrößen zurückzuführen sein dürfte. Die für die Industrie allgemein festzustellende unterproportionale Repräsentanz weiblicher Arbeitskräfte hängt weitgehend mit den erfahrungsgemäß mehr auf den Einsatz von Männern zugeschnittenen Arbeitstechniken zusammen. Die 398 465 Beschäftigten des Jahres 1974 setzten sich zu 69,0% aus Arbeitern zusammen, während 1958 noch eine Quote von 80,0% registriert worden war. Mithin spiegeln die nach Wirtschaftsbereichen gegliederten Ergebnisse der letzten nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstättenzählung von 1970 für Organisationen ohne Erwerbscharakter den höchsten (70,5%) und für das Bauhauptgewerbe den niedrigsten Frauenanteil (3,8%) wider, wobei sich die Arbeiteranteile auf 30,5 bzw. 81,6% belaufen hatten.

Angestelltenzahl am expansivsten

Die längerfristige Entwicklung der industriellen Beschäftigtenzahl läßt bis 1966 einen stetigen Aufwärtstrend, für 1968 eine gewisse Drosselung infolge der Konjunkturabschwächung des Jahres 1967, bis 1970 ein wieder spürbares Wachstum auf den bisherigen Höchststand von 413 815 Personen und in den letzten Jahren eine erneute Rückläufigkeit erkennen (1974: 398 465 Personen). Bedingt durch die gesamtwirtschaftliche Rezessionstendenz verminderte sich 1975 der Beschäftigtenstand weiter, wobei von Januar bis September gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ein Rückgang um 5,9% auf 372 000 zu verzeichnen war.

1974 war im Vergleich zu 1958 lediglich für die Gruppe der tätigen Inhaber und Mitinhaber eine beträchtliche Einbuße, und zwar um 42,5% auf 2 215 zu verzeichnen, was teils auf die Erhöhung der durchschnittlichen Betriebsgröße von 115 auf 137 Beschäftigte je Einheit zurückgeführt werden muß. Demgegenüber spiegelt die langfristige Übersicht für Arbeiter und Auszubildende gleichbleibende bzw. leicht expansive Entwicklungsverläufe wider. Es ist jedoch zu beachten, daß unter den Arbeitern

die sonstigen bzw. ungelernten Arbeiter einen spürbaren Rückgang registrierten ($-4,2\%$), während die Zahl der Facharbeiter merklich zunahm ($+8,9\%$). Für die Angestelltenzahl konnte indessen eine reichliche Verdoppelung von 48 310 auf 102 520 festgestellt werden, worunter die technischen Angestellten eine noch ausgeprägtere Expansions tendenz zu verzeichnen hatten ($+148\%$).

Hinsichtlich des Anteils an weiblichen Beschäftigten haben sich während des Betrachtungszeitraums für keine der bezeichneten Personengruppen größere Verschiebungen ergeben; lediglich bei den tätigen Inhabern und Mitinhabern zeichnete sich eine zunehmende Repräsentanz der Frauen ab. Bezogen auf einen weiblichen Anteil von $27,0\%$ an allen Industriebeschäftigten im Jahre 1974, erwiesen sich die Quoten für Inhaber ($15,0\%$) und Auszubildende ($20,5\%$) als unterproportional, während die Angestellten mit $28,8\%$ leicht darüber lagen (Arbeiter $26,8\%$). Von den kaufmännischen Angestellten waren knapp die Hälfte Frauen, von den technischen hingegen nur $8,3\%$.

Die 1974 erfaßten 398 465 Beschäftigten der Industrie waren zu $0,6\%$ Inhaber, zu $25,7\%$ Angestellte, zu $69,0\%$ Arbeiter und zu $4,7\%$ Auszubildende, wobei die Angestelltenzahl - trotz rückläufigen Gesamtvolumens - erstmals die 100 000er Grenze überschritt. 1958 wurden für diese vier Personengruppen Anteilsquoten von 1,1 und 14,2 sowie 80,0 und

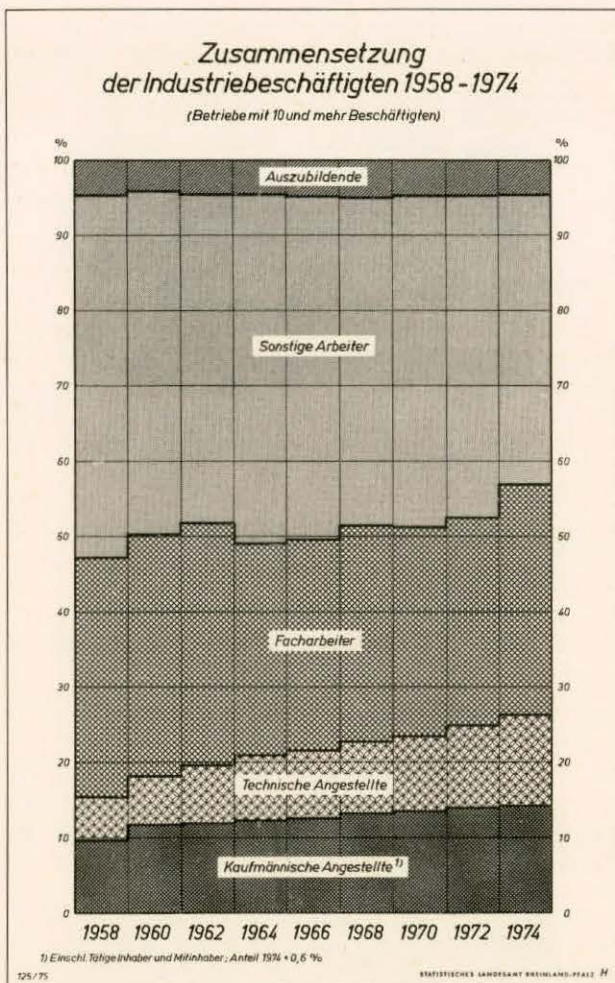
$4,7\%$ ermittelt, woraus sich im Berichtszeitraum beträchtlich rückläufige Anteile für den Kreis der Inhaber und Arbeiter ergeben, während die Beteiligung der Angestellten nachhaltig wuchs. Für den Anteil an Auszubildenden war indessen langfristig eine weitgehende Konstanz zu vermerken, und zwar sowohl bei kaufmännischen als auch bei gewerblichen Nachwuchskräften (1974: 1,2 bzw. $3,5\%$).

Die hieraus erkennbare Tendenz einer kontinuierlichen Umschichtung der industriellen Beschäftigtenstruktur zugunsten der Angestellten und zuungunsten der Arbeiter dürfte in erster Linie auf die ständig komplizierter werdenden technischen und organisatorischen Bedingungen zurückzuführen sein. Der hierdurch verursachte langfristig steigende Bedarf an qualifizierten Fach- und Führungskräften schlug sich zwischen 1958 und 1974 am offensichtlichsten in einer Steigerung des Anteils an technischen Angestellten von 5,7 auf $12,0\%$ und in einer Verminderung der Quote für sonstige bzw. ungelernte Arbeiter von 47,2 auf $38,5\%$ nieder. Absolut waren dies 28 600 Personen mehr bzw. 6 760 weniger, woraus insbesondere auch die wachsende Bedeutung einer fachlich hochstehenden Berufsausbildung im Hinblick auf die künftige Sicherstellung ausreichender individueller Erwerbschancen unschwer abzuleiten ist.

An Fachkräften, das heißt an kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Facharbeitern, wurden 1974 insgesamt 223 890 Personen ermittelt, 64 100 bzw. $40,1\%$ mehr als 1958 (Beschäftigte insgesamt $+17,1\%$). Dieses Ergebnis erscheint auch angesichts der relativ geringen und langfristig nur schwach expandierenden Auszubildendenzahl plausibel, da seit Jahrzehnten stets ein beträchtlicher Teil der Industriebeschäftigten in anderen Wirtschaftsbereichen, insbesondere im Handwerk, ausgebildet wurde.

Verbrauchsgüterindustrien mit höchstem Frauenanteil

Die Beschäftigten der rheinland-pfälzischen Industrie verteilten sich 1974 zu $33,7\%$ auf die Grundstoff- und Produktionsgüter-, zu $32,6\%$ auf die Investitionsgüter-, zu $28,3\%$ auf die Verbrauchsgüter- sowie zu $5,4\%$ auf die Nahrungs- und Genussmittelindustrien, während für die 107 525 Frauen, welche zu annähernd drei Fünfteln als sonstige bzw. ungelernte Arbeiterinnen eingesetzt waren, die Anteile 21,1 und 27,5 sowie 45,6 und $5,8\%$ betrugen. Bei einer Beteiligung der weiblichen Beschäftigten von $27,0\%$ auf Landesebene, resultieren hieraus für den Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie den Investitionsgüterbereich unterdurchschnittliche ($16,9$ bzw. $22,7\%$), für den Verbrauchsgüter- sowie den Nahrungs- und Genussmittelsektor dagegen überproportionale Beteiligungen ($43,5$ bzw. $29,1\%$). In der Differenzierung nach Zweigen waren unter den Verbrauchsgüterindustrien die höchsten weiblichen Anteilsätze bei der Bekleidungs- ($85,9\%$), der Leder verarbeitenden ($62,8\%$), der Schuh- ($60,2\%$) und der Textilindustrie ($50,9\%$) zu registrieren. In der Investitionsgüterherstellung zeigte die Metallwaren- und die elektrotechnische Industrie mit Quoten von



45,5 bzw. 45,0% vergleichsweise hohe Frauenbeteiligungen.

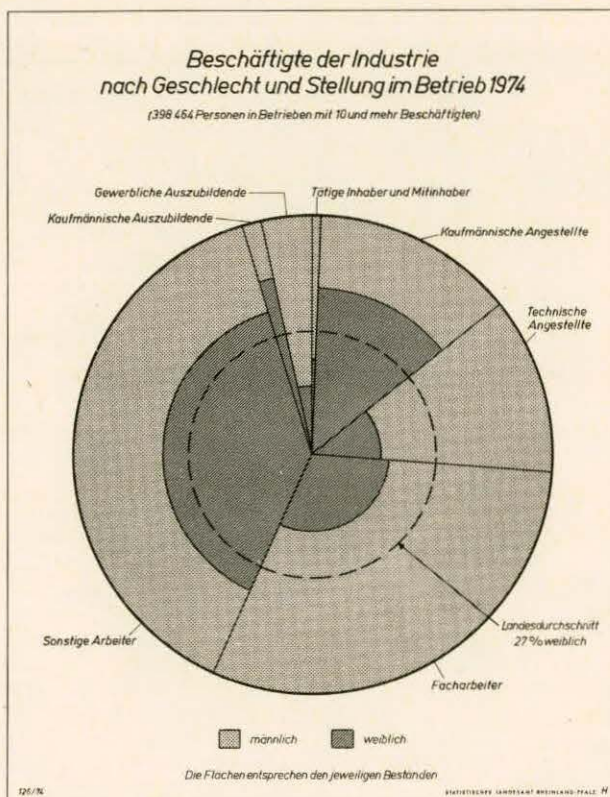
Die genannten Industriezweige wiesen jeweils auch überdurchschnittliche Arbeiteranteile aus, worunter sich mit die höchsten Relationen für die Schuh- und Bekleidungsindustrien mit 85,8 bzw. 78,8% errechneten (Landesmittel 69,0%). Während die gesamte rheinland-pfälzische Arbeiterschaft zu 44,1% aus Fach- und zu 55,9% aus sonstigen Arbeitern bestand, waren nach Branchen gegliedert merkbare Abweichungen zu verzeichnen, und zwar zugunsten des Anteils der sonstigen Arbeiter insbesondere bei der Gießerei, der Gummi und Asbest verarbeitenden, der elektrotechnischen, der Eisen-, Blech- und Metallwaren-, der feinkeramischen, der Papier- und Pappe verarbeitenden, der Kunststoff verarbeitenden, der Textil-, der Bekleidungs- sowie der Obst und Gemüse verarbeitenden Industrie. Demgegenüber zeichneten sich die relativ hoch technisierten Zweige des Maschinen- und Straßenfahrzeugbaues durch überwiegende Facharbeiterquoten von 61,9 bzw. 63,5% aus, wobei diese Bereiche weiterhin zusammen über mehr als ein Fünftel aller technischen Angestellten verfügten. Ein annähernd ausgewogenes Zahlenverhältnis von Fach- zu sonstigen Arbeitern ergab sich mit etwa 49 zu 51% bei der Schuhindustrie. Während von den 121 370 Fach- und 153 665 sonstigen Arbeitern der gesamten Industrie 10,6 bzw. 39,7% Frauen waren, errechneten sich hier vor allem für die Schuhherstellung mit 61,0 bzw. 67,7% und die Bekleidungsindustrie mit 91,9 bzw. 91,7% außerordentlich hohe Anteilsätze.

Ludwigshafen verfügt über ein Drittel aller technischen Angestellten

Die Darstellung nach Verwaltungsbezirken läßt für die funktionsmäßige Gliederung der Beschäftigten und die Aufteilung nach dem Geschlecht ausgewogenere Strukturen als die branchenweise Differenzierung erkennen. 1974 waren an den Industriebeschäftigten der Regierungsbezirke Koblenz, Trier und Rheinhessen-Pfalz die Frauen zu 24,6 sowie 26,5 und 28,3% beteiligt (Land 27,0%); für die Beteiligung der Arbeiter waren Quoten von 73,1 sowie 75,5 und 66,0% zu registrieren (Land 69,0%). Hieraus resultiert für den Bezirk Rheinhessen-Pfalz eine überdurchschnittliche Angestelltenquote von 28,9% (Land 25,7%), was unter anderem insbesondere auf den Einsatz vergleichsweise hochentwickelter Techniken schließen läßt.

Unter den 36 rheinland-pfälzischen Verwaltungsbezirken verfügte 1974 allein die überwiegend von der chemischen Industrie geprägte Stadt Ludwigshafen mit 66 555 tätigen Personen über ein Sechstel des Beschäftigtenpotentials, worunter sich sowohl der Frauen- (18,3%) als auch der Arbeiteranteil (54,1%) als unterproportional ausnahmen. Infolgedessen waren die Angestellten mit einer Quote von 39,0% beträchtlich überrepräsentiert, unter denen im Gegensatz zu allen übrigen Gebietseinheiten die technischen Angestellten stark überwogen, welche mit 16 230 über ein Drittel aller technischen Angestellten des Landes ausmachten. Daneben konnte nur noch für die Städte Kaiserslautern und Zweibrücken ein leichtes Überwiegen dieser Kategorie verzeichnet werden. Von den noch stärker monostrukturell geprägten Verwaltungsbezirken lagen die Landkreise Mayen-Koblenz, Neuwied und Westerwald (Steine und Erden) mit weiblichen Beschäftigtenanteilen von 17,2 sowie 23,4 und 26,1% jeweils unter dem Landesmittel; die Quoten für Arbeiter betrugen hier 75,1 sowie 68,5 und 75,0%. Unter den Beschäftigten der Stadt und des Landkreises Pirmasens (Schuhe) waren 42,9 bzw. 53,5% Frauen, während dort weiterhin auch die Arbeiter mit 77,4 bzw. 84,2% jeweils überrepräsentiert waren.

Diplom-Wirtschaftsingenieur H. Peifer



hafen mit 66 555 tätigen Personen über ein Sechstel des Beschäftigtenpotentials, worunter sich sowohl der Frauen- (18,3%) als auch der Arbeiteranteil (54,1%) als unterproportional ausnahmen. Infolgedessen waren die Angestellten mit einer Quote von 39,0% beträchtlich überrepräsentiert, unter denen im Gegensatz zu allen übrigen Gebietseinheiten die technischen Angestellten stark überwogen, welche mit 16 230 über ein Drittel aller technischen Angestellten des Landes ausmachten. Daneben konnte nur noch für die Städte Kaiserslautern und Zweibrücken ein leichtes Überwiegen dieser Kategorie verzeichnet werden. Von den noch stärker monostrukturell geprägten Verwaltungsbezirken lagen die Landkreise Mayen-Koblenz, Neuwied und Westerwald (Steine und Erden) mit weiblichen Beschäftigtenanteilen von 17,2 sowie 23,4 und 26,1% jeweils unter dem Landesmittel; die Quoten für Arbeiter betrugen hier 75,1 sowie 68,5 und 75,0%. Unter den Beschäftigten der Stadt und des Landkreises Pirmasens (Schuhe) waren 42,9 bzw. 53,5% Frauen, während dort weiterhin auch die Arbeiter mit 77,4 bzw. 84,2% jeweils überrepräsentiert waren.

Preise im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe 1971-1975

Jedes Jahr werden im August in zehn rheinland-pfälzischen Städten mit unterschiedlicher Fremdenverkehrsbedeutung in rund 210 Beherbergungs- und Gaststättenbetrieben Preiserhebungen durchgeführt. Für einen mehrjährigen Vergleich spielt nun weniger die Preisstruktur eine Rolle als vielmehr die Preisentwicklung.

Voraussetzungen für eine solche Beobachtung sind in erster Linie die unveränderte Auswahl der Berichtsgemeinden, die gegenüber den Vorjahren möglichst gleiche Beschreibung und Abgrenzung der Leistungsarten und ein bis auf ganz geringfügige Ausnahmen unverändert gebliebener Berichterstattekreis.

Veränderungen von Beherbergungs- und Gaststättenpreisen,
des Preisindex der Lebenshaltung und der Bruttoverdienste in der Industrie 1971-1975



Bei den errechneten Durchschnittspreisen handelt es sich um ungewogene Mittelwerte, die nicht unbedingt für die genannte Leistung im Land repräsentativ sind. Da zwischenzeitliche Leistungsänderungen nicht auszuschließen sind, werden - um unechte Preiseinflüsse auszuschalten - außer den Preisen im Erhebungsmonat auch die Preise im Vergleichsmonat des Vorjahres ermittelt und bei eventuellen Änderungen gesondert ausgewiesen. Diese bilden dann die Basis für die Ermittlung der preislichen Entwicklung, auf die der folgende Beitrag unter Bezugnahme auf die Meßzahl 1970 gleich 100 ausgerichtet ist. Die jährlichen Veränderungen sind jeweils auf den Monat August der einzelnen Jahre bezogen.

Ein alle Preisstatistiken berührendes Problem stellt sich auch in dieser Erhebung, nämlich das der Qualitätsveränderung. Selbst bei unveränderter Leistungsbeschreibung können sich beispielsweise in der Zusammensetzung eines Gerichtes gegenüber dem Vorjahr Änderungen ergeben haben, die Qualitäts- oder Mengenunterschiede bedeuten und damit eigentlich in Preisveränderungen ihren Ausdruck finden müßten. Diese Unsicherheit der Ergebnisse, die quantitativ nicht greifbar ist, ist leider nicht auszuschalten.

Preisniveau im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe stieg stärker als Lebenshaltungsindex

Im Gegensatz zu den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit ergaben sich in den letzten Jahren auf breiter Front weitaus stärkere Preissteigerungen als sie je zuvor aufgetreten waren. Diese Entwicklung blieb nicht nur auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt, sondern sie vollzog sich - bedingt durch die sich ständig ausweitenden internationalen Handels- und Touristikverflechtungen - auch in anderen europäischen Ländern sowie teilweise in noch kräftigerem Maße in Übersee.

Von diesem Prozeß wurde naturgemäß auch das rheinland-pfälzische Beherbergungs- und Gaststättengewerbe erfaßt, das seine Preise für die angebotenen Leistungen und Waren den vorliegenden Gegebenheiten anzupassen hatte.

Bezogen auf die Meßzahl 1970 gleich 100 erhöhte sich insgesamt in diesem Bereich das Preisniveau von 1971 (108,6) bis 1975 (141,9) um 30,7%. Noch weitaus krasser stellt sich das Ergebnis, wenn statt von diesem Beobachtungszeitraum auf das Ausgangsjahr 1970 verwiesen wird: Hier sind es sogar nahezu + 42%. Das Ergebnis von + 30,7% mag auf den ersten Blick überraschen, es liegt bei einem Vergleich mit dem Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte jedoch nur geringfügig höher. Dieser Index verzeichnete auf der Basis 1970 gleich 100 eine Zunahme von 105,6 (1971) auf 135,2 (1975); in Prozent ausgedrückt sind das + 28,0%.

Eine weitere Gegenüberstellung läßt die Steigerungsrate von + 30,7% in einer anderen Relation erscheinen. Während des Fünfjahreszeitraums von Juli 1971 bis Juli 1975 erhöhte sich der Bruttostundenverdienst eines Arbeiters in der Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau) um 46,9%, der Bruttomonatsverdienst eines Angestellten im selben Bereich sogar um 54,3%.

Im Jahresschnitt 6,9% Preissteigerung

Die Preissteigerungen im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe erreichten im Untersuchungszeitraum einen jährlichen mittleren Wert von 6,9%; um 0,5 Prozentpunkte niedriger lag er bei dem genannten Preisindex. Arbeiter- und Angestelltenverdienste in der Industrie erhöhten sich dagegen sogar zweistellig (+ 10,1 bzw. 11,5%). Bei einem Vergleich der einzelnen Jahresraten zeigen sich erhebliche Schwankungen. Der größte Anstieg trat von August 1972 bis August 1973 ein (+ 9,5%); auch Lebenshaltungsindex und Verdienste wiesen wäh-

Leistung Betriebskategorie	Meßzahlen					Veränderung zum Vorjahr				Verän- derung 1975 zu 1971	Nach- richtlich: Preise 1975 DM
	1971	1972	1973	1974	1975	1972	1973	1974	1975		
	1970 = 100					%					
Einbettzimmer ohne Bad ¹⁾											
Übernachtung mit Frühstück	108,7	116,0	125,5	134,4	141,2	6,7	8,2	7,1	5,0	29,9	21,10
Gute Hotels	114,0	125,8	141,6	154,5	163,2	10,3	12,6	9,1	5,7	43,2	32,14
Mittlere Hotels	105,2	110,9	118,2	125,7	134,2	5,5	6,5	6,4	6,7	27,6	20,13
Einfache Hotels	104,0	108,1	117,9	124,5	127,9	4,0	9,0	5,6	2,7	23,0	16,22
Pensionen	103,8	110,1	115,2	121,9	126,8	6,1	4,7	5,8	4,0	22,2	15,90
Vollpension	110,3	117,5	129,9	139,3	146,3	6,5	10,6	7,2	5,0	32,6	34,95
Gute Hotels	111,8	120,1	148,1	162,7	171,4	7,5	23,4	9,8	5,4	53,3	50,87
Mittlere Hotels	108,7	111,8	118,4	124,9	134,5	2,8	6,0	5,5	7,7	23,7	33,15
Einfache Hotels	100,9	102,5	111,3	116,9	122,3	1,6	8,6	5,0	4,6	21,2	24,55
Pensionen-Fremdenheime	105,9	111,4	120,4	128,5	131,3	5,2	8,1	6,7	2,2	24,0	31,23
Zweibettzimmer ohne Bad ¹⁾											
Übernachtung mit Frühstück	106,9	113,6	121,9	130,5	137,5	6,3	7,3	7,1	5,4	28,6	40,28
Gute Hotels	111,4	121,9	131,6	142,8	152,0	9,4	7,9	8,5	6,5	36,4	58,75
Mittlere Hotels	105,0	109,4	118,2	127,1	134,5	4,2	8,0	7,5	5,8	28,1	39,80
Einfache Hotels	100,2	108,4	116,7	122,5	125,4	8,2	7,7	5,0	2,3	25,1	31,03
Pensionen	102,2	106,5	112,5	119,5	126,4	4,2	5,6	6,2	5,8	23,7	31,54
Vollpension	111,3	119,8	128,9	137,7	143,9	7,6	7,6	6,8	4,5	29,3	67,91
Gute Hotels	115,2	128,1	146,1	158,9	167,4	11,2	14,0	8,7	5,4	45,3	95,76
Mittlere Hotels	108,8	111,2	118,7	124,8	130,5	2,2	6,8	5,1	4,5	19,9	64,06
Einfache Hotels	101,2	102,2	112,1	117,3	123,4	1,1	9,7	4,6	5,2	21,9	49,38
Pensionen-Fremdenheime	106,3	111,8	118,8	127,8	131,0	5,2	6,2	7,6	2,5	23,2	62,45

1) Gute Hotels ab 1972 mit Bad.

rend dieser Monate erhebliche Steigerungen auf. Diese Tatsache überrascht nicht, da in jener Zeit die Gesamtwirtschaft von einer Hochkonjunktur gezeichnet war, die durch das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung vom Mai 1973 gebremst werden sollte, um eine weitere Eskalation des Preisanstiegs mit allen sich daraus ergebenden wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Gefahren zu verhindern.

Gute Hotels hoben Übernachtungspreise am stärksten an

Im Beherbergungsgewerbe werden die Betriebe im Rahmen der Erhebung in vier Kategorien eingeteilt: gute, mittlere und einfache Hotels sowie Pensionen. Insgesamt erhöhten sich in diesem Bereich im Schnitt aller Kategorien die Preise für Übernachtung, Frühstück und Vollpension von 1971 bis 1975 um 30,1%, wobei es innerhalb der einzelnen Sparten jedoch recht beachtliche Unterschiede zu verzeichnen gab. Die hinsichtlich ihrer Lage, Ausstattung und Service der besten Klasse zuzurechnenden guten Hotels überschritten mit + 44,6% den Durchschnittswert erheblich. Dieser Sachverhalt läßt sich nicht nur auf die Güteklasse dieser Häuser zurückführen, sondern auch auf den höheren Fixkostenanteil solcher Hotels, die in den meisten Fällen wegen ihrer Größe keine reinen Familienbetriebe mehr sind und damit in besonderem Maße durch Löhne und Gehälter der Mitarbeiter belastet werden (von 1971 bis 1975 haben nicht nur die tariflichen Vereinbarungen - die im Hotel- und Gaststättengewerbe als Minimaltarife zu gelten haben - wesentliche Verdienstanhebungen gebracht, für Kochgehilfen beispielsweise um rund 32%, hinzu kamen auch ins Gewicht fallende Arbeitszeitverkürzungen). Außerdem ist hier aber auch ein methodisch bedingter Sprung zu berücksichtigen: Für

gute Hotels waren die Zimmerpreise bis 1971 ohne, ab 1972 mit Bad anzugeben. Unterdurchschnittliche, trotz ihrer gegenseitigen qualitativen Abstufung jedoch nahezu gleiche Steigerungen wiesen die übrigen Kategorien auf. So hatte der Gast im August 1975 eine zwischen 22,8 (einfache Hotels) und 24,8% (mittlere Hotels) höhere Rechnung zu begleichen als fünf Jahre zuvor. Pensionen, in den meisten Fällen reine Familienbetriebe, erhöhten die Preise um 23,3%.

Keine gravierenden Unterschiede zeigten sich bei den Preisanstiegen in dem Vergleichszeitraum für Übernachtung mit Frühstück bei den Ein- und Zweibettzimmern sowie der jeweiligen Preise für Vollpension. Eine Ausnahme bilden hier jedoch die guten Hotels, bei denen sich die Einzelzimmerbelegung weitaus stärker verteuerte als die Kategorie Doppelzimmer.

Höhere Rechnungen für Speisen als für Getränke

Das Gaststättengewerbe setzte im Durchschnitt von 1971 bis 1975 die Preise geringfügig stärker herauf (31,2%) als das Beherbergungsgewerbe (30,7%). In der Differenzierung nach Speisen und Getränken zeigt sich jedoch eine etwas größere Diskrepanz, da Mahlzeiten im Preis um 33,6% anzogen, Getränke dagegen nur um 28,7%. Bei den einzelnen Warengruppen traten recht unterschiedliche Entwicklungen auf. Den höchsten Preisanstieg bei den Mahlzeiten verzeichneten Tagessuppe (+ 42,0%) und Kabeljau (+ 38,8%), den geringsten Spiegeleier (+ 26,7%). Apfelsaft und Markenbranntwein (+ 35,7 bzw. 32,3%) rangierten bei den Getränken als Preistreiber ganz vorn, dagegen bildete Sekt das Schlußlicht (+ 18,4%).

Interessante Aufschlüsse über die Höhe der Preissteigerungen vermittelt ein Vergleich mit dem An-

Speisen Getränke	Meßzahlen					Veränderung zum Vorjahr				Veränderung 1975 zu 1971	Nachrichtlich: Preise 1975 DM
	1971	1972	1973	1974	1975	1972	1973	1974	1975		
	1970 = 100					%					
Tagessuppe	110,1	116,5	135,4	146,5	156,3	8,0	16,3	8,2	6,7	42,0	1,28
Wiener Schnitzel ¹⁾	104,6	109,5	121,3	129,3	136,1	4,8	10,7	6,6	5,3	30,1	10,00
Schweinekotelett ¹⁾	109,4	113,8	125,7	134,7	140,6	4,0	10,5	7,1	4,4	28,5	8,29
Rumpsteak ¹⁾	107,9	115,1	132,0	140,8	148,0	6,7	14,7	6,6	5,1	37,2	11,67
Rindergulasch ¹⁾	110,4	115,9	129,2	138,9	145,6	5,0	11,5	7,5	4,8	31,9	8,07
2 Setz- (Spiegel-) Eier mit Beilage	105,0	109,1	119,1	127,4	133,0	3,9	9,1	7,0	4,4	26,7	4,99
Kabeljau, gekocht oder gebraten, mit Beilage	116,9	122,4	136,0	153,1	162,2	4,7	11,1	12,5	6,0	38,8	7,65
1 Tasse Bohnenkaffee mit Milch und Zucker	106,0	114,3	122,6	133,1	138,9	7,9	7,3	8,6	4,4	31,0	1,19
1/4 l Bier im Ausschank	112,5	115,3	125,0	133,1	142,4	2,5	8,4	6,5	7,0	26,6	1,07
2 cl Markenbranntwein	107,1	117,7	127,4	133,4	141,7	9,9	8,3	4,7	6,3	32,3	1,19
2 cl Deutscher Weinbrand, Markenware	.	.	127,7	133,6	141,2	.	.	4,6	5,7	.	1,68
1/4 l weißer Ausschankwein, Qualitätswein	106,3	112,0	122,2	129,1	137,2	5,4	9,0	5,6	6,3	29,1	2,19
1 Flasche o. 7 l Weißwein, Qualitätswein	105,9	112,0	127,3	129,8	135,7	5,8	13,6	2,0	4,6	28,1	8,91
1 Flasche (0,75 l) Markensekt, (einschl. Sektsteuer)	102,0	108,2	113,9	117,3	120,8	6,3	5,2	3,0	3,0	18,4	17,43
1/4 l Apfelsaft	106,4	116,0	127,7	136,1	144,4	9,0	10,1	6,6	6,1	35,7	1,39
Insgesamt	107,9	114,1	126,1	134,5	141,6	5,7	10,5	6,7	5,4	31,2	-

1) Mit Gemüse- oder Salatbeilage und Salzkartoffeln.

stieg der Verbraucherpreise, der jedoch nur in eingeschränkter Form für das Gaststättengewerbe gelten kann, da hier bei der Preiskalkulation die verschiedensten betrieblichen Faktoren berücksichtigt werden müssen. Hiernach lagen zum Beispiel die Relationen bei Schweinekotelett, Kabeljau und Flaschenwein etwa auf gleicher Höhe. Besonders krasse Unterschiede zeigen sich jedoch bei Eiern, Bohnenkaffee und Markensekt, wo die Preisveränderungen des Gaststättengewerbes um 21,9 sowie 27,1 und 21,4 Prozentpunkte über den entsprechenden Werten der Verbraucherpreise lagen. Eine gegenteilige Entwicklung ergibt sich für Apfelsaft; hier war der Preisanstieg im Gaststättenbereich sogar um 15,7 Prozentpunkte niedriger als im Einzelhandel.

Einfache Hotels und Gaststätten setzten die Preise am kräftigsten herauf

Die hier für das Gaststättengewerbe vorgenommene Unterteilung der Betriebe in verschiedene

Kategorien läßt Rückschlüsse auf die jeweilige Preisentwicklung vermuten. Entgegen der allgemeinen Auffassung, daß besser eingestufte Lokale gleichzusetzen sind mit entsprechend hohen Preisen und Preissteigerungen, zeigt die Untersuchung ein anderes Bild. Für die 14 ausgewählten Speisen und Getränke lagen im August 1975 die höchsten Meßziffern in sechs Fällen bei den einfachen Gaststätten und viermal bei den mittleren Hotels. Letztere wiesen allerdings zusammen mit den guten Hotels jeweils auch viermal die niedrigsten Werte auf.

Im Bereich des Beherbergungsgewerbes lagen zwischen 1971 und 1975 sowohl bei den Mahlzeiten als auch den Getränken die höchsten Preisanstiege bei den einfachen Hotels. Einfache und gutbürgerliche Gaststätten erhöhten ihre Preise für die angebotenen Waren in stärkerem Maße als gute und mittlere Hotels, in denen der Gast für Mahlzeiten noch die geringsten Preisaufschläge bezahlen mußte.

Diplom-Volkswirt I. Hawliczek

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt		Juli	August	September	Juni	Juli	August	September
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 698	3 696	3 696	3 696	3 695
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 137	2 037	2 205	2 924	2 031	2 223 ^p	2 317 ^p	2 842 ^p	2 239 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,9	6,6	7,0	9,3	6,7	7,3 ^p	7,4 ^p	9,1 ^p	7,4 ^p
* Lebendgeborene	Anzahl	3 083	2 990	3 164	3 100	3 141	2 908 ^p	3 029 ^p	2 899 ^p	2 879 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,0	9,7	10,1	9,9	10,3	9,6 ^p	9,7 ^p	9,3 ^p	9,5 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 682	3 624	3 503	3 407	3 341	3 578 ^p	3 505 ^p	3 432 ^p	3 516 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	11,8	11,2	10,9	11,0	11,8 ^p	11,2 ^p	11,0 ^p	11,6 ^p
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	76	67	56	67	55	54 ^p	73 ^p	66 ^p	...
* je 1 000 Lebendgeborene 2)	Anzahl	24,3	22,3	17,7	21,3	18,0	18,8 ^p	23,9 ^p	22,2 ^p	...
* Überschuß der Geborenen	Anzahl	- 599	- 634	- 339	- 307	- 200	- 331 ^p	- 225 ^p	- 289 ^p	- 637 ^p
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,9	- 2,1	- 1,1	- 1,0	- 0,7	- 1,1 ^p	- 0,7 ^p	- 0,9 ^p	- 2,1 ^p
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	10 464	8 520	10 060	9 864	9 237
* Fortgezogene	Anzahl	8 997	8 947	9 516	9 306	10 081
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 467	- 427	544	558	- 844
* Innerhalb d. Landes Umgezogene 3)	Anzahl	10 955	10 936	12 471	12 797	10 777
Arbeitslage										
* Arbeitslose	1 000	14,7	36,3	29,8	31,5	33,6	62,9	65,2	64,0	62,4
* Männer	1 000	8,5	22,4	17,2	18,2	19,6	40,0	40,8	39,1	37,8
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	715	570	202	254	311	616	615	646	740
Bauberufe	Anzahl	1 006	4 045	2 702	2 649	2 922	6 428	5 753	5 184	4 915
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 256	15 979	12 339	13 402	14 694	28 706	28 599	27 445	26 638
Offene Stellen	Anzahl	28 810	14 621	15 727	15 565	14 144	12 660	11 815	11 169	10 914
Männer	Anzahl	18 662	8 433	8 907	8 899	8 286	6 450	6 358	5 992	6 101
Ausgewählte Berufsgruppen:										
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	444	244	204	198	408	241	204	201	442
Bauberufe	Anzahl	2 704	767	945	1 062	811	888	1 120	832	1 108
Industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	13 068	5 339	5 860	5 622	5 078	4 237	4 156	4 115	3 710
Landwirtschaft										
Viehbestand										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	693	684	.	.	.	697	.	.	.
* Milchkühe	1 000	250	242	.	.	.	240	.	.	.
* Schweine	1 000	737	711	.	739	.	.	.	687	.
* Zuchtsauen	1 000	71	69	.	74	.	.	.	69	.
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	45	45	.	48	.	.	.	46	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	1 000	16	18	17	17	18	13	14	16	17
* Kälber	1 000	1	1	1	1	1	1	1	1	1
* Schweine	1 000	93	92	89	83	91	90	83	82	90
* Hausschlachtungen	1 000	18	18	10	8	11	9	8	6	11
* Schlachtmengen 4)	1 000 t	10,5	11,0	11,4	10,8	11,7	10,5	10,1	10,4	10,9
* Rinder	1 000 t	4,3	4,7	4,7	4,6	4,9	3,8	4,0	4,3	4,5
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	6,1	6,1	6,6	6,1	6,6	6,5	6,0	6,0	6,3
Geflügel										
* Eingelegte Bruteier 5)	1 000	167	122	65	138	72	79	41	73	85
* für Legehennenküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* für Masthühnerküken	1 000	-	-	-	-	-	-	-	-	-
* Geflügelfleisch 6)	1 000 kg	68	96	114	106	105	102	151	65	85
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	78	78	85	81	72	86	85	79	71
* an Molkereien geliefert	%	84,5	84,4	86,3	86,2	86,4	88,0	88,0	87,4	88,1
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,3	10,2	10,9	10,4	9,5	11,8	11,3	10,5	9,7

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 3) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 4) Aus gewerblichen Schlachtungen; einschl. Schlachtfette; jedoch ohne Innereien und ohne Geflügel. - 5) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. - 6) Aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Jul	August	September	Jun	Jul	August	September	
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe	Anzahl	2 997	2 909	2 895	2 888	2 891	2 788	2 779	2 772	2 764
* Beschäftigte	1 000	407	398	399	401	398	373	372	373	372
* Arbeiter 2)	1 000	299	289	291	291	288	267	266	266	265
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	45 676	42 799	40 340	43 975	43 422	36 300	36 501	38 404	40 394
Löhne und Gehälter	Mill. DM	669	733	760	719	692	739	751	701	701
* Löhne	Mill. DM	434	465	489	464	440	451	470	435	436
* Gehälter	Mill. DM	235	268	271	254	252	288	281	266	265
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE 3)	74	88	77	79	75	61	49	48	60
* Gasverbrauch 4)	Mill. cbm	92	95	99	100	99	98	89	72	74
* Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	1	2	2	2	2	1	1	1	1
* Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	91	93	97	98	97	97	88	71	73
* Heizölverbrauch	1 000 t	216	190	163	176	181	150	144	160	179
* leichtes Heizöl	1 000 t	39	32	24	23	26	24	20	21	23
* schweres Heizöl	1 000 t	177	158	139	153	155	126	124	139	156
* Stromverbrauch	Mill. kWh	871	917	924	939	934	762	787	821	862
* Stromerzeugung (industrielle Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	283	293	292	281	273	218	212	213	244
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 125	3 622	3 612	3 675	3 826	3 391	3 381	3 374	3 828
* Auslandsumsatz	Mill. DM	757	1 065	1 034	1 078	1 065	976	882	903	1 080
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
* Gesamtindustrie	1970 = 100	122	120	109	119	124	110	95	108 ^p	116 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	124	122	111	119	126	111	97	109 ^p	119 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Ener- giewirtschaft	1970 = 100	123	121	110	119	125	111	97	109	119
Energiewirtschaft	1970 = 100	138	147	129	131	136	121	115	118 ^p	119 ^p
* Grundstoff- und Produktionsgüter- industrien	1970 = 100	127	125	124	128	132	108	99	108	123
Industrie der Steine und Erden	1970 = 100	112	100	104	112	114	105	99	104	107
Chemische Industrie	1970 = 100	131	129	130	131	136	104	95	102	124
* Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	120	121	101	108	122	129	97	110	117
Maschinenbau und Daten- verarbeitung	1970 = 100	115	124	108	108	121	138	92	110	100
* Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	120	111	92	107	114	96	86	101	109
Schuhindustrie	1970 = 100	80	72	57	80	78	40	58	75	78
* Nahrungs- und Genussmittel- industrien	1970 = 100	120	125	107	124	126	113	105	127	131
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	109	99	115	116	100	83	98	98
Handwerk 5)										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Sept. 1970 = 100	97	94	.	.	95	93
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	VjD 1970 = 100	134	142	.	.	143	142
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung	Mill. kWh	234	226	146	159	178	184	163
Strombezug 6)	Mill. kWh	1 454	1 650	1 633	1 669	1 656	1 382	1 431
Stromlieferungen 6)	Mill. kWh	517	630	579	627	646	535	531
* Stromaufkommen (= Stromverbrauch)	Mill. kWh	1 155	1 231	1 188	1 188	1 175	1 019	1 052
* Gaserzeugung 4)	Mill. cbm	0,1	0,1	0	0	0	0,1	0,1	0	0
Gasbezug 4)	Mill. cbm	133	141	111	112	114	106	101
Gasaufkommen 4)	Mill. cbm	133	141	111	112	114	106	101
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 7)										
* Beschäftigte	Anzahl	87 137	79 639	81 129	80 549	79 620	69 047	69 681	70 365	70 183
Facharbeiter	Anzahl	48 502	44 458	45 295	44 680	44 134	39 304	39 213	39 548	39 541
Fachwerker und Werker	Anzahl	23 651	20 312	21 080	20 936	20 524	15 985	16 631	16 973	16 888
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	12 311	11 151	11 211	12 415	12 020	9 663	9 442	10 144	10 685
Privater Bau	1 000	7 271	6 407	6 384	6 921	6 654	5 300	5 146	5 610	5 853
* Wohnungsbau	1 000	4 935	4 361	4 359	4 801	4 613	3 587	3 372	3 826	3 971
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	94	82	61	84	74	102	121	133	142
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	2 242	1 964	1 964	2 036	1 967	1 611	1 653	1 651	1 740
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	5 040	4 744	4 827	5 494	5 366	4 363	4 296	4 534	4 832
Hochbau	1 000	1 142	1 105	1 101	1 250	1 239	1 006	942	1 001	1 102
Tiefbau	1 000	3 898	3 639	3 726	4 244	4 127	3 357	3 354	3 533	3 730
Straßenbau	1 000	1 836	1 727	1 793	2 051	2 029	1 677	1 631	1 717	1 812
Löhne und Gehälter	Mill. DM	139	138	148	151	145	129	132	133	138
* Löhne	Mill. DM	124	122	132	135	129	114	116	118	123
* Gehälter	Mill. DM	15	16	16	16	16	15	16	15	15
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	347	381	375	439	453	297	307	305	364

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - 2) Einschl. gewerblicher Lehrlinge. - 3) Eine Tonne Steinkohleeinheit (t SKE = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 4) Umgerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³. - 5) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 6) Von bzw. an andere (n) Bundesländer (n) bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). - 7) Ab März 1975 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	1 418	1 090	1 320	1 309	1 143	1 095	1 172	1 027	1 110
* mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	1 282	1 026	1 250	1 250	1 095	1 046	1 110	968	1 066
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 627	1 173	1 336	1 312	1 129	1 081	1 151	1 037	1 058
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	267	210	239	240	207	201	223	197	201
* Wohnfläche	1 000 qm	281	194	215	207	184	168	184	165	163
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	268	212	232	248	231	240	257	245	313
* Umbauter Raum	1 000 cbm	1 128	827	923	1 205	886	882	1 009	859	1 145
* Veranschlagte reine Baukosten	Mill. DM	141	127	128	167	119	147	134	117	187
* Nutzfläche	1 000 qm	201	148	169	201	152	169	178	149	234
* Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	3 282	2 200	2 410	2 350	2 001	1 791	2 059	1 854	1 758
Bauleistungspreise (einschl. Mehrwertsteuer)										
Ausheben einer Baugrube (mittel- schwerer Boden)	1962 = 100	132	139	.	139	.	.	.	134	.
Mauerwerk (Mauerziegel bzw. Kalksandsteine)	1962 = 100	201	211	.	215	.	.	.	214	.
Hohlblockmauerwerk	1962 = 100	208	219	.	224	.	.	.	220	.
Leichttrennwand	1962 = 100	213	225	.	228	.	.	.	236	.
Stahlbetondecke (auch aus Stahl- betonfertigteilen)	1962 = 100	190	201	.	205	.	.	.	194	.
Beton für Wände	1962 = 100	197	203	.	206	.	.	.	197	.
Bauholz (Normalklasse)	1962 = 100	147	167	.	171	.	.	.	169	.
Innenwandputz	1962 = 100	222	242	.	248	.	.	.	240	.
Deckenputz	1962 = 100	214	234	.	239	.	.	.	237	.
Außenwandputz	1962 = 100	230	248	.	253	.	.	.	254	.
Wandbelag (Fliesen)	1962 = 100	189	207	.	212	.	.	.	219	.
Zimmertür, einflüglig	1962 = 100	202	221	.	221	.	.	.	229	.
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	866,8	1 179,7	1 204,3	1 192,5	1 192,2	1 215,0	1 112,8	929,9	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	41,4	49,0	58,0	55,3	56,3	48,5	47,3	39,8	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	825,5	1 130,7	1 146,3	1 137,2	1 135,9	1 166,5	1 065,6	890,1	...
* Rohstoffe	Mill. DM	11,5	12,3	12,7	11,9	14,3	10,3	10,9	9,2	...
* Halbwaren	Mill. DM	44,8	72,7	72,8	68,0	64,0	64,3	50,0	50,1	...
* Fertigwaren	Mill. DM	769,1	1 045,7	1 060,8	1 057,3	1 057,7	1 092,1	1 004,6	830,8	...
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	280,2	406,9	451,6	423,7	437,7	327,2	284,5	268,0	...
* Enderzeugnisse	Mill. DM	488,9	638,9	609,2	633,6	620,0	764,9	720,1	562,7	...
Nach ausgewählten Verbrauchs- ländern										
EG-Ländern	Mill. DM	402,3	453,8	549,0	496,9	522,7	426,1	388,9	363,0	...
Frankreich	Mill. DM	133,1	164,7	184,8	136,4	158,5	140,8	122,5	107,2	...
Belgien-Luxemburg	Mill. DM	60,8	76,6	77,3	79,7	79,5	71,5	59,5	63,0	...
Niederlande	Mill. DM	69,3	94,5	77,0	98,8	95,6	77,5	69,8	74,1	...
Italien	Mill. DM	73,6	96,7	104,6	72,2	98,1	70,0	73,7	44,9	...
Großbritannien	Mill. DM	46,6	67,9	82,4	83,7	70,0	44,5	47,7	49,4	...
Republik Irland	Mill. DM	2,6	3,2	3,5	2,7	2,0	2,8	2,9	2,6	...
Dänemark	Mill. DM	18,8	20,7	19,5	23,3	18,9	19,0	12,9	21,8	...
Österreich	Mill. DM	35,8	40,9	41,1	45,1	40,2	37,2	34,7	33,8	...
Schweiz	Mill. DM	46,1	56,7	57,7	56,4	62,9	38,2	36,7	36,5	...
USA und Kanada	Mill. DM	54,9	60,9	62,7	70,9	71,0	39,5	44,4	59,4	...
Ostblockländer	Mill. DM	133,0	219,6	202,5	221,5	229,4	393,9	393,6	229,0	...
	Mill. DM	48,1	74,6	75,7	86,0	74,0	86,9	70,2	61,7	...
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	522,7	725,0	819,0	775,3	726,6	657,0	675,8	676,7	...
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	103,1	113,9	106,5	115,8	94,6	97,6	92,8	103,6	...
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	419,7	611,1	712,5	659,5	632,0	559,4	582,9	573,1	...
Einzelhandel										
Beschäftigte	1970 = 100	108	106	104	105	105	101	104	104	...
* Umsatz	1970 = 100	135	144	143	140	135	148	158	150	...
Waren verschiedener Art	1970 = 100	130	155	156	144	138	161	177	158	...
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	139	144	143	151	138	152	163	165	...
Bekleidung, Wäsche, Sport- artikel und Schuhe	1970 = 100	133	139	131	114	129	131	139	112	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	1970 = 100	150	159	152	154	147	140	166	156	...
Elektrotechnische, feinmechani- sche und optische Erzeugnisse	1970 = 100	137	151	133	129	125	126	140	136	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büro- einrichtungen	1970 = 100	117	107	122	95	98	139	127	107	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt		Jul	August	September	Juni	Jul	August	September
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1970 = 100	100	100	104	105	103	101	102	104	...
Teilbeschäftigte	1970 = 100	115	119	123	127	123	120	123	130	...
* Umsatz	1970 = 100	116	121	124	150	146	128	144	160	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	120	124	142	163	176	151	172	180	...
Gaststättengewerbe	1970 = 100	116	118	111	140	124	112	124	145	...
Fremdenverkehr										
in 291 Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	256	257	349	373	424	330	389	400	...
* Auslandsgäste	1 000	49	45	107	87	70	68	128	117	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	998	1 004	1 580	1 703	1 588	1 374	1 882	1 853	...
* Auslandsgäste	1 000	122	112	326	236	153	171	466	361	...
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	3 143	2 870	2 983	2 795	2 941	2 831	2 669	2 776	3 232
* Gütereingang	1 000 t	1 677	1 548	1 688	1 523	1 605	1 442	1 470	1 455	1 673
* Güterversand	1 000 t	1 466	1 322	1 294	1 272	1 336	1 389	1 199	1 321	1 559
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	3 649	3 243	3 287	3 182	3 503	3 092	2 724	2 823	2 831
Ladung	1 000 t	2 679	2 667	2 932	2 639	2 677	2 701	2 426	2 473	2 518
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	72	79	86	80	74	84	86	84	84
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 140	3 726	3 656	3 618	3 862	3 452	3 079	3 215	3 330
Ladung	1 000 t	1 323	1 470	1 360	1 576	1 429	1 627	1 364	1 584	1 739
Auslastungsgrad der beladenen Schiffe	%	70	78	85	81	73	87	87	87	88
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 174	9 242	9 699	7 518	8 347	12 345	11 220	8 404	...
Krafträder und Motorroller	Anzahl	212	188	223	183	101	386	373	325	...
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	9 899	8 045	8 566	6 639	7 414	10 973	9 822	7 319	...
* Lastkraftwagen	Anzahl	580	425	517	366	422	432	453	379	...
Zugmaschinen	Anzahl	406	363	296	284	350	475	497	334	...
Kraftfahrzeuganhänger	Anzahl	481	264	524	362	293	848	525	322	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderte Personen	1 000	29 796	30 811	22 217	29 124	33 121	29 631	23 475	29 078	31 353
Allgemeiner Linienverkehr	1 000	24 734	25 307	20 304	22 446	26 677	24 501	21 796	22 638	24 772
Sonderformen des Linienverkehrs	1 000	4 549	4 982	1 317	6 062	5 698	4 296	1 039	5 801	5 826
Berufsverkehr	1 000	1 017	1 038	1 138	1 364	1 009	819	649	1 103	889
Gelegenheitsverkehr	1 000	514	522	596	616	746	834	640	639	755
Ausflugsfahrten	1 000	103	103	141	124	151	193	172	135	161
Ferienziel - Reisen	1 000	3	4	9	6	7	10	9	5	6
Mietwagenverkehr	1 000	408	415	446	486	588	631	459	499	588
Wagenkilometer	1 000	12 996	13 369	12 380	15 371	15 818	14 868	12 904	15 394	16 458
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	7 256	6 772	6 298	7 298	7 298	6 785	6 871	7 807	7 476
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 802	1 672	1 614	1 994	1 883	1 804	1 903	2 133	1 954
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	5 454	5 100	4 684	5 304	5 415	4 981	4 968	5 674	5 522
bis 1 000 DM bei jedem Beteiligten	Anzahl	4 832	3 872	3 553	4 063	4 085	3 625	3 600	4 198	4 036
über 1 000 DM bei einem Beteiligten	Anzahl	1 215	1 228	1 131	1 241	1 330	1 365	1 368	1 476	1 486
* Getötete Personen	Anzahl	90	80	90	77	98	56	88	75	99
Pkw - Insassen	Anzahl	46	39	46	34	40	28	44	31	52
Fußgänger	Anzahl	23	23	19	20	27	12	14	19	16
* Verletzte Personen	Anzahl	2 559	2 317	2 267	2 764	2 587	2 541	2 730	3 010	2 723
Pkw - Insassen	Anzahl	1 652	1 429	1 324	1 526	1 543	1 512	1 544	1 675	1 554
Fußgänger	Anzahl	318	292	227	336	323	267	243	306	308
Schwerverletzte	Anzahl	854	770	755	930	879	854	871	923	844
Pkw - Insassen	Anzahl	490	422	403	474	468	453	427	439	438
Fußgänger	Anzahl	155	142	106	155	155	120	102	125	119
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	41 755	40 733	29 500	37 555	39 607	35 249	36 220	33 730	39 334
Gewöhnliche Paketsendungen	1 000	1 079	992	774	885	934	684	739	784	956
Telegramme	1 000	36	32	37	35	33	29	34	29	30
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	1252 762	1362 283	1487 154	1365 656	1302 820	1384 803	1479 121	1318 968	1355 615
Lastschriften	1 000 DM	1253 489	1360 432	1505 860	1386 921	1281 479	1361 653	1492 960	1297 338	1372 349
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	1 000 DM	23 330	25 396	30 882	28 164	25 700	31 891	32 592	29 811	29 023
Auszahlungen	1 000 DM	30 567	33 130	36 655	35 813	34 854	36 941	38 873	36 324	41 128
Hörfunk- und Fernsehteilnehmer 1)										
Tonrundfunk	1 000	1 115	1 124	1 119	1 120	1 123	1 130	1 131	1 131	1 134
Fernsehrundfunk	1 000	1 001	1 014	1 008	1 010	1 012	1 022	1 022	1 023	1 025

1) Ab 1.1.1971 nur gebührenpflichtige Hörfunk- und Fernsehteilnehmer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen 1)										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt 2)	Mill. DM	29 977	32 378	30 993	31 353	31 762	33 494	33 471	33 580	33 974
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	29 811	32 122	30 736	31 097	31 498	33 172	33 174	33 245	33 614
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	7 607	8 116	7 940	7 935	8 176	8 196	7 977	7 924	7 977
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	7 430	7 838	7 729	7 721	7 902	7 759	7 633	7 616	7 637
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	176	278	212	213	274	436	344	308	341
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	3 395	3 536	3 280	3 411	3 449	3 392	3 404	3 392	3 535
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	2 999	2 853	2 783	2 817	2 845	2 755	2 763	2 739	2 811
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	395	683	496	594	604	637	641	652	724
* Langfrist. Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	18 810	20 470	19 516	19 751	19 872	21 583	21 793	21 929	22 102
* an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	14 121	15 258	14 522	14 672	14 793	16 051	16 251	16 303	16 475
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	4 689	5 212	4 994	5 079	5 079	5 532	5 542	5 626	5 626
* Einlagen von Nichtbanken		25 273	27 652	25 833	25 976	26 103	28 489	28 626	29 175	29 309
* Sichteinlagen	Mill. DM	3 804	4 082	3 866	3 885	3 881	4 365	4 361	4 631	4 615
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	3 416	3 707	3 574	3 586	3 571	4 042	4 049	4 212	4 328
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	389	375	292	300	318	323	313	419	286
* Termingelder	Mill. DM	6 757	7 166	7 005	7 015	7 062	6 039	6 008	6 015	6 006
* Spareinlagen	Mill. DM	14 711	16 406	14 962	15 077	15 152	18 084	18 257	18 529	18 688
* bei Sparkassen	Mill. DM	8 861	9 847	8 988	9 063	9 101	10 624	10 715	10 854	10 918
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	Mill. DM	778	884	902	785	725	969	1 202	994	975
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	725	745	834	671	650	836	1 032	726	815
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse 4)	Anzahl	22	31	36	29	37	32	39	45	32
* Angemeldete Forderungen	1 000 DM	18 079	24 823	30 262	28 967	10 259	11 247	39 305	45 042	18 020
* Vergleichsverfahren	Anzahl	1	2	3	1	3	1	1	3	2
* Wechselproteste 5)	Anzahl	1 604	1 738	1 816	1 565	1 587	1 407	1 424	1 205	1 240
* Wechselsumme	1 000 DM	5 008	6 977	7 230	4 948	6 467	12 520	6 628	5 772	7 113
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	614 781	674 043	497 232	655 892	862 261	821 356	539 186	646 888	803 866
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	431 750	477 786	310 870	491 434	649 261	632 584	353 901	430 359	618 834
* Lohnsteuer 6)	1 000 DM	264 818	309 591	232 106	394 816	263 942	235 610	237 474	389 167	249 396
* Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	1 000 DM	39 883	48 692	-	137 292	-	-	-	137 204	-
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	102 542	105 011	18 426	9 964	201 501	266 493	32 837	7 684	310 581
* Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	7 869	8 522	4 198	64 569	1 712	4 079	72 888	- 1 533	3 428
* Körperschaftsteuer 7)	1 000 DM	56 522	54 662	56 140	22 085	102 106	126 402	10 702	35 041	55 429
* Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung	1 000 DM	7 244	6 416	-	13 897	-	-	-	29 432	-
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	183 031	196 257	186 362	164 458	213 000	188 772	185 285	216 529	185 032
* Umsatzsteuer	1 000 DM	137 107	134 388	134 211	108 296	126 287	119 445	141 362	146 325	133 384
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	45 924	61 869	52 151	56 162	86 713	69 327	43 923	70 204	51 648
* Bundessteuern	1 000 DM	100 046	95 256	86 489	87 812	79 245	87 226	79 970	75 779	74 103
* Zölle	1 000 DM	6 949	7 057	6 014	6 289	8 816	8 780	13 070	8 624	6 811
* Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	83 209	78 046	73 317	72 768	53 602	72 596	64 657	64 249	60 620
* Landessteuern	1 000 DM	49 828	47 872	46 487	61 412	40 771	50 001	45 526	58 205	53 712
* Vermögensteuer	1 000 DM	12 766	9 917	3 786	26 560	3 146	9 288	1 937	22 254	11 500
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	25 607	26 077	30 740	23 760	23 620	26 736	29 332	24 074	26 281
* Biersteuer	1 000 DM	6 294	6 168	6 141	6 826	7 567	6 611	6 510	7 486	7 495
* Gemeindesteuern 8)	1 000 DM	328 243	352 175	.	.	378 799	339 523	.	.	.
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 608	8 370	.	.	10 487	7 990	.	.	.
* Grundsteuer B 9)	1 000 DM	37 647	39 194	.	.	49 163	37 774	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	237 996	255 166	.	.	268 582	240 021	.	.	.
* Lohnsummensteuer	1 000 DM	19 219	21 916	.	.	22 193	21 222	.	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	424 982	446 346	382 340	411 724	507 450	492 776	415 996	489 166	462 937
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	190 160	209 871	137 898	217 383	286 449	281 145	158 029	187 401	270 219
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	119 869	124 979	117 857	106 523	137 830	117 042	139 100	220 508	118 496
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	40 096	6	3 926	7 363	38 897	5 478	119
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	343 212	367 272	325 024	358 529	417 805	420 890	330 542	228 562	400 073
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	189 374	208 573	133 742	215 955	286 449	280 718	157 724	187 401	270 219
* Anteil an den Steuern v. Umsatz 10)	1 000 DM	89 104	94 587	104 699	81 156	86 659	82 809	88 395	22 522	76 023
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 907	16 240	40 096	6	3 926	7 363	38 897	5 478	119
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	390 518	433 467	.	.	445 757	392 894	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 11)	1 000 DM	148 511	158 493	.	.	167 433	150 386	.	.	.
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	151 759	177 966	.	.	168 106	143 006	.	.	.

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, Postscheck- und Postsparkassenämter, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug. - 2) Einschl. durchlaufender Kredite. - 3) Einschl. Zinsgutschriften. - 4) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse. - 5) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 6) Einschl. der Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung. - 7) Einschl. der Einnahmen aus der Körperschaftsteuerzerlegung. - 8) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 9) Einschl. Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten. - 10) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagszahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970. - 11) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juli	August	September	Juni	Juli	August	September	
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste	DM	344	377	389	.	.	.	404	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	375	407	419	.	.	.	432	.	.
* Facharbeiter	DM	397	432	443	.	.	.	459	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	364	393	407	.	.	.	414	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	317	338	349	.	.	.	356	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	228	258	267	.	.	.	286	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	215	246	255	.	.	.	272	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	7,96	8,91	9,08	.	.	.	9,68	.	.
* Männliche Arbeiter	DM	8,50	9,48	9,64	.	.	.	10,24	.	.
* Facharbeiter	DM	8,98	10,01	10,18	.	.	.	10,82	.	.
* Angelernte Arbeiter	DM	8,25	9,18	9,33	.	.	.	9,85	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	7,23	7,93	8,14	.	.	.	8,47	.	.
* Weibliche Arbeiter	DM	5,75	6,54	6,67	.	.	.	7,18	.	.
* Hilfsarbeiter	DM	5,41	6,22	6,34	.	.	.	6,84	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	43,0	42,1	42,8	.	.	.	41,7	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	44,1	42,9	43,5	.	.	.	42,2	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,4	39,5	40,1	.	.	.	39,8	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte	DM	1 971	2 194	2 229	.	.	.	2 392	.	.
* männlich	DM	1 744	1 939	1 962	.	.	.	2 124	.	.
* weiblich	DM	2 105	2 313	2 339	.	.	.	2 501	.	.
Technische Angestellte	DM	1 345	1 521	1 543	.	.	.	1 685	.	.
* männlich	DM	2 223	2 474	2 522	.	.	.	2 679	.	.
* weiblich	DM	2 271	2 526	2 574	.	.	.	2 733	.	.
im Handel, Kredit und Versiche- rungen	DM	1 510	1 704	1 741	.	.	.	1 880	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 341	1 498	1 498	.	.	.	1 625	.	.
* männlich	DM	1 319	1 481	1 479	.	.	.	1 610	.	.
* weiblich	DM	1 711	1 889	1 891	.	.	.	2 028	.	.
in Industrie und Handel zusammen	DM	1 021	1 181	1 186	.	.	.	1 295	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	1 674	1 886	1 905	.	.	.	2 048	.	.
* männlich	DM	1 481	1 668	1 676	.	.	.	1 816	.	.
* weiblich	DM	1 880	2 086	2 099	.	.	.	2 243	.	.
Technische Angestellte	DM	1 131	1 304	1 313	.	.	.	1 432	.	.
* männlich	DM	2 191	2 431	2 482	.	.	.	2 622	.	.
* weiblich	DM	2 239	2 486	2 535	.	.	.	2 691	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ¹⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 111	1 111	1 108	1 108	1 115	1 105	1 102	1 102	1 107
Pflichtmitglieder	1 000	677	669	665	664	671	656	653	652	656
Rentner	1 000	370	377	378	379	379	385	385	386	386
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	5,6	5,4	4,7	4,9	5,1	4,4	4,3	4,7	4,6
Männer	%	5,7	5,1	4,9	5,0	5,2	4,4	4,4	4,9	4,8
Frauen	%	5,3	5,3	4,5	4,7	4,9	4,4	4,1	4,5	4,5
Arbeiterrentenversicherung ²⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	409 369	420 313	416 515	421 052	423 959	440 811	442 924	443 251	445 193
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	150 244	173 007	178 967	182 120	183 859	185 717	207 072	206 716	207 985
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	9 176	26 206	19 121	19 618	21 024	47 749	49 142	48 658	47 231
Arbeitslosenversicherung	Anzahl	8 155	23 618	16 812	17 129	18 373	40 395	41 197	40 221	38 579
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM
Arbeitslosenversicherung	1 000 DM
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	149	146	.	.	146	143	.	.	143
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	40 965	45 747	45 053	45 687	47 352	51 257	51 044	52 155	51 808

1) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Landwirtschaftliche Krankenkasse, Seekasse und Knappschaftskassen. - 2) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974				1975			
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 976	62 054 ^p	62 041	62 033	62 038
Eheschließungen 1)	Anzahl	32 884	31 427 ^p	31 698 ^p	35 626 ^p	42 632 ^p	46 119 ^p	32 093 ^p	36 322 ^p	40 612 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	52 969	52 198 ^p	51 048 ^p	55 976 ^p	53 352 ^p	51 559 ^p	50 900 ^p	53 794 ^p	49 294 ^p
Gestorbene 3)	Anzahl	60 919	60 625 ^p	56 003 ^p	57 913 ^p	56 767 ^p	60 063 ^p	58 637 ^p	59 556 ^p	59 663 ^p
Geburtenüberschuß	Anzahl	- 7 950	- 8 428 ^p	- 4 955 ^p	- 1 937 ^p	- 3 415 ^p	- 8 504 ^p	- 7 737 ^p	- 5 762 ^p	- 10 369 ^p
Arbeitslose	1 000	273	582	451	491	527	1 018	1 002	1 035	1 031
Männer	1 000	150	325	233	255	273	593	574	584	569
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	20 452	20 213	.	.	22 334	.	.	.	21 099
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 4)	1 000 t	290	313	287	329	305	311	307	296	294
Milcherzeugung	1 000 t	1 772	1 792	2 043	1 946	1 793	2 177	2 036	1 944	1 795
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 5)										
Beschäftigte	1 000	8 368	8 144	8 162	8 161	8 148	7 641	7 603	7 581	7 569
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	929	870	812	850	807	753	763	740	715
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55 578	62 500	60 387	63 203	58 100	57 731	60 655	58 715	54 300
Auslandsumsatz	Mill. DM	11 936	15 097	14 764	15 235	13 657	13 630	14 763	13 720	11 919
Produktionsindex (von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Gesamtindustrie	1970 = 100	113	112	124	102	96	109	107	90	91 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	113	112	123	102	96	110	107	90	91 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energiewirtschaft	1970 = 100	112	110	123	100	95	108	105	88	89 ^p
Energiewirtschaft	1970 = 100	140	151	137	126	124	141	135	118	124 ^p
Bergbau	1970 = 100	92	91	88	85	81	83	82	76	73 ^p
Verarbeitende Industrie	1970 = 100	113	111	124	101	95	109	106	89	90 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüterindustrien	1970 = 100	116	116	128	114	110	104	105	93	92 ^p
Investitionsgüterindustrien	1970 = 100	110	107	124	93	85	110	107	84	84 ^p
Verbrauchsgüterindustrien	1970 = 100	112	108	119	93	87	107	101	84	88 ^p
Nahrungs- und Genussmittelindustrien	1970 = 100	112	114	123	105	107	121	114	103 ^r	110 ^p
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	110	105	128	103	102	106	105	92	93 ^p
Steinkohlenförderung	1 000 t	8 112	7 907	6 747	8 383	7 500	7 040	7 482	8 152	6 822 ^p
Braunkohlenförderung	1 000 t	9 888	10 504	9 486	10 191	10 021	9 328	9 224	8 373	8 422
Produktion von										
Roheisen	1 000 t	3 069	3 356	3 154	3 545	3 469	2 380	2 413	2 410	2 337
Stahlrohblöcken	1 000 t	4 127	4 388	4 125	4 614	4 515	3 169	3 275	3 210	3 065
Walzstahlfertigerzeugnissen	1 000 t	3 059	3 301	2 932	3 535	3 357	2 203	2 424	2 410	2 166
Stromerzeugung	Mill. kWh	24 916	25 988	22 552	23 397 ^r	23 085	22 487	21 826	20 847	...
Gaserzeugung 6)	Mill. cbm	3 933	3 978	3 714	3 732	3 732	3 303	3 084	2 948	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 508	1 352	1 377	1 376	1 369	1 187	1 194	1 206	1 211
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	196	173	175	183	171	150	159	156	148
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	6 445	6 280	5 804	6 589	6 373	4 747	5 441	5 732	5 464
Baugenehmigungen										
Wohnungen	Anzahl	54 910	34 775	35 907	40 894	38 084	29 211	33 585	32 608	...
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	131	139	125	139 ^r	127	147	141 ^r	148 ^p	133 ^p
Großhandel										
Umsatz	1970 = 100	128	146	135	149 ^r	141	136	138	139	134
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	166	173	180	189 ^r	191	146 ^p	137 ^p	137 ^p	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	12 120	14 975	14 335	15 591 ^r	15 055	14 247	15 458	15 340	...
Ausfuhr	Mill. DM	14 873	19 205	16 845	20 400 ^r	18 210	17 500	18 550	19 055	...
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	Mill. DM	2 753	4 230	2 510	4 449	3 155	3 253	3 092	3 715	...

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mütter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien und Geflügel. - 5) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 6) Ungerechnet auf den Heizwert von 8 400 Kcal/Nm³.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1973	1974			1975				
		Monatsdurchschnitt	Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August	
Verkehr										
Im Güterverkehr beförderte Güter (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	98	103	97	106	99	74
Binnenschifffahrt	1970 = 100	102	105	108	111	107
Seeschifffahrt: Güterumschlag	1970 = 100	108	117	123	117	113
Im Personenverkehr beförderte Personen (kalendertäglich)										
Eisenbahn	1970 = 100	102	102	103	100	95	105
Stadtschnellbahnen, Straßenbahnen, Obusse, Kraftomnibusse	1970 = 100	107	108	104	96	88	108
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Bargeldumlauf 1)										
Kredite an inländische Nichtbanken 2)	Mill. DM	47 429	51 524	48 392	50 140	50 427	52 294	52 897	54 222	54 384 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	756 976	814 886	778 622	782 507	787 142	826 983	833 715 ^r	837 137 ^r	846 509 ^P
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	631 587	672 294	650 492	651 338	654 378	671 513	677 230 ^r	675 397	676 908 ^P
Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken 3)	Mill. DM	125 389	142 592	128 130	131 169	132 714	155 470	156 485	161 740	169 601 ^P
Spareinlagen	Mill. DM	280 486	310 733	284 612	284 891	286 228	335 525	338 590	341 424	345 908 ^P
Index der Aktienkurse	29.12.72 = 100	95,6	81,5	82,8	79,4	80,4	94,1	90,7	93,1	94,3
Kurs der 6%igen tarifbesteuerten Pfandbriefe	%	70,8	64,2	62,4	62,4	62,4	69,9	70,2	70,0	69,3
Steuern										
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	8 385	9 311	12 988	6 823	7 581	5 313	12 360	7 427	6 893
Lohnsteuer	Mill. DM	5 105	5 997	5 604	5 876	6 320	4 952	5 340	6 110	5 960
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	4 152	4 326	4 487	4 075	4 083	4 392	4 247	4 357	4 410
Umsatzsteuer	Mill. DM	2 938	2 779	2 863	2 557	2 448	2 796	2 801	2 841	2 887
Zölle und Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	2 812	2 794	2 831	2 702	2 844	2 872	2 753	2 898	2 842
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/63 = 100	118,8	119,0	113,3	111,6	111,5	125,6	128,1	131,3 ^P	133,8 ^P
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 4) 5)	1962/63 = 100	139,8	148,6	143,2	143,1	144,0	152,7	153,7	153,1	154,1
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte 4)	1970 = 100	114,1	129,4	129,3	130,8	131,3	135,4	135,4	135,5	135,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	1962 = 100	187,1	200,8	.	.	203,6	207,0	.	.	207,4
Preisindex für den Straßenbau 7)	1962 = 100	130,9	143,5	.	.	145,5	147,9	.	.	147,4
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1970 = 100	118,8	127,1	127,2	127,5	127,7	134,4	135,4	135,4	135,2
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	118,0	123,6	124,8	124,1	123,4	130,9	132,7	132,2	130,6
Kleidung und Schuhe	1970 = 100	120,7	129,7	129,3	129,8	130,3	135,9	136,1	136,1	136,3
Wohnungsmiete	1970 = 100	119,2	125,1	125,0	125,5	125,8	133,0	133,8	134,1	134,6
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1970 = 100	128,2	149,8	144,8	147,0	148,5	158,8	162,5	164,9	166,2
Übriges für die Haushaltsführung	1970 = 100	114,3	123,1	122,8	122,7	123,1	130,9	131,0	130,6	130,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1970 = 100	122,6	134,9	135,4	138,2	138,1	143,0	143,4	143,8	143,9
Körper- und Gesundheitspflege	1970 = 100	121,6	131,8	131,3	132,6	133,6	140,6	141,4	141,8	142,2
Bildung und Unterhaltung	1970 = 100	113,7	123,4	123,1	123,6	124,3	130,2	130,5	130,9	131,1
Persönliche Ausstattung, sonstiges	1970 = 100	117,8	124,4	123,5	123,5	126,1	128,3	128,4	128,5	131,1
Preisindex für die Lebenshaltung der 4 - Personen - Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen	1970 = 100	118,2	126,3	126,3	126,7	126,8	133,7	134,6	134,7	134,6
Löhne										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	129,1	139,0	.	144,0
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	134,1	146,8	.	153,0
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	133,2	146,5	.	150,9
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	135,7	151,2	.	156,2
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	1970 = 100	97,0	95,0	.	95,6
Weibliche Arbeiter	1970 = 100	98,8	97,1	.	98,0

1) Ohne Kassenbestände der Kreditinstitute; einschl. der im Ausland umlaufenden DM-Noten und -Münzen. - 2) Kredite der Deutschen Bundesbank und Kreditinstitute. - 3) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 4) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer). - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig).

Jahresverdienste in Industrie und Handel stiegen 1974 noch beachtlich

Die seit 1971 durchgeführte repräsentative Lohnstatistik, die die Entwicklung der Gesamtjahresverdienste einschließlich gezahlter Sondervergütungen wie Gratifikationen, Prämien usw. aufzeigen soll, läßt für 1974 noch eine beachtliche Steigerung der Verdienste in Industrie und Handel erkennen. Danach betrug die durchschnittliche Zuwachsrate der Jahresverdienste aller rheinland-pfälzischen Industriearbeiter einschließlich der in Energiewirtschaft und Wasserversorgung sowie im Hoch- und Tiefbau beschäftigten gegenüber 1973 knapp 13 Prozent, während sich im Jahr zuvor eine Steigerung von knapp 10% ergeben hatte. Die Zunahme der Angestelltenverdienste in Industrie und Handel (+ 15%) machte 1974 ebenfalls drei Prozentpunkte mehr aus als zwischen 1972 und 1973.

Absolut stellten sich die Bruttojahresverdienste aller Industriearbeiter 1974 im Schnitt auf 21 500 Mark. Angestellte erhielten im Durchschnitt der gesamten Industrie 30 100 Mark. Zwischen den Jahresverdiensten der männlichen Industriearbeiter (23 200 Mark) und den entsprechenden Arbeitseinkommen der Frauen (14 700 Mark) ergab sich 1974 eine Differenz von 8 500 Mark. 1973 waren die Arbeiterverdienste um etwa 8 000 Mark, 1972 um durchschnittlich 7 500 Mark höher gewesen als die Jahresverdienste der Arbeiterinnen. Bei den Industrieangestellten machte der Verdienstvorsprung der männlichen Beschäftigten gegenüber den weiblichen Angestellten mit einem Jahresverdienst von rund 21 000 Mark mehr als 12 300 Mark aus.

Der Erhebung liegen die Jahresverdienste allein derjenigen Arbeitnehmer zugrunde, die das ganze Jahr über als Vollbeschäftigte im gleichen Betrieb tätig waren. Aus Kostengründen wurde jedoch - und dies ist bei der Bewertung der Ergebnisse, namentlich beim Vergleich der Verdienste von Männern und Frauen, unbedingt zu berücksichtigen - auf eine Trennung der Jahresverdienste in laufende und einmalige Zahlungen, auf eine Gliederung nach Leistungsgruppen und bei den Angestellten außerdem auf den Nachweis nach Beschäftigungsarten verzichtet. ku

Gesamtaufwand der Jugendhilfe in zehn Jahren verfünffacht

Die Zahl der Minderjährigen unter Amtspflegschaft verringerte sich in Rheinland-Pfalz gegenüber 1973 um etwa 800 auf 20 900. Unter Amtsvormundschaft standen 6 439 Minderjährige. Demgegenüber gab es vor zehn Jahren noch 35 300 Amtsmündel, da sich dieser Personenkreis erst 1970, nachdem die Amtsvormundschaft bei nichtehelichen Kindern volljähriger Mütter in eine Amtspflegschaft umgewandelt wurde, auf wenige tausend Minderjährige reduzierte.

Insgesamt knapp 1 500 Jugendliche wurden Ende 1974 erzieherisch betreut, wobei sich der Schwerpunkt der Maßnahmen nach und nach auf die freiwillige Erziehungshilfe verlagert hat. In Fürsorgeerziehung befanden sich 1974 noch 374, das sind 1 300 weniger als vor zehn Jahren. Damals war über die Hälfte der untergebrachten Minderjährigen von dieser Maßnahme betroffen. Der Gesamtaufwand bei den Jugendwohlfahrtsbehörden hat sich seit 1964 mehr als verfünffacht, wobei die Kosten bis Ende 1974 auf rund 145 Mill. DM angestiegen sind. hä

Mehr über dieses Thema auf Seite 242

Einfache Hotels erhöhten die Preise für Speisen und Getränke am stärksten

Vom August 1971 bis August 1975 erhöhten sich die Preise im rheinland-pfälzischen Beherbergungs- und Gaststättengewerbe um 30,7%. Die Teuerung lag damit knapp über der Steigerungsrate des Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte, die im gleichen Zeitraum + 28,0% betrug. Im Vergleich dazu stieg der Bruttostundenverdienst eines Arbeiters in der Industrie (ohne Hoch- und Tiefbau) um 46,9%, der Bruttomonatsverdienst eines Angestellten im selben Bereich sogar um 54,3%.

Gute Hotels setzten im Beobachtungszeitraum die Übernachtungspreise am stärksten herauf (+ 44,6%), während mittlere und einfache Hotels sowie Pensionen unterdurchschnittliche Preisanhebungen vornahmen (+ 24,8 und 22,8 bzw. + 23,3%). Im Gaststättengewerbe verteuerten sich Speisen etwas kräftiger als Getränke (+ 33,6 bzw. 28,7%), wobei die einzelnen Warengruppen recht unterschiedliche Entwicklungen aufwiesen. Den stärksten Preisauftrieb bei den Mahlzeiten verzeichneten Tagessuppe (+ 42,0%) und Kabeljau (+ 38,8%), bei den Getränken Apfelsaft (+ 35,7%) und Markenbranntwein (+ 32,3%). Insgesamt erhöhten die einfachen Hotels die Gaststättenpreise am meisten; in guten Hotels mußte der Gast für Mahlzeiten die geringsten Preisaufläge bezahlen. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 253

Steuereinnahmen stagnieren

Die Entwicklung der Steuereinnahmen steht weiterhin im Zeichen der Rezession und der Folgen der Einkommensteuerreform. In den ersten drei Quartalen dieses Jahres stieg das Aufkommen an staatlichen Steuern nur noch um 1,8% auf 7 052 Mill. DM. Die Einkommensteuerreform wirkte sich besonders deutlich bei der Lohnsteuer aus, die 2 496 Mill. DM (+ 0,1%) erbrachte. Dagegen hielt die überraschend günstige Entwicklung der veranlagten Einkommensteuer auch beim dritten Vorauszahlungstermin im September an, so daß sich für die ersten drei Quartale ein Zuwachs um 9% auf 953 Mill. DM ergab. Der Rückgang des Aufkommens aus der Körperschaftsteuer auf 416 Mill. DM (— 11,3%) ist im Zusammenhang mit der konjunkturellen Abschwächung zu sehen. Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz stiegen um 4,1% auf 1 828 Mill. DM, wobei sich die unterschiedliche Entwicklung der beiden Einzelsteuern noch verstärkte: Während die Umsatzsteuer um 8,9% auf 1 319 Mill. DM zunahm, ging die Einfuhrumsatzsteuer um 6,6% auf 509 Mill. DM zurück.

Die reinen Bundessteuern erbrachten 805 Mill. DM; der geringfügige Rückgang um 0,4% ist vor allem auf den Wegfall der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer zurückzuführen. Das Aufkommen aus Zöllen und Verbrauchsteuern stieg um 5,7% auf 766 Mill. DM, wobei den Mindereinnahmen bei der Tabaksteuer, der Kaffeesteuer und der Mineralölsteuer ein teilweise beträchtlicher Zuwachs bei den übrigen Verbrauchsteuern und den Zöllen gegenüberstand.

Die Einnahmen aus reinen Landessteuern stiegen um 7,0% auf 457 Mill. DM. Die Kraftfahrzeugsteuer als aufkommensstärkste Landessteuer nahm allerdings nur unterdurchschnittlich auf 244 Mill. DM (+ 2,9%) zu. Hohe Mehreinnahmen verzeichneten dagegen die Vermögensteuer sowie die Rennwett- und Lotteriesteuer. ly

Realsteuerhebesätze 1974 kaum erhöht

Das Realsteueristaufkommen nahm 1974 um 7,0% auf 1 299 Mill. DM zu. Ausschlaggebend für diesen Anstieg war die Entwicklung der Steuerbemessungsgrundlagen. Die Grundbeträge, in denen sich neben den ökonomischen allerdings auch zahlungstechnische Faktoren niederschlugen, stiegen durchschnittlich um 6,1%, wobei die einzelnen Steuerarten aber eine recht unterschiedliche Entwicklung aufwiesen. Während sich der Rückgang bei der Grundsteuer A (landwirtschaftliches Vermögen) wieder verstärkte (— 4,3%) und auch bei der Grundsteuer B (Wohn- und Geschäftsgrundstücke) nur ein geringer Zuwachs (+ 2,7%) zu verzeichnen war, ergab sich bei der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital ein Anstieg um 7,0%, der allerdings deutlich unter den hohen Zuwachsraten der Vorjahre lag. Die anhaltende Steigerung der Nominaaleinkommen ließ die Grundbeträge der Lohnsummensteuer um 12,4% zunehmen. Die Lohnsummensteuer wurde 1974 von 408 Gemeinden erhoben.

Nachdem die Anspannung der Realsteuerhebesätze in den beiden Vorjahren erheblich verschärft worden war, trat 1974 eine deutliche Beruhigung ein. Bei der Grundsteuer A und der Grundsteuer B stieg der gewogene landesdurchschnittliche Hebesatz um jeweils 3 Prozentpunkte auf 243% bzw. 267%. Der Durchschnittshebesatz der Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital blieb mit 316% unverändert. Auch bei der Lohnsummensteuer ergab sich nur ein vergleichsweise geringfügiger Anstieg um 5 Punkte auf 509%.

Den Vergleich der Steuerkraft einzelner Gemeinden ermöglicht die Realsteueraufbringungskraft, die den Einfluß der von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlichen Hebesätze ausschaltet. Die Realsteueraufbringungskraft wurde für 1974 erstmals nach einem neuen Verfahren berechnet, das auch die Lohnsummensteuer einbezieht. Bei einem Landesdurchschnitt von 351 DM je Einwohner lag die Stadt Ludwigshafen mit einem Wert von 1 216 DM je Einwohner an der Spitze. Es folgten Ingelheim am Rhein (1 122 DM), Andernach (709 DM), Mainz (567 DM) und Bad Kreuznach (515 DM je Einwohner). ly

Ende August kleinere Weinbestände als im Vorjahr

In den rheinland-pfälzischen Weinkellern lagerten am 31. August dieses Jahres 7,0 Mill. hl Wein. Diese Menge war um rund 1,2 Mill. hl oder 15% kleiner als der zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres vorhandene Bestand. Ursache dieser Verringerung ist im wesentlichen die gegenüber 1973 merklich niedrigere Weinmosternte des Jahres 1974, die nur Durchschnittshöhe erreichte.

Die Bestände setzten sich aus 6,9 Mill. hl Trink- und rund 138 000 hl Verarbeitungswein zusammen. Hiervon entstammten 6,5 Mill. hl inländischer und 470 000 hl ausländischer Erzeugung. Darunter befanden sich 5,6 Mill. hl Weiß- und 603 000 hl Rotwein. Die Trinkweinvorräte inländischer Herkunft beliefen sich auf 6,4 Mill. hl, von denen 5,5 Mill. hl auf Weiß- und 405 000 hl auf Rotwein entfielen.

Von den Weiß- und Rotweinen waren 3,8 Mill. hl bei den Winzerbetrieben und -genossenschaften und 2,1 Mill. hl beim Handel und den Verarbeitungsbetrieben eingelagert. po

6,4 Mill. hl Weinmost in Rheinland-Pfalz

Nach vorläufigen Ermittlungen wird für 1975 in Rheinland-Pfalz eine Weinmosternte von 6,4 Mill. hl erwartet. Sie liegt damit um rund 18% über der Menge des Vorjahres. Von der Gesamternte entfallen 5,9 Mill. hl auf Weißmost und 500 000 hl auf Rotmost.

Das durchschnittliche Mostgewicht dürfte sich bei den weißen Sorten auf 73° Oechsle und bei den roten auf 70° gegenüber 68° bzw. 67° im Vorjahr belaufen.

Etwa 2% der Gesamternte wurden vorläufig zur Eignung als Tafelwein, 55% als Qualitäts- und 43% als Prädikatswein eingestuft. kn

Vermeehrt Schweineschlachtungen

Die Zahl der von Januar bis September 1975 in Rheinland-Pfalz vorgenommenen Schlachtungen an Tieren inländischer Herkunft ist gegenüber 1974 nur bei Schweinen (815 000) leicht angestiegen (+ 1%). Bei Rindern (147 000) und Kälbern (7 600) blieb sie um 3,5 bzw. 21,6% unter den für den vergleichbaren Zeitraum von 1974 festgestellten Werten. Die Schlachtmenge erreichte 109 000 t und lag damit um 2,8% niedriger als 1974. Ein höheres Fleischaufkommen ergab sich dagegen bei den Auslandstieren. Die in den vergangenen drei Quartalen eingeführten fast 7 200 Rinder und 40 900 Schweine erbrachten ein Schlachtgewicht von 2 000 bzw. 3 200 t gegenüber 1 100 bzw. 2 700 t im Jahre 1974. lx

Milchaufkommen rückläufig

In den ersten neun Monaten des Jahres 1975 erreichte die Milchproduktion in Rheinland-Pfalz eine Höhe von 717 000 t. Das waren 2,2% weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei einem geringfügigen Anstieg der durchschnittlichen Monatsleistung je Kuh auf 329 kg ist der Rückgang ausschließlich auf den verminderten Milchkuhbestand zurückzuführen. Von der erzeugten Milchmenge kamen 617 000 t oder 86,1% über die Molkereien an den Markt. Der Rest verblieb zur Verfütterung und zum Eigenverbrauch in den landwirtschaftlichen Betrieben oder wurde einer nicht näher bestimmten sonstigen Verwendung zugeführt. lx

Themen der letzten Hefte**Heft 11/November 1974**

Bevölkerungsentwicklung 1973
Berufsstruktur
Hallen- und Freibäder 1974
Weinbau 1972
Umsätze nach Größenklassen und Verwaltungsbezirken 1972
Hochbautätigkeit 1973

Heft 12/Dezember 1974

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1974
Investitionen 1973
Sozialer Wohnungsbau 1973
Krebssterblichkeit 1953 - 1972

Heft 1/Januar 1975

Feldfrüchte und Futterpflanzen 1974
Weinausbau und Weinabsatz 1972
1%-Wohnungstichprobe 1972
Wohngeldzahlungen 1973
Anstalten
Ausländer

Heft 2/Februar 1975

Volksentscheide am 19. 1. 1975
Index der industriellen Nettoproduktion
Zahlungsschwierigkeiten 1974
Regionale Einzelhandelsumsätze 1972
Allgemeinbildende Schulen 1974/75
Meldepflichtige Krankheiten 1974

Heft 3/März 1975

Erwerbstätigkeit von Frauen und Müttern
Geburtenhäufigkeit
Bauhauptgewerbe 1974
Handwerk 1962 - 1974
Jahresverdienste 1972 und 1973

Heft 4/April 1975

Landtagswahl am 9. März 1975
Berufsbildende Schulen 1974/75
Berufsfach- und Fachschulausbildung
Weibliche Bevölkerung
Vermögenswirksames Sparen 1971
Öffentliche Tiefbauaufträge

Heft 5/Mai 1975

Straßenverkehrsunfälle 1974
Industrie 1974
Hochschulausbildung
Landwirtschaftliche Pachtverhältnisse

Heft 6/Juni 1975

Bevölkerungsentwicklung 1974
Steueraufkommen 1974
Sozialhilfe 1964 - 1974
Regionaler Wohnungsbau 1968 - 1973
Schuhindustrie 1950 - 1974

Heft 7/Juli 1975

Gastgewerbe und Fremdenverkehr 1974/75
Baulandmarkt 1974
Verdienste 1974
Erwerbstätigkeit 1974
Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen

Heft 8/August 1975

Ernteaussichten 1975
Studien- und Berufswünsche 1975
Kreislaufkrankheiten als Todesursache 1968 - 1974
Modernisierung im Wohnungsbau
Hochbautätigkeit 1974
Regionale Einkommensverteilung

Heft 9/September 1975

Industrieansiedlung 1962 - 1975
Außenhandel mit den EG
Industrie der Steine und Erden 1950 - 1975
Kriegsopferfürsorge 1964 - 1974

Heft 10/Okttober 1975

Geburten und Sterbefälle 1950 - 1974
Ehescheidungen 1974
Volkshochschulen 1974
Sozialer Wohnungsbau 1974
Investitionen 1974
Einkünfte der freien Berufe
Kleinräumliche Gliederung

Themen der nächsten Hefte

Rheinland-Pfalz 1975 - Daten zur wirtschaftlichen
Entwicklung
Struktur der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft
Bodennutzung 1950 - 1975
Preiserhöhungen und Lohnsteigerungen
1950 - 1975

Soeben ist in der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz erschienen

Band 275

DIE GEHALTS- UND LOHNSTRUKTUR IN RHEINLAND-PFALZ IM OKTOBER 1972

Umfang 270 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 14,50

Der Band enthält die Ergebnisse der im Jahr 1973 in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich für den Monat Oktober und das Jahr 1972 durchgeführten Gehalts- und Lohnstrukturerhebung. Seit der letzten entsprechenden Erhebung waren sechs Jahre vergangen, in denen sich wieder beachtliche Veränderungen der Strukturverhältnisse und Einkommensschichtung ergeben haben. Die Veröffentlichung gibt in ausführlicher Form eine Darstellung der Ergebnisse dieser Repräsentativerhebung und bietet dem Leser in einem umfangreichen Tabellenteil die Möglichkeit der Detailinformation über die Verdienste der Arbeitnehmer sowie die Arbeitszeiten der Lohnempfänger, wobei die Gliederung der Arbeitnehmer nach Art der Tätigkeit, Alter und Geschlecht von besonderem Interesse sein dürfte.

Ein den Tabellen vorangestellter Textteil mit Textübersichten und Schaubildern enthält Ausführungen über die methodischen Grundlagen sowie eine Kommentierung der wichtigsten Ergebnisse.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden	ϕ = Durchschnitt
0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit	p = vorläufige Angabe
. = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht möglich	r = berichtigte Angabe
... = Angabe fällt später an	s = geschätzte Angabe
() = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist	

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ * 1.-8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz * Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Satz: Druckerei Gebrüder Wester, Andernach - Druck: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz - Bezugspreis: Einzelheft DM 2,50, Jahresabonnement DM 25,— zuzüglich Zustellgebühr - Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Straße 15/16, Fernruf (0 26 03) 7 12 45 Telex 869 007 kvem d, oder durch den Buchhandel - Nachdruck mit Quellenangabe bei Einsenden eines Belegexemplars gestattet.